

déi Lénk

Wahlprogramm 2018

- 1) Arbeit**
- 2) Sozialpolitik**
- 3) Familie**
- 4) Wohnen**
- 5) Gesundheit**
- 6) Schule**
- 7) Finanzen**
- 8) Wirtschaft**
- 9) Mobilität**
- 10) Energie**
- 11) Umwelt**
- 12) Landwirtschaft**
- 13) Landesplanung**
- 14) Demokratie und Institutionen**
- 15) Öffentlicher Dienst und Gemeingüter**
- 16) Justiz und Polizei**
- 17) Kultur**
- 18) Medien und Kommunikation**
- 19) Europapolitik und internationale Politik**
- 20) Digitalisierung und neue Technologien**
- 21) Hochschule und Forschung**
- 22) Migration und Integration**

1) Arbeit

Für eine Aufwertung und eine solidarische Teilung der Arbeit.

Die hohen Wachstumsraten der luxemburgischen Wirtschaft haben nicht verhindert, dass die Lohnungleichheiten und die Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse steigen und dass die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau stagniert.

Die Kluft zwischen den 5% der höchsten Einkommen und den 20% der niedrigsten Einkommen steigt seit 20 Jahren an (Panorama social 2017). Der permanente Anstieg der Lebenskosten – vor allem durch die Preisexplosion auf dem Wohnungsmarkt – führt dazu, dass Haushalte mit niedrigem Einkommen immer schwerer über die Runden kommen. So ermöglicht der soziale Mindestlohn für eine Vollzeitarbeit derzeit den Arbeiterinnen und Arbeitern kein würdevolles Leben mehr.

Der Anteil der Frauen in einem Beschäftigungsverhältnis liegt 10% niedriger als bei Männern (61% gegenüber 71%). Während 34% der Frauen Teilzeit arbeiten, liegt dieser Wert nur bei 6% bei den Männern. Frauen werden nach der offiziellen Berechnungsmethode im Durchschnitt immer noch 5,5% weniger bezahlt für die gleiche Arbeit, was natürlich auch Auswirkungen auf ihre Sozialversicherung hat.

Seit der Finanzkrise vor 10 Jahren ist die Anzahl der Arbeitslosen nicht mehr gesunken. Derzeit sind 17.000 Personen auf der Suche nach einer Stelle (ADEM / novembre 2017). Hinzu kommen 5.000 Personen in verschiedenen Beschäftigungsmaßnahmen, die ihnen weder Planungssicherheit bieten, noch eine Perspektive auf eine langfristige Arbeitsstelle mit ausreichender Bezahlung. Hinzu kommen ebenfalls zahlreiche junge Menschen, die unbezahlte oder schlecht bezahlte Praktika und Weiterbildungskurse aneinanderreihen, in der Hoffnung endlich einen korrekt bezahlten Job zu finden. Diese Situation finanzieller Unsicherheit betrifft auch Personen mit zeitlich begrenzten Arbeitsverträgen (CDD oder Interim). Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen steigt seit 15 Jahren kontinuierlich auf heute 10% an (2005 waren es 5%).

Die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse und die hohe Arbeitslosigkeit gehen in Luxemburg einher mit der zweithöchsten effektiven Wochenarbeitszeit in der Europäischen Union. Daneben weist das Land eine der höchsten Produktivitätsraten auf, während die realen Lohnkosten im Vergleich zur Wertschöpfung zu den niedrigsten gehören. Heute arbeiten die Erwerbstätigen in Luxemburg im Durchschnitt 41 Stunden pro Woche. Während die Produktivität der Arbeiterinnen und Arbeiter ständig ansteigt, hat es seit der Einführung der 40-Stundenwoche im Jahr 1975 keine Reduzierung der Arbeitszeit mehr gegeben.

Angesichts dieser Herausforderungen hat die aktuelle Regierung, genauso wie die Vorgängerregierung unter CSV und LSAP, keine adäquaten Lösungsansätze aufgezeigt. Vielmehr haben sie sich der zunehmenden Dominanz der Finanzmärkte in der Wirtschaft, der Zersplitterung des Arbeitsmarktes und dem darauffolgenden Sozialabbau gebeugt. Eine der wesentlichen Reformen der Regierung DP-LSAP-déi gréng, das sogenannte PAN-Gesetz über die Organisation der Arbeitszeit, schreibt sich in eben diese Logik ein. Sie hat lediglich zu einer größeren Flexibilisierung der Arbeitszeit geführt.

déi Lénk möchten einen Richtungswechsel einleiten und die Arbeit wieder gemäß ihrer wahren Bedeutung aufwerten. Schließlich ist es die menschliche Arbeit, die Reichtum schafft, soziale Bindungen herstellt und das Allgemeinwohl voranbringt. Aus diesem Grund wollen wir alle Menschen an der Arbeit teilhaben lassen durch ein einklagbares Recht auf einen Arbeitsplatz unter würdigen Bedingungen. Wir fordern eine substantielle Erhöhung des Mindestlohnes, damit sich Arbeit wieder lohnt. Durch eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit wollen wir die Lebensqualität aller erhöhen und eine kollektive und solidarische Aufteilung der Arbeit erreichen.

Luxemburg gehört zu den Ländern, wo die Menschen am längsten arbeiten, den meisten Mehrwert schaffen und die Arbeitskraft die Unternehmen am wenigsten kostet. Gemeinsam können wir sicherstellen, dass jeder am geschaffenen Reichtum teilhaben kann durch eine gerechtere Aufteilung der Wertschöpfung und eine solidarische Verteilung der Arbeit.

déi Lénk wollen:

- **einen Arbeitsplatz für alle garantieren** durch die Einführung des Prinzips „*l'Etat employeur en dernier ressort*“. Dadurch wird ein einklagbares Recht auf eine qualitativ hochwertige Weiterbildung oder eine feste Arbeitsstelle eingeführt, um all jene Menschen aufzuwerten, die arbeiten wollen und können. Davon profitieren können Personen:

- die seit mehr als 2 Jahren in Luxemburg ansässig sind;
- die mindestens 18 Jahre (stabiler Arbeitsplatz) oder 16 Jahre (Weiterbildung) alt sind;
- die arbeitslos oder ungewollt unterbeschäftigt sind;
- die bei der ADEM eingeschrieben sind;

- **die Rolle der ADEM neu definieren**, damit sie das Prinzip „*l'Etat employeur en dernier ressort*“ als Hauptakteur umsetzt und zur Vollbeschäftigung und der Umsetzung eines alternativen wirtschaftlichen Modells beiträgt. Es geht darum, die Arbeit auf Aktivitäten im kommerziellen und nicht-kommerziellen Sektor mit hohem sozialem und ökologischem Mehrwert zu orientieren, wie zum Beispiel den Bau von Infrastrukturen, die Arbeit mit gemeinnützigen Vereinen, Aktivitäten im Zusammenhang mit der ökologischen Transition, usw. Deshalb soll die ADEM:

- keinen übermäßigen Druck auf arbeitslose Menschen ausüben;
- die Kriterien für die Zumutbarkeit einer Arbeitsstelle überarbeiten, damit sie transparenter und besser auf die individuellen Bedürfnisse der Personen angepasst sind. Das Recht auf Einspruch muss gestärkt werden;
- die Gemeinden, sowie die sozialen, kulturellen und ökologischen Vereine stärker einbinden, um sozial und ökologisch sinnvolle, zeitlich unbegrenzte Arbeitsstellen zu identifizieren;
- die Konzepte zur beruflichen Wiedereingliederung weiterentwickeln, damit den betroffenen Personen eine Stelle angeboten werden kann, die ihren Bedürfnissen entspricht;

- **ein Wartegeld (*indemnité d'attente*) in Höhe des (qualifizierten oder unqualifizierten) Mindestlohnes einführen** für Menschen, denen nach dem Auslaufen der Arbeitslosenunterstützung keine sinnvolle Beschäftigung angeboten werden konnte;

- **die Arbeitslosenunterstützung ausdehnen**. Arbeitslose Personen haben das Recht auf Unterstützung ohne Probezeit (*periode de stage*) und ohne Proratisierung. Die Zeitspanne der Arbeitslosenunterstützung wird verlängert, um die Anzahl der RMG/REVIS-BezieherInnen zu verringern. Diese Verbesserungen werden finanziert durch eine Erhöhung der Beiträge der privaten Arbeitgeber in den Arbeitsfonds (*Fonds pour l'Emploi*) in Höhe von 1% (Gesetzesvorschlag Nr. 6086 von *déi Lénk*);

- **die Arbeitslosigkeit bekämpfen durch die Einführung des Rechts (auch für PersonalvertreterInnen) juristisch gegen missbräuchliche Entlassungen vorzugehen**, die trotz Unternehmensprofiten wirtschaftlich begründet wurden und ihre Kontrollrechte bei kollektiven Entlassungen, Sozialplänen und dem „*maintien dans l'emploi*“ zu stärken (Gesetzesvorschlag Nr. 6086 von *déi Lénk*). Auch die Konkurs-Gesetzgebung muss gestärkt werden um den Lohnabhängigen mehr Rechte zu geben und um gegen betrügerische Konkurse vorgehen zu können.

- niedrige Löhne progressiv und substantiell aufwerten durch eine **Festlegung des sozialen Brutto-Mindestlohnes auf 60% des Median-Lohnes** (aktuell rund 2.380 Euro), so wie es der europäische Gewerkschaftsbund fordert. **Der soziale Brutto-Mindestlohn soll sofort auf 2250 Euro erhöht werden, um zwei Jahre später 60% des Medianlohnes zu erreichen;**

- **minimale legale Normen einführen**, die die Qualifikation, die Erfahrung und die Weiterbildungen in allen ökonomischen Branchen festlegen, wie es schon in verschiedenen Kollektivverträgen der Fall ist. Das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss überall gelten - auch bei Entsendung von Arbeitskräften - genauso wie es bereits bei Mann und Frau (prinzipiell, aber nicht immer in der Realität) angewandt wird. **Der Übergang vom unqualifizierten zum qualifizierten Mindestlohn muss nach 10 Jahren Arbeitserfahrung garantiert sein;**

- **die Unternehmen mit mehr als 10 MitarbeiterInnen dazu verpflichten, ihre Konformität mit dem Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ zertifizieren zu lassen**. Dieses Modell, das bereits

in Island eingeführt wurde, ermöglicht es Unternehmen zu sanktionieren, die das Prinzip der Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern nicht respektieren;

- ein **Recht auf Arztbesuche** während der Arbeitszeit garantieren;

- **die Lohnentwicklung dynamisieren** durch Beibehaltung und Weiterentwicklung der Lohnindexierung (insbesondere durch die Wiedereinführung einer Vorschusstranche), sowie durch die Stärkung der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften (insbesondere des Streikrechts);

- **die Praktika für Schülerinnen und Schüler, sowie für Studentinnen und Studenten besser einrahmen.** Praktika im Rahmen des Unterrichts müssen auf einen Monat begrenzt, durch pädagogische Kriterien begleitet und obligatorisch entlohnt werden. Alle Praktika die länger als einen Monat dauern, sind als Arbeitsverhältnisse anzusehen mit den diesbezüglichen Beiträgen zur Sozialversicherung. Auf der Studentenarbeit während der Schulferienzeit wird ein Pensionsbeitrag erhoben;

- **die Eingliederung behinderter Personen in die Arbeitswelt fördern**, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor. Zu diesem Zweck sollen konkrete Maßnahmen eingeführt werden, wie das *job coaching*, die persönliche Betreuung am Arbeitsplatz oder das *peer-consulting*. Auch in den speziellen Beschäftigungsateliers müssen Weiterbildungskurse angeboten und die Berufserfahrung anerkannt werden;

- eine einzige **nationale Dienststelle für Arbeitsmedizin** schaffen und die diesbezüglichen Kontrollrechte ausweiten, um den Schutz der Lohnabhängigen am Arbeitsplatz sicherzustellen;

- die **finanziellen und personellen Ressourcen der ITM (Inspection du Travail et des Mines) substantiell erhöhen**, damit sie effizient über die Einhaltung der Arbeitsgesetze wachen kann. Die Kontrollen müssen systematischer werden und die repressive Rolle der ITM muss gestärkt werden;

- **eine kollektive und solidarische Arbeitsteilung sicherstellen durch die Einführung einer kurzfristigen Arbeitszeitreduzierung** mit:

- der Einführung, ab 2019, einer 6. Urlaubswoche für alle Erwerbstätige in Luxemburg;
- der Einführung, ab 2019, einer Wochenarbeitszeit von 39, 38 oder 37 Stunden, je nach dem Grad an Flexibilität, der von den Lohnabhängigen mittels der Referenzperioden abverlangt wird;

- **bis 2030 eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 32 Stunden einführen, nach folgenden Modalitäten:**

- die Maßnahme wird eingerahmt durch ein Gesetz, das die Umsetzung während einer Übergangszeit staffelt (z.B. von 2020-2030) und Reduzierungen der Arbeitszeit begünstigt, die an die spezifischen Bedürfnisse der Arbeiterinnen und Arbeitern in Kollektivverträgen in unterschiedlichen Sektoren angepasst ist;
- Nach jeder Etappe ziehen Regierung und Sozialpartner Bilanz, um die Umsetzung zu verbessern;
- Überstunden werden begrenzt, dadurch dass sie vollständig zu versteuern und zu versichern sind;
- die maximale Wochenarbeitszeit wird parallel über die gesamte Übergangsphase reduziert, um 2030 auf 40 Stunden pro Woche begrenzt zu sein;
- kleineren und mittleren Unternehmen sollen in der Übergangszeit durch ein Maßnahmenpaket staatliche Unterstützung erhalten;
- in der Übergangszeit werden Zeitsparkonten (*comptes épargne-temps*) eingeführt, um den Lohnabhängigen eine größere Flexibilität bei der Gestaltung der Arbeitszeit zu erlauben. Diese können frei über die Zeitsparkonten verfügen;
- die Kompetenzen der ADEM werden ausgeweitet, damit sie die Arbeitskraft für öffentliche und private Betriebe angesichts der höheren Flexibilität für die Lohnabhängigen besser verwalten kann;

- ein **Recht auf freiwillige Teilzeit** auf begrenzte Dauer einführen, verbunden mit dem Recht auf Rückkehr in Vollzeit nach dem Ende dieser Periode;
- ein **reales Recht auf Freizeit einführen**, welches das Recht auf Abschalten beinhaltet (z.B. das Recht nicht erreichbar zu sein);
- die **Telearbeit reglementieren**, so dass Erleichterungen im Interesse der Lohnabhängigen ermöglicht werden, aber ausschliesslich im Rahmen von Kollektivvertragsverhandlungen. Es muss insbesondere verhindert werden, dass die Telearbeit zu einer Arbeitsüberlastung oder einem Verlust der sozialen Bindung innerhalb des Betriebes führt:
- die **legalen Rechte der Personaldelegationen stärken** und die Möglichkeit abschaffen, Abweichungen vom Gesetz auf Betriebsebene auszuhandeln;
- die **Überwachung der Lohnabhängigen** auf der Arbeitsstelle strikt reglementieren und die Möglichkeiten der Personaldelegierten stärken, gegen eine Überwachung vorzugehen;
- **sicherstellen, dass alle Menschen ihr Recht auf Arbeit wahrnehmen können** durch eine Verbesserung der Qualität und des Zugangs zu wichtigen öffentlichen Dienstleistungen, wie dem öffentlichen Transport, der Bildung, den Gesundheitseinrichtungen und der digitalen Netzwelt;
- der Tendenz entgegenwirken, dass Lohnabhängige aus den Unternehmen in eine **prekäre Scheinselbstständigkeit** gedrängt werden, durch:
 - den Schutz des Arbeitsrechts und der Anerkennung der finanziellen Abhängigkeit gegenüber einem Arbeitgeber durch die Einführung des Status des autonomen Erwerbstätigen (salarié autonome);
 - die Einführung des Status des „ausgegliederten Erwerbstätigen“ (salarié externalisé), der sicherstellen soll, dass Arbeiterinnen und Arbeiter von Plattformen, die Online-Dienstleistungen anbieten, als Lohnabhängige anerkannt werden;
 - die Eingliederung aller dieser Lohnabhängigen in die Sozialversicherung;
- sich aktiv dafür einsetzen, einen starken Sockel an Sozialrechten in der Europäischen Union einzuführen, mit insbesondere einem Mindestlohn, Lohnindexierungen und Arbeitszeitverkürzungen. Daneben müssen alle Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) umgesetzt werden.

2) Sozialpolitik

Für eine inklusive Sozialpolitik.

Die solidarische Sozialversicherung ist die größte soziale Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. Wir verdanken ihr ein entwickeltes Gesundheitswesen und ein längeres Leben. In der Sozialversicherung werden Risiken des Lebens gemeinsam geschultert – ohne private Profitinteressen und in vielen Fällen unter Mitwirken der Gewerkschaften.

Viele Menschen sind sich dessen nicht bewusst. Sie sehen die Sozialversicherung als eine Versicherung wie jede andere an, was auch daran liegt, dass die Wahlen der Versicherten in die Gremien der Sozialversicherung abgeschafft wurden. Dabei braucht man nur nach Deutschland zu schauen, um zu verstehen, worin der Unterschied der auf Solidarität beruhenden Sozialsysteme und dem profitorientierten Privatsektor („Riesterrente“) liegt.

Deshalb setzen *déi Lénk* auf den Erhalt und den Ausbau der solidarischen Sozialversicherungen. Wir wollen die Sozialversicherungen vorbereiten für die Aufgaben der Zukunft: die Anpassung an die längere Lebensdauer, die Förderung der Präventivmedizin, sowie die Finanzierung von Arbeitsunterbrechungen für Bildung, Berufswechsel, Familienpflichten oder für persönliche Projekte. Wir wollen auch in Zukunft eine inklusive Sozialversicherung, die auch jene Menschen, die zeitweilig nicht arbeiten, in den Verbund der arbeitenden Menschen mit einschließt. Die ihnen die Zukunft offenlässt, anstatt sie von der Arbeitswelt auszuschließen und sie mit Almosen abzuspeisen.

Unser Sozialversicherungssystem ist heute schon in vielen Punkten universalistisch und inklusiv, trotz aller Kritik, die man an den Unzulänglichkeiten des bestehenden Systems äußern kann. Heute schon werden Menschen abgedeckt, ohne dafür eine direkte proportionale Arbeitsleistung erbracht zu haben - auch über das klassische Versicherungsprinzip hinaus. Familienmitglieder sind automatisch mit krankenversichert. Medizinische Naturalleistungen werden nach dem Bedürfnis bezahlt, nicht nach der Versicherungsklasse wie bei einer Privatversicherung. Der Staat bezahlt Kindergeld an alle Kinder.

Man erhält eine lebenssichernde „Grundrente“ und eine Minimalpension, ohne dafür speziell eingezahlt zu haben. Studienjahre und Kindererziehungsjahre werden dabei, wie beim Renteneintrittsalter, in Betracht gezogen. Die Versicherungsbeiträge während der „Babyjahre“ werden vom Staat übernommen. Eltern erhalten vom Staat einen bezahlten Elternurlaub, während dem auch Rentenbeiträge übernommen werden. Man bekommt ein Wartegeld bei Berufsunfähigkeit. Bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder anderen Ersatzzeiten werden von der Versicherung Rentenbeiträge bezahlt, und während der Rente ist man krankenversichert. Man kann sich auch bei Unterbrechung der Berufstätigkeit freiwillig weiterversichern. Der Staat übernimmt in Luxemburg ein Drittel aller Rentenbeiträge und 40% der Krankenversicherungsbeiträge.

Alle Forderungen des neoliberalen Mainstreams laufen heute auf Privatisierung und Entsolidarisierung hinaus: Erhöhung des Rentenalters, Verschlechterung der Leistungen, auch im Gesundheitswesen und bei der Pflege, private Zusatzrenten, keine Beitragserhöhungen für das Patronat seit 40 Jahren, dafür aber Finanzspekulation mit der Rentenreserve.

déi Lénk widersetzen sich einer solchen Politik. Wir wollen die Universalität der Sozialversicherung ausweiten und die Absicherung der Perioden ohne bezahlte Beschäftigung, die bereits existiert, weiter stärken.

déi Lénk wollen:

1) Kostenübernahme für Situationen außerhalb eines Arbeitsverhältnisses

- **die Autonomie der Studierenden und Auszubildenden stärken.** Zukünftig sollen alle Kinder von in Luxembourg ansässigen Personen, die studieren oder in Ausbildung sind, ab dem 18. Lebensjahr eine Autonomiezulage erhalten. Diese **Autonomiezulage** soll für Kinder ab dem 18. Lebensjahr **400 Euro pro Monat** betragen (4800 Euro pro Jahr). Diese Zulage ersetzt das heute noch bestehende Basis-Stipendium (1000 Euro pro Semester) für Studierende. Die Zulage soll erwachsenen Kindern automatisch auf ihr Konto überwiesen werden.

- die Finanzierung wird an die Zukunftskasse übertragen. Der Beitrag privater ArbeitgeberInnen an die Zukunftskasse wird wieder eingeführt (besteht derzeit nur für den öffentlichen Sektor).
- eine Pensionsabgabe wird von der Zulage abgeführt, um die jungen Menschen ab ihrer Ausbildung in die Sozialversicherung zu integrieren.

Die derzeit geltenden Zusatzstipendien (Mobilität, Sozial, Familie) bleiben bestehen und werden besser an die wirklichen Bedürfnisse angepasst, um die jeweiligen Zielsetzungen zu erreichen. Kein Studierender und kein Auszubildender darf unter der Armutsgrenze leben. Das erste Kindergeld wird von 265 Euro auf 330 Euro angehoben. Alle Kindergeldbeträge werden nach den Bedürfnissen entsprechend der verschiedenen Altersgruppen überprüft, sowie an die Preis- und Lohnentwicklung angepasst;

- den **Elternurlaub** für jeden Elternteil um 6 Monate (Vollzeit), bzw. 12 Monate (Halbzeit) verlängern. Daneben müssen flexiblere Formen des Elternurlaubs (25%, 75%) im Interesse der Lohnabhängigen ermöglicht werden;

2) Mutterschaftszulage

- die **Mutterschaftszulage auf alle Frauen ausdehnen, ohne Stagezeit, auch für jene die kein Gehalt beziehen, sondern ein Ersatzeinkommen (z.B. Arbeitslosengeld), oder sich in einer Beschäftigungsmaßnahme befinden;**

3) Pensionsversicherung

- die Verpflichtung einführen **bei einer freiwilligen Arbeitsunterbrechung aus persönlichen Gründen eine Pensionsversicherung** auf Basis der derzeitigen freiwilligen Pensionsversicherung abzuschließen. Dies soll die Wiedereingliederung in die formelle Arbeitswelt erleichtern und Altersarmut ebenso wie einen Ausschluss aus der Krankenversicherung vorbeugen;

- die **Baby-Jahre (baby-years) auf 24 Monate pro Elternteil ausdehnen**. Dabei handelt es sich um eine Übernahme der Pensionsbeiträge durch den Staat, wenn ein Elternteil aus Gründen der Kinderbetreuung temporär aus seinem Arbeitsverhältnis austritt. Parallel zur Verlängerung des Elternurlaubs sollen die Baby-Jahre demnach für jeden Elternteil auf 2 Jahre ausgedehnt werden (derzeit 2 Jahre für beide Elternteile zusammen);

- das **Renteneintrittsalter absenken (vorzeitig oder legal) für alle, die nicht von den freiwilligen Arbeitszeitverkürzungen profitieren konnten**, die wir im Rahmen einer Reform der wöchentlichen Arbeitszeit vorschlagen (siehe Kapitel Arbeit). Die zusätzliche Arbeitszeit wird bei der Berechnung des Renteneintrittsalters einkalkuliert, um die reale Arbeitszeit während der gesamten Laufbahn zu berücksichtigen;

- die **strukturelle Rentenreduzierung rückgängig machen**, die durch die Reform Di Bartolomeo umgesetzt wurden. Die Lohnanpassung und die Jahresendzulage sollen wieder automatisch werden und die Ersatzrate von 1,85% wird wieder eingeführt (anstatt weiter progressiv abgesenkt zu werden auf 1,6% bis 2052, um private Zusatzkassen zu fördern);

- das **Wartegeld bei externer Wiedereingliederung wegen Berufsunfähigkeit** wieder für alle einführen und nicht nur für Personen, die 10 Jahre bei dem gleichen Arbeitgeber gearbeitet haben (Reform Schmit/Schneider 2015). Der Ausschluss von Lohnabhängigen, die nicht zur Arztkontrolle geschickt wurden, soll abgeschafft werden (und durch ein System ersetzt werden, das das diesbezügliche Fehlverhalten des Arbeitgebers sanktioniert);

- die **Kriterien für den Bezug der Invalidenrente überarbeiten**, die derzeit eine völlige Arbeitsunfähigkeit unabhängig von der Berufsausbildung, dem Alter oder dem Arbeitsangebot fordern;

- die **Verbesserungen bei der Sozialversicherung finanzieren** durch eine Aufhebung der Deckelung bei den Beiträgen (derzeit begrenzt auf 5x dem sozialen Mindestlohn) und durch neue Steuereinnahmen (siehe Kapitel Finanzen);

- die **direkten Wahlen zur Sozialversicherung wieder einführen**, damit sich die Versicherten ihr soziales Eigentum wieder zu Eigen machen;

4) RMG/Revis

- die **Anzahl der RMG-BezieherInnen und der “working poor” senken** durch Maßnahmen im Bereich Arbeit (siehe Kapitel Arbeit) und durch inklusive Maßnahmen bei der Sozialversicherung (siehe dieses Kapitel);

- ein **Mindesteinkommen garantieren (RMG oder Revis nach aktueller Reformvorlage), das über der Armutsgrenze liegt** (1689 Euro netto laut dem *Rapport Statec Travail et Cohésion sociale 10/17*) und individuell auf **alle Bedürftigen ab dem 18. Lebensjahr ausdehnen**;

- **Pensionsbeiträge für alle RMG-BezieherInnen einführen**, so dass sie in das legale Versicherungssystem eingegliedert werden (dies ist derzeit nur für Personen der Fall, die mindestens 25 Jahre Zugehörigkeit zur Pensionsversicherung aufweisen);

- schutzbedürftigen Personen ein **kostenfreies Bankkonto** zur Verfügung stellen.

3) Familie

Eine Familienpolitik im Dienst der Chancengleichheit und der Armutsbekämpfung

Für *déi Lénk* muss die Familienpolitik im Dienst der Durchsetzung der Chancengleichheit stehen, sowie der Armutsbekämpfung zugunsten aller MitgliederInnen eines Haushaltes.

Mit der Reform von 2016 wurde das Kindergeld für Familien ab 2 Kindern beträchtlich gesenkt. Die Beihilfen sind jetzt auf 265 Euro begrenzt, wobei 20 Euro für Kinder ab 6 Jahren und 50 Euro für Kinder ab 12 Jahre hinzukommen. Ausbezahlt werden sie nur noch für Kinder bis 25 Jahre, statt vorher bis 27 Jahre. Seit 2006 wurden die Familienbeihilfen nicht mehr an den Index angepasst, geschweige denn an die allgemeine Lohnentwicklung. Während der Verhandlungen 2014 mit den Gewerkschaften rund um das sogenannte Zukunftspaket hatte die Regierung versprochen, die Familienbeihilfe an die Preisentwicklung anzupassen. Ein automatischer Anpassungsmechanismus an den Medianlohn wurde jedoch bis heute nicht umgesetzt.

Eine Indexierung der Familienbeihilfen an die Lebenskosten ist dringend notwendig, um die finanzielle Situation der Familien mit Kindern zu verbessern. Die Ausgaben der Haushalte steigen mit dem Heranwachsen der Kinder ständig an. Die Kosten für die Betreuung der Kinder, für die Schulmaterialien, die Kleider, die Mahlzeiten und Freizeitaktivitäten werden laufend zu einer Mehrbelastung, wenn die Beihilfen nicht auf die realen Bedürfnisse der Kinder in den verschiedenen Altersstufen angepasst werden.

Im aktuellen Staatshaushalt liegen die Investitionen in die Betreuungsstrukturen (75 Millionen Euro) wesentlich niedriger als die Kosten für die *Chèques Services d'Accueil* (380 Millionen Euro). Die stetig ansteigende Nachfrage für die Kinderbetreuung wird demnach vor allem durch eine Subventionierung privater Strukturen aufgefangen, zu der die Eltern einen Beitrag leisten müssen, der mittels einer intransparenten Berechnungsmethode festgelegt wird. Die privaten Anbieter neigen dabei dazu, ihre Tarife entsprechend zu erhöhen, jedes Mal wenn das System der *Chèques Services* ausgeweitet wird. Effizienter und gerechter wäre es, die Kinderbetreuung vollständig öffentlich und kostenlos zu gestalten, so wie es bei den Schulen der Fall ist.

Die rezenten Fortschritte beim Elternurlaub müssen weitergeführt werden durch eine Verlängerung auf 12 Monate (Vollzeit), so dass die Eltern zusammen mehr Zeit zur Verfügung haben, um ihre Kinder zu erziehen.

Die Familienbeihilfen gehören zu den sozialen Errungenschaften, die die Familien finanziell unterstützen und zu einer besseren Vereinbarung zwischen Beruf und Familie führen müssen. *déi Lénk* setzen sich für eine Stärkung der Familienpolitik ein, die im Zeichen der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau und der sozialen Gerechtigkeit steht.

déi Lénk wollen:

- **die Familienbeihilfen verbindlich an die Lebenshaltungskosten indexieren.** Die Beihilfen müssen sich den realen Kosten der Kindererziehung annähern und an die unterschiedlichen Bedürfnisse beim Heranwachsen angepasst werden;
- **die Autonomie der erwachsenen Kinder gegenüber dem Elternhaus stärken,** unter anderem während der Studienzeit oder während der Berufsausbildung. Die Beihilfen für erwachsene Kinder sollen automatisch auf ihr Konto überwiesen werden, bis sie in ein Arbeitsverhältnis eintreten. Die Familienbeihilfe wird mit dem Basis-Stipendium für Studierende (1000 Euro pro Semester) zusammengeführt zu einer Autonomie-Beihilfe von 4800 Euro/Jahr (400 Euro/Monat). Die Autonomie-Beihilfe soll funktionieren wie eine Leistung der Sozialversicherung, die Finanzierung soll von der Zukunftskasse gewährleistet werden (siehe Kapitel 2);
- **die Finanzierung der Familienpolitik sozial gerecht gestalten.** Bei der Finanzierung der familienpolitischen Leistungen soll das Finanzierungsprinzip der Sozialversicherung gelten, um so ihre Universalität zu gewährleisten und eine Kumulation der Sozialleistungen zwischen den verschiedenen Ländern der Europäischen Union zu verhindern. Dementsprechend müssen sich die Arbeitgeber wiederum an der Finanzierung der Familienbeihilfen beteiligen, anstatt sie allein dem Staat zu überlassen (siehe Kapitel Sozialpolitik);

- **das Angebot an öffentlichen Kinderbetreuungsstrukturen stufenweise ausweiten und die kostenlose Kinderbetreuung einführen** (das System der Chèques Service d'Accueil wird so nach und nach auslaufen). Die Kinderbetreuung soll mittelfristig zu einer öffentlichen Dienstleistung werden, (so wie die Schulerziehung) und nicht mehr von profitorientierten Privatanbietern abhängig sein;
- **bevorzugt Kinderbetreuungsstrukturen von überschaubarer Größe fördern**, um das Wohl der Kinder und gute Arbeitsbedingungen für das Personal sicherzustellen;
- **die Qualitätskontrollen der Kinderbetreuungsstrukturen präzisieren und harmonisieren**, in direkter Absprache mit allen relevanten Akteuren. Derzeit werden die Kinderbetreuungsstrukturen ständig mit neuen Anforderungen überhäuft, die oft wenig hilfreich sind für die Arbeitsweise des Personals oder sogar für das Wohl der Kinder;
- **die Fortbildung der BetreuerInnen an die Anforderungen anpassen**, sowohl im Rahmen der „projets d'établissement“ als auch der mehrsprachigen Erziehung. Für *déi Lénk* kann die informelle Bildung oder die mehrsprachige Betreuung im Kleinkindalter nur dann sinnvoll oder erfolgreich sein, wenn die BetreuerInnen für diese Aufgaben ausgebildet sind;
- **den Tagesmüttern/Tagesvätern (assistantes et assistants parentaux) die Möglichkeit bieten** in ihrer Karriere weiterzukommen und sich finanziell abzusichern. Ihnen muss der Status des autonomen Lohnabhängigen gewährt werden (vgl. Kapitel Arbeit) und es müssen ihnen verstärkt Ausbildungsmöglichkeiten angeboten werden, die zu einem Diplom als Erzieherin oder Erzieher führen;
- **den Elternurlaub (congé parental) für jeden Elternteil um 6 Monate (Vollzeit) oder 12 Monate (Halbzeit) verlängern**. Um eine stärkere Einbindung des Partners unmittelbar nach der Geburt zu ermöglichen, wollen *déi Lénk* dem Partner erlauben, den Elternurlaub ab der Geburt und zeitgleich mit dem Mutterschaftsurlaub (congé de maternité) zu nehmen. Die aktuell geltenden 10 Tage Vaterschaftsurlaub (congé de paternité) werden beibehalten;
- **die Ganztagschule fördern**, um den Kindern zu ermöglichen, ihre außerschulischen Aktivitäten in einem gewohnten Rahmen durchzuführen und den Familien, in denen beide Elternteile arbeiten, die Organisation der Kinderbetreuung zu erleichtern;
- **die Baby-Jahre (baby-years) auf 24 Monate pro Elternteil ausdehnen**. Dabei handelt es sich um eine Übernahme der Pensionsbeiträge durch den Staat, wenn ein Elternteil aus Gründen der Kinderbetreuung temporär aus seinem Arbeitsverhältnis austritt. Parallel zur Verlängerung des Elternurlaubs sollen die Baby-Jahre demnach für jeden Elternteil auf 2 Jahre ausgedehnt werden (derzeit 2 Jahre für beide Elternteile zusammen).

4) Wohnen

Der öffentlichen Verantwortung beim Wohnungsmarkt gerecht werden

Die Wohnungspolitik in Luxemburg ist ein Desaster und die verschiedenen Regierungen – die letzte Regierung inbegriffen - haben es nicht geschafft die Situation auch nur annähernd in den Griff zu kriegen. Angesichts der durchschnittlichen Preissteigerungen von 5% pro Jahr sind wir mittlerweile in einer regelrechten Krise angelangt: Der Wohnraum wird immer knapper und das Recht auf Wohnen ist nicht mehr für alle garantiert.

In den letzten Jahrzehnten hat der freie Markt ein Angebot an Wohnraum geschaffen, das völlig unzureichend ist, um den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden; insbesondere für niedrigere Einkommensgruppen. Und diese Knappheit ist seit langem bekannt. Das *Observatoire de l'Habitat* hat vorgerechnet, dass zwischen 1985 und 2016 in Luxemburg 106.709 neue Wohnungen gebraucht worden wären, tatsächlich wurden aber nur 74.622 gebaut. Für diese Periode fehlen demnach 32.087 Wohnungen. Mit der aktuellen Politik ist dieser Rückstand auch in Zukunft nicht aufzuholen. Verschiedene Institutionen schätzen bei einer Wachstumsrate von 2% den jährlichen Bedarf auf 6.500 bis 7000 neuen Einheiten. Derzeit werden aber nur rund 3.500 Einheiten pro Jahr gebaut.

Diese Situation hat unweigerlich zu einer Preisexplosion geführt, sowohl bei Häusern als auch bei Wohnungen, sowohl bei den Miet- als auch bei den Kaufpreisen. Über eine Zeitspanne von zehn Jahren sind die Mieten für Wohnungen um 44,9% gestiegen, jene bei Häusern gar um 76,3%. Die Kaufpreise haben zwischen 2008 und 2017 um 47% zugelegt. Dieser Anstieg übersteigt bei weitem die Entwicklung der Lebenshaltungskosten, die durch den Verbraucherindex gemessen wird.

Zwischen 1980 und 2016 haben sich die Preise auf dem Immobilienmarkt um den Faktor 9,28 multipliziert, 3,7-mal höher als die Lebenshaltungskosten und 3 mal höher als der Index, der die Entwicklung der Baukosten misst. In der Periode von 2000 und 2016 haben sich die Preise um 2,77 multipliziert, das heißt sie sind 2 mal so schnell gestiegen wie der Verbraucherindex und 1,9 schneller als die Baukosten.

Diese Überhitzung des Immobilienmarktes hat drei logische Konsequenzen: die Kaufpreise übersteigen um ein Vielfaches die Baukosten, die Kosten fürs Wohnen nehmen einen immer größeren Teil der Einkommen in Anspruch und das Recht auf Wohnen, ein elementares Grundrecht aller Menschen, wird durch den freien Markt nicht mehr gewährleistet. 2016 haben 18.600 Haushalte mehr als ein Drittel ihres Einkommens fürs Wohnen ausgegeben und 35.020 Haushalte ein Viertel ihres Einkommens. Diese Haushalte stellen 34,8% und 64,9% der Mieter auf dem Privatmarkt. Dass das grundlegende Recht auf Wohnen nicht mehr für die gesamte Bevölkerung garantiert ist, stellt ein ernstes Problem dar, das sofortige Maßnahmen unerlässlich macht.

déi Lénk führen bereits seit Jahren eine Kampagne gegen den Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Wir haben mehrere konkrete Vorschläge entwickelt, um die Probleme anzugehen.

déi Lénk wollen:

1) das Angebot ausweiten und diversifizieren

- eine **wissenschaftliche Studie durchführen lassen, um den realen Bedarf an Wohnraum zu ermitteln** und die Wohnungsbaupolitik dementsprechend anpassen;

- ein **umfassendes Programm** in Gang bringen für den Bau von **hochwertigen öffentlichen Mietwohnungen**, die zu bezahlbaren Preisen vermietet werden. Es geht darum, der Nachfrage nachzukommen und die Preise zu stabilisieren. Dieses Programm wird finanziert durch eine Mobilisierung der Gelder aus dem Pensionsfonds (siehe Kapitel Finanzen) und von einem neuen *Service Public de l'Habitat* gesteuert;

- einen *Service Public de l'Habitat* schaffen, der folgende Aufgaben hat:

- die Koordination von allen öffentlichen Bauvorhaben, wobei öffentliche Mietwohnungen bevorzugt werden sollen, konform zu den großen Leitlinien der Landesplanung (plan directeur, plans sectoriels, pacte logement);
- die Bereitstellung öffentlicher Gelder für alle Bauvorhaben des Staates und der Gemeinden, sowie für die energetische Sanierung des Wohnraumes von privaten Besitzern;
- den Ausbau der energetischen Sanierung des aktuellen Wohnbestandes durch die Bereitstellung von Finanzierungs- und Subventionsmodellen, die keine zusätzlichen Kosten für die Familien verursachen;
- die Durchführung von nachhaltigen urbanen Konzepten durch das Einwirken auf die Ausarbeitung von Gesetzen, Vorschriften und Genehmigungen (PAG, commodo-incommodo, pacte logement, usw.);

- die **Investitionsstrategie des staatlichen Rentenfonds (FDC)** kurzfristig überarbeiten. Es muss sichergestellt werden, dass die 5%, die laut der aktuellen Strategie in den nationalen Immobilienmarkt investiert werden sollen, zukünftig ausschließlich in erschwinglichen Wohnraum fließen, und nicht wie bislang auch in Geschäftsfläche und Büroraum. Dieser Prozentsatz muss auch signifikant erhöht werden;

- eine **Mindestquote für Wohneinheiten** einführen, bei der zukünftigen Erschließungen von neuen gemischten Vierteln (arbeiten & wohnen);

- den **Bau von Wohnraum für besondere Wohnformen fördern**, die sich nicht am Bild der traditionellen Familie orientieren, sondern sich nach den Bedürfnissen von junge Menschen, Flüchtlingen, ältere Menschen, usw. richten. Diese können beispielsweise über gemeinschaftlich nutzbare Räume verfügen (Küche, Essraum, Versammlungsraum, usw.), sowie über modulare Wohneinheiten, die sich im Laufe der Zeit den verändernden Bedürfnissen anpassen lassen;

- den Bau von **staatlich subventioniertem Wohnraum für spezifische Bedürfnisse** fördern und ausbauen (Haushalte mit geringem Einkommen, Personen mit besonderen Bedürfnissen, Flüchtlinge, usw.). Dies gilt vor allem auf Gemeindeebene, wo die staatliche Bezuschussung zwischen 50% und 100% liegt (loi modifiée du 25 février 1979 concernant l'aide au logement). Diese Ko-Finanzierungsätze müssen nach oben angepasst werden, um den Bau von Wohnraum für spezifische Bedürfnisse in den Gemeinden anzukurbeln, und auch für alle nicht gewinnorientierte Gesellschaften gelten, die im Bereich des sozialen Wohnungsbaus aktiv sind;

- die finanziellen Mittel und den Personalbestand der **beiden staatlichen Bauträger (SNHBM und Fonds du Logement)** aufstocken;

- den **öffentlichen Wohnbestand exklusiv über Mietverhältnisse** verwalten. Die staatlichen Bauträger dürfen keinen öffentlichen Wohnbestand mehr verkaufen;

- eine **Mehrwertsteuer einführen, die bei der Umwidmung von Grundstücken zu Bauland** von der Gemeinde erhoben wird. Die dadurch generierten Einnahmen soll es den Gemeinden ermöglichen, eine aktive Wohnungsbaupolitik zu betreiben. Diese scheidet oft an den fehlenden finanziellen Mitteln, vor allem bei der Nutzung des Vorkaufsrechts, über das die Gemeinden beim Verkauf von Grundstücken verfügen;

- eine **legale Basis für gemeinschaftliche Wohnformen** schaffen (z.B. für Wohngemeinschaften), unter Berücksichtigung der aktuell geltenden Einschränkungen für RMG/REVIS-Empfänger;

- das **Modell der sozialen Mietverwaltung (GLS – gestion locative sociale)** für Wohngemeinschaften zugänglich machen. Die staatliche Beteiligung an den Verwaltungskosten ist aktuell auf 100€ pro Wohneinheit festgelegt. Dieses sollte zukünftig pro Person bzw. pro Untermietvertrag gelten, um der spezifischen Situation von Wohngemeinschaften gerecht zu werden;

- das Gesetz über die Regelung der indirekten Steuern abändern, damit jeder Bauträger oder gemeinnütziger Verein, der sozialen sowie nicht gewinnorientierten Wohnraum schafft, in den Genuss des **superreduzierten Steuersatzes von 3%** kommt. Daneben soll der Zugang zu staatlichen

Wohnungsbeihilfen, zu Pachtverträgen, zu Staatsgarantien sowie zu Bankdarlehen vereinfacht werden;

2) den bestehenden Wohnraum mobilisieren

- den sogenannten „pacte logement“ von Oktober 2008 abändern, damit die **Erhebung einer Gemeindesteuer auf Bauland**, das mehr als 3 Jahre nach der Umwidmung immer noch brach liegt, für die Gemeinden obligatorisch wird;

- **leerstehenden Wohnraum mobilisieren**. Die Besitzer müssen zuerst kontaktiert werden, um ihnen konkrete Hilfen bei der Nutzung des Wohnraums anzubieten, gegebenenfalls über eine öffentliche Immobilienagentur. Wohnungen oder Häuser die ohne triftige Gründe mehr als ein Jahr lang leer stehen, müssen mit einer Gemeindesteuer belegt werden, die jedes weitere Jahr verdoppelt wird;

- eine **öffentliche Immobilienagentur** schaffen, die sich um die öffentlichen Mietwohnungen kümmert, sowie um die Mobilisierung des leer stehenden Wohnraums. Die Dienste dieser öffentlichen Agentur können kostenfrei in Anspruch genommen werden. Die MieterInnen sind somit von einer Vermittlungsgebühr befreit, genauso wie die Käufer einer Wohnung oder eines Hauses, wenn die Wohnung oder das Haus als Hauptwohnsitz dient;

- das **Prinzip der an das Eigentum gebundenen sozialen Verantwortung** in der Verfassung verankern (Eigentum verpflichtet). Dies erleichtert es, brachliegendes Bauland im Interesse der Allgemeinheit für den öffentlichen Wohnungsbau zu mobilisieren;

- die **thermische Sanierung von älteren Mietwohnungen vorantreiben**. Dafür muss ein Renovierungsprogramm ausgearbeitet werden mit einer staatlichen Vorfinanzierung, die nach sozialen Kriterien gegliedert ist;

- die Besitzer von Immobilien beim **Umbau von Wohnungen** helfen, die für ihre Bedürfnisse zu groß geworden sind. So können Wohnungen oder Häuser in mehrere Wohneinheiten eingeteilt werden oder der betreffenden Person kann mithilfe der öffentlichen Immobilienagentur eine kleinere Wohnung vermittelt werden;

3) den Schutz der MieterInnen stärken

- bei der **Berechnung der maximalen Mietpreise einen Anpassungskoeffizienten** einführen, der die Überhitzung des Immobilienmarktes berücksichtigt. Aktuell liegt der maximale Mietpreis bei 5% des jährlichen investierten Kapitals. Der Anpassungskoeffizient berücksichtigt den Unterschied zwischen der Preisentwicklung auf dem Immobilienmarkt und der Entwicklung der Lebenshaltungskosten (Verbraucherindex). Er ist angepasst an das Jahr der Immobilieninvestition und an die jeweilige Region, da die geographische Lage einen erheblichen Einfluss auf den Wert der Immobilie hat. *déi Lénk* hat bereits einen diesbezüglichen Gesetzesvorschlag gemacht (März 2018 / Nr. 7257).

- die **obligatorische Einschreibung des investierten Kapitals** (die bei der Berechnung des maximalen Mietpreises zum Tragen kommt) und der Referenzmiete (die mithilfe des Anpassungskoeffizienten ermittelt wird) in jeden Mietvertrag einführen (Gesetzesvorschlag Nr. 7257 / März 2018).

- Eine **nationale Mietkommission** einsetzen, zusätzlich zu den derzeit existierenden Mietkommissionen auf Gemeindeebene, die folgende Aufgaben erhält:

- sie kann damit beauftragt werden, den gesetzlich geregelten maximalen Mietpreis für bestehende Mietverhältnisse zu ermitteln;
- sie erfasst alle Mietverträge und kontrolliert die korrekte Anwendung der Gesetze in Bezug auf den maximalen Mietpreis;
- sie stellt anonymisierte statistische Daten zur Verfügung (auf Basis der Daten von STATEC, Observatoire de l'Habitat oder anderer Institutionen), die ein Monitoring des Mietwohnungsmarktes erleichtern;
- sie überwacht die Einhaltung der Qualitätsvorschriften für Mietwohnungen, die per Reglement festgehalten wurden (z.B. hygienische Vorschriften);

- sie informiert die MieterInnen und bietet juristischen Beistand für die existierenden Mietkommissionen auf Gemeindeebene und die Sozialämter, denen es oft an den nötigen juristischen Fachkompetenzen fehlt (Gesetzesvorschlag Nr. 7257 / März 2018);
- die **Überschreitung des maximalen Mietpreises verbieten**, das heißt 5% des Referenzwertes (Gesetzesvorschlag Nr. 7257 / März 2018);
- die Regelung einführen, dass die **Vermittlungsgebühr bei privaten Immobilienagenturen** ausschließlich auf Kosten des Auftraggebers geht. Diese muss derzeit meistens von den MieterInnen oder KäuferInnen bezahlt werden. Außerdem muss die Mietkaution von derzeit 3 auf eine Monatsmiete begrenzt werden (Gesetzesvorschlag Nr. 7094 / November 2016);
- eine einheitliche Frist **von 3 Monaten für das Aufkündigen** eines Mietvertrages einführen. Derzeit wird das je nach Mietvertrag geregelt. Die MieterInnen müssen ihren Mietvertrag jederzeit kündigen können, außer in dem ersten Jahr.
- die **Aktivitäten der Immobilienagenturen besser regulieren**, insbesondere durch die Schaffung eines Systems das die Identifizierung von verbotenen Klauseln in Mietverträgen erleichtert (z.B. Klauseln die verbieten, zu zweit zu wohnen, warme Mahlzeiten zuzubereiten, Gäste zum Essen einzuladen, usw.). Abschreckende Sanktionen müssen eingeführt werden, um solche Missbräuche auszuschliessen.

5) Gesundheit

Ein universales, leistungsfähiges und öffentliches Gesundheitssystem

Trotz seiner Mängel kann das luxemburgische Gesundheits- und Pflegesystem als sehr leistungsfähig bezeichnet werden. Der Zugang zu Pflege- und Gesundheitsleistungen ist für eine große Mehrheit der Bevölkerung gewährleistet aufgrund der Finanzierung durch eine solidarische Gesundheitskasse. Die Qualität der Leistungen ist allgemein sehr hoch, dies vor allem aufgrund des hohen Engagements des Personals.

Trotzdem ist es gefährlich davon auszugehen, dass es sich hierbei um unveränderliche Errungenschaften handelt. Aufgrund der herrschenden Ideologie, die sich die Senkung öffentlicher Ausgaben und die Privatisierung von Dienstleistungen auf die Fahnen geschrieben hat, ist das Gesundheitssystem ständig neuen Attacken ausgesetzt. So hat die aktuelle Regierung angefangen Sparmaßnahmen im Bereich der Gesundheits- und Pflegepolitik zu ergreifen: Sowohl die Reform der Pflegeversicherung, als auch die neue Krankenhausplanung waren so konzipiert, einseitig die Kosten zu senken. Auch wenn schlimmere Schäden am Gesundheitssystem schlussendlich verhindert werden konnten, ist die Regierungsbilanz trotzdem enttäuschend.

Diese Form der Politik, die überall und zu jedem Preis sparen will, führt dazu, dass Gesundheit zur Ware wird. Es ermuntert die politischen und privaten Akteure dazu, Gesundheit und Pflege als lukrativen Markt zu betrachten. Seit Jahren erringen sich private Unternehmen (Versicherungen, private Labors, Pflegedienste von rein kommerziellen Anbietern) ertragreiche Teile dieses Marktes. Diese Entwicklung führt zu einem Zwei-Klassen-Gesundheitssystem: eine Gesundheitsversorgung für jene mit ausreichend finanziellen Mitteln und eine Gesundheitsversorgung für alle andere.

déi Lénk verfolgen vorrangig das Ziel, ein universales und öffentliches Gesundheitssystem zu erhalten und sich gegen jede Marktlogik im Gesundheitsbereich zu wehren. Eine gemeinschaftliche und leistungsfähige Gesundheits- und Pflegeversorgung ist für uns eine Voraussetzung für die individuelle und kollektive Entfaltung.

Gleichzeitig muss das bestehende System ständig verbessert werden. Auf der einen Seite wurden verschiedene Probleme nicht behoben, sie haben sich im Gegenteil noch verschlimmert. Dies gilt beispielsweise für den Bereich der Notaufnahmen. Auf der anderen Seite müssen neue Herausforderungen angegangen werden: die Alterung unserer Gesellschaft, aber auch neue Krankheiten aufgrund von Umweltveränderungen und psycho-sozialem Stress. Neue Heil- und Interventionsmethoden, sowie neue Therapien werden aufgrund des wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts entwickelt. Diese Fortschritte müssen der gesamten Bevölkerung zugutekommen durch ein öffentliches und solidarisches Gesundheitssystem, das an das Bevölkerungswachstum angepasst ist.

Die öffentliche Gesundheit beruht jedoch nicht ausschließlich auf der Qualität der Behandlungsmethoden. In Wirklichkeit handelt es sich um eine transversale Thematik, die viele politische Felder berührt. Soziale Ungleichheiten, Armut, die Arbeitsbedingungen, das Schulsystem, die Qualität der Umwelt, die Ernährungsbedingungen aber auch das soziale Umfeld beeinflussen den Zustand der Gesundheit entscheidend. Die Prävention muss im Zentrum jeder Politik stehen und alle Aspekte einbeziehen, die einen Einfluss auf die öffentliche Gesundheit haben.

déi Lénk wollen:

- **einen Nationalen Gesundheitsplan erstellen**, der sowohl die Bedürfnisse der PatientInnen, als auch des Gesundheitspersonals berücksichtigt und die unterschiedlichen Gesundheitspläne ergänzt und koordiniert. Wir brauchen Kohärenz in allen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bereichen, wobei der Prävention eine hohe transversale Priorität zukommt. Der Zugang zum Gesundheitssystem muss für die gesamte Bevölkerung gewährleistet sein;
- **die letzte Reform der Pflegeversicherung wieder rückgängig machen**, vor allem das eingeführte System der Pflegekategorien und die Rückführung oder Streichung von erstatteten Leistungen. Eine wirkliche Reform muss angegangen werden, die auf einer grundlegenden Analyse der Bedürfnisse und Erfahrungen der Bevölkerung beruht, um eine bessere Versorgung der pflegebedürftigen Menschen sicherzustellen. Um die Finanzierung langfristig abzusichern, soll ein Arbeitgeberbeitrag

(cotisation patronale) von 1,4% eingeführt werden, in gleicher Höhe also wie der aktuelle Arbeitnehmerbeitrag;

- **das Prinzip des „Tiers-payant“ generalisieren**, das heißt die direkte Kostenübernahme aller Rechnungen durch die Gesundheitskasse (CNS) einführen. Die persönliche Beteiligung an den Kosten wird abgeschafft und alle Kosten werden zu 100% von der CNS übernommen (statt 88% wie bisher);
- **die Höchstgrenzen bei den Beiträgen zur Gesundheitsversicherung aufheben**, damit auch die hohen Einkommen in die Berechnung der Bemessungsgrundlage einfließen;
- die **Mehrwertsteuer auf Hygieneartikel** auf 3% senken;
- **die Notdienste mit den notwendigen Infrastrukturen, sowie dem entsprechenden Personal ausstatten**, um eine adäquate Aufnahme der PatientInnen zu ermöglichen. Eine ausreichende Anzahl an Akutbetten in den Notdiensten muss garantiert sein. **Die ambulanten Dienste müssen ausgebaut werden**, indem eine kohärente Patientenbetreuung zuhause sowohl vor als auch nach der Operation organisiert wird. Diese soll durch mobile Dienste durchgeführt werden, die an die öffentlichen Krankenhäuser angebunden sind;
- **das Angebot der „maisons médicales“ auf das gesamte Territorium ausweiten**. Insbesondere die Schaffung einer „maison médicale“ im Osten drängt sich auf. **Die Krankenhäuser müssen mit einer ausreichenden Anzahl an Geräten** ausgerüstet sein (z.B. IRM), um inakzeptable Wartezeiten zu verhindern;
- **den realen Bedarf an qualifiziertem Personal ermitteln** und die notwendigen Einstellungen auf Basis dieser Analyse vornehmen. Ziel muss es sein, die hohe Qualität der Pflege aufrecht zu erhalten und eine adäquate Bezahlung des Personals zu gewährleisten, die der beruflichen Qualifikation Rechnung trägt. Der Arbeitsstatus und die Bezahlung der informellen Helfer (aidants informels) müssen verbessert werden;
- **das Modell der angestellten Ärzteschaft in den Krankenhäusern fördern**. Die Weiterbildung der Ärzteschaft und der medizinischen Fachkräfte muss systematisiert und reglementiert werden. Dies gilt unter anderem auch für das Angebot an **Sprachkursen** für das medizinische Personal in Luxemburg;
- **das öffentliche Angebot an Infrastrukturen für alte Menschen erweitern** (integriertes Wohnen, Altenheime, Gesundheitshäuser), um der erweiterten Lebenserwartung der Bevölkerung gerecht zu werden. Das Modell des **intergenerationellen Wohnens** muss gefördert werden. Das Angebot an **regionalen Geriatrie-Zentren** (Esch, Steinfort) muss auf das gesamte Territorium ausgeweitet werden;
- eine universelle Gesundheitsfürsorge einführen für **Menschen ohne Einkommen und/oder keinen festen Wohnsitz**;
- **manuelle Therapien anerkennen**, wie die Osteopathie oder die Akupunktur, und eine damit verbundene Übernahme der Kosten durch die Gesundheitskasse einführen;
- **den Anwendungsbereich von therapeutischem Cannabis ausweiten**. Es muss in allen Apotheken erhältlich sein und die Verschreibung muss vereinfacht werden;
- das Gesundheitssystem umorientieren hin zu einer **stärkeren Berücksichtigung der medizinischen Primärversorgung**, um tatsächlich einen generellen und leistungsstarken Zugang zur Gesundheitsversorgung zu garantieren;
- eine **Gesundheitskultur durch physische Betätigung fördern**, gemäss den Empfehlungen der Internationalen Gesundheitsorganisation. Diese rät zu 150 Minuten pro Woche Ausdauersport mit mässiger Intensität für Erwachsene, um die Leistungsfähigkeit des Herz-Kreislaufsystems, der Muskeln und der Knochen zu stärken, sowie das Risiko von nicht übertragbaren Krankheiten und Depression zu verringern;
- **Sportgeräte und Sportgelände im öffentlichen Raum zur Verfügung stellen** (wenn möglich 24 Stunden auf 24 und sieben Tage die Woche), um den Erwartungen der Bevölkerung bezüglich der

Infrastruktur für Freizeitsport gerecht zu werden ohne die Notwendigkeit einem Sport- oder Fitnessclub beizutreten. Dabei geht es um kleiner Sportgelände für verschiedene Aktivitäten oder auch um Fitnessgeräte in den öffentlichen Parkanlagen oder auf öffentlichen Plätzen. Alle Menschen, ob jung oder alt, sportlich oder eher bequemlich, sollen die Möglichkeit haben, sich zu betätigen. Dies gilt natürlich auch für Menschen mit spezifischen Bedürfnissen;

- **nationale Präventionsstrategien entwickeln**, die auf die Situation am Arbeitsplatz, am Ausbildungsort oder in öffentlichen Räumen eingehen. Die Vorbeugung der **Suchtabhängigkeit** (Alkohol, Medikamente, harte Drogen, usw.) muss zu einer Priorität werden. Die Problematik der Suchtabhängigkeit in all ihren Facetten muss konsequent im Bildungssystem thematisiert werden. Schließlich müssen nationale Aufklärungskampagnen auf das Problem der **Selbstmorde** aufmerksam machen;

- effektive **Kontrollinstrumente zur Messung der Verschmutzung von Wasser, Luft und Böden** aufstellen. Die Bevölkerung muss direkten Zugang zu den Messwerten erhalten;

- **die öffentliche Forschung im Gesundheitsbereich verstärken** und mehr Mittel in die universitäre Ausbildung von Ärzten investieren. Die Anzahl der Fachausbildungen in Zusammenarbeit mit den Unikliniken der Großregion muss erweitert werden;

- die **Tendenz zur Kommerzialisierung der medizinischen Analysen durch private Anbieter umdrehen** und eine legale Basis schaffen für die Erweiterung des Tätigkeitsfeldes des „Laboratoire national de Santé“ und der Laboratorien innerhalb der öffentlichen Krankenhäuser;

- **einen einzigen öffentlichen Dienst für die Arbeitsmedizin schaffen** und adäquate Fortbildungen organisieren für die Personalbeauftragten in Fragen der Arbeitssicherheit;

- **die Möglichkeit abschaffen, eine Arbeitnehmerin oder einen Arbeitnehmer nach 52 im Krankenschein (von 104 Wochen) zu entlassen**. Die berufsbedingten Krankheiten müssen bei der Entscheidung zur internen oder externen Wiedereingliederung berücksichtigt werden;

- **die Vorabbereitschaft zur Organspende nach dem Tod generalisieren** mit der Möglichkeit eines „opt-out“. Für Blutspender soll ein halber Tag Sonderurlaub eingeführt werden;

- den **Beruf der Hebammen aufwerten** und einrahmen, mit dem Ziel das Angebot an solchen Diensten zu erweitern;

- die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** im Gesundheits- und Rettungswesens verstärken.

6) Schule

Die Schule als Voraussetzung für eine gerechte und emanzipatorische Gesellschaft

Verschiedene europäische Untersuchungen warnen vor dem schulischen Abbruch in Luxemburg der seit 2009 steigt (2015 haben 13,5% der Jugendlichen die höhere Sekundarschule im Alter von 16-17 Jahren verlassen). Unter ihnen sind mehr Jungen als Mädchen und mehr Kinder aus Migrationsfamilien oder aus einem sozial benachteiligten Milieu. Diese Jugendlichen sind eher vom schulischen Misserfolg und von Arbeitslosigkeit betroffen, denn das Erlangen des Abiturs oder eines gleichwertigen Abschlusses bleibt immer noch - trotz kontinuierlicher Abwertung - ein Schlüssel zu höheren Studien und zu besseren Berufsperspektiven im Rahmen der Berufsausbildung.

Die letzten Reformen der Ausbildung in Grund- und Sekundarschule konnten die Schäden der frühzeitigen Orientierung in verschiedene Schultypen nicht wettmachen. Die Schüler werden im Allgemeinen wegen ihrer schlechten Resultate in die technische Ausbildung (secondaire general) und in die professionellen Laufbahnen orientiert. Diese soziale Selektion führt außerdem zu einer Verfestigung der Abwertung der Berufsausbildung. Die Jugendlichen werden sehr früh schon in eine Richtung orientiert, die ihre ganze Zukunft zum großen Teil bestimmt. Außerdem kann man feststellen, dass die Bedingungen der Berufsausbildung für die von der klassischen oder technischen (secondaire general) Allgemeinausbildung Ausgeschlossenen sich seit der Reform von 2009 bedeutend verschlechtert haben und somit bei den Abgängern dieses Schultyps offensichtliche Lücken bestehen. Davon zeugt eine abnehmende Erfolgsquote im Rahmen des beruflichen Eignungsdiplomes. (DAP -Diplome d'aptitude professionnelle).

Was die rezenten Reformen der Sekundarausbildung anbelangt, so gaben sie den Startschuss zur Privatisierung der öffentlichen Schule. Immer mehr große Privatunternehmen werden beauftragt neue Schulen zu bauen (Lycée Technique de Bonnevoie), sowie die Schulbücher und -programme zu gestalten. So kaufen verschiedene Lyceen Schulbücher und Lehrinhalte von ausländischen multinationalen Firmen, andere ihre Unterrichtslizenz und die Prüfungsbögen für das internationale Abitur. Die Privatisierung des öffentlichen Bildungswesens ist eine gefährliche Entwicklung, die unter der blau-rot-grünen Regierung stark an Fahrt gewonnen hat.

Die Ausweitung der Schulautonomie, die 2016 durch die Reform des Sekundarunterrichts eingeführt wurde, zwingt die Schulen untereinander zu konkurrieren, das Wissen wird zur Ware und führt zum Management der Produktion der Kenntnisse.

Auch wenn die aktuellen Reformen einen Akzent auf den mehrsprachlichen Unterricht legen, als Schlüssel zur sozialen Inklusion, des Zusammenlebens und des beruflichen Erfolges, so kann dies auch als Verkaufsargument für die Anziehungskraft des Finanzplatzes oder als Aushängeschild des "Nation Branding" gewertet werden. Damit die Mehrsprachigkeit wirklich zu einer besonderen Fähigkeit wird, müssen viel mehr Mittel in die mehrsprachliche Ausbildung investiert werden und das Schulpersonal muss eine diesbezügliche, angemessene Ausbildung und Unterstützung erhalten. Allerdings zeugt der aktuelle LehrerINNENmangel eher von einer mangelhaften Schulpolitik, die die Notwendigkeit der massiven Investitionen nicht einsieht, die allein die Bedingungen eines reibungslosen Unterrichts schaffen würden. Neue Maßnahmen haben außerdem zur Folge, dass der Lehrberuf noch unattraktiver wird, was zur massiven Abnahme von LehreranwärterINNEN in nur wenigen Jahren geführt hat.

Die Schule sollte eine emanzipatorische Funktion haben und gleichzeitig den Zugang zu einem Beruf garantieren. Zusammenleben und der respektvolle Umgang miteinander, sowie das Erlernen von Fähigkeiten in sozialer Kommunikation als auch in Eigendarstellung, genauso wie technische Kompetenzen und Allgemeinkultur sollte die Schule vermitteln. Schon lange hat die Schule ihre Rolle als Garant für die Chancengleichheit und als Vorreiter für eine gerechtere Gesellschaft aufgegeben. Das Gegenteil ist der Fall. Während der letzten dreißig Jahre hat sie nur die bestehenden sozioökonomischen Ungleichheiten zementiert oder sogar verschlechtert und zur Aufrechterhaltung einer hierarchischen Sozialordnung beigetragen.

déi Lénk wollen:

- **mittel- und langfristig das Konzept einer "Schule für alle" entwickeln**, die auf dem "gemeinsamen Stamm" aufbaut. Im Rahmen dieser Schule des gemeinsamen Stammes lernen die SchülerINNEN zusammen vom ersten Zyklus an bis zum Ende der Schulpflicht (16 Jahre) ohne Aufteilung nach Leistungsfähigkeit. Jeder Zyklus umschließt zwei Jahre pro Schülergruppe, nach denen die SchülerINNEN in den nächsten Zyklus weiterkommen. Die Unterrichtsmethoden werden an die Bedürfnisse der verschiedenen Schüler angepasst, um die spezifischen Anforderungen des Lernrhythmus jeder SchülerINNEN zu begleiten. Diese Unterrichtsweise braucht mehr Personal, eine Erhöhung der Effektivität. Ein Team pro Klasse, in der die SchülerINNEN in mehrere Gruppen eingeteilt sind, in denen sie sich gegenseitig helfen und so es jedem erlauben weiter zu kommen. Die allmähliche Einsetzung wird durch folgende Maßnahmen gewährleistet:

- die tatsächliche Einteilung der Schulzeit in Zyklen wie im Gesetz von 2009 über die Organisation des Unterrichts an der Grundschule vorgesehen;
- die Verlängerung um ein Jahr innerhalb eines Zyklus sollte die Ausnahme bleiben. Weil die Wiederholung im Allgemeinen unwirksam ist was den Schulerfolg angeht, so muss die Verlängerung eine Ausnahme sein und von angemessenen Maßnahmen begleitet werden;
- der Wahrnehmung der Verantwortung einer Lerngruppe durch ein multidisziplinäres Team;
- eine individuelle Begleitung in Form eines Tutorsystems;
- die Begleitung der persönlichen Schülerarbeiten ab der Primärschule;
- die Eingliederung der Ressourcen und Kompetenzen der differenzierten Erziehung (EDIFF), des Instituts für SchülerINNEN mit besonderen Bedürfnissen (IEBS), der Teams der Unterstützung für SchülerIN mit besonderen erzieherischen Bedürfnissen (ESEB), der Kompetenzzentren in spezialisierter Psychopädagogie, die erst neulich gegründet wurden, in den Schulbetrieb;

- **die öffentliche Schule verteidigen und stärken**, gegen drohende Privatisierung:

- Die grundsätzliche Ablehnung der Schulautonomie wie sie im Gesetz von 2016 formuliert wird. Im Gegensatz hierzu streben wir ein größeres Gestaltungsrecht der Schulgemeinschaft (also der Lehrer, der Eltern und der Schüler) an;
- Die Ablehnung des "Schulentwicklungsplans" und das Zielmanagement das zur Konkurrenz der verschiedenen Schulen führt durch den Vergleich und die Kontrolle ihrer Leistung;
- Die Ablehnung des "Profils" der Sekundarschulen als Werkzeug zur Spezialisierung, denn dies führt zur Auflösung der Harmonisierung der Diplome des Sekundarunterrichts und wird die Schulen hierarchisch strukturieren, je nach Attraktivität ihres Lehrangebotes;
- Die finanzielle Unterstützung ausschließlich öffentlicher Schulen, als einziger Garant für die finanzielle Autonomie;
- Die kategorische Ablehnung der PPP als Mittel zum Bau von neuen Infrastrukturen;
- Die Diversifizierung des Lehrangebots in allen Sekundarschulen. Nicht auf die Mannigfaltigkeit der Lyzeums Profile bauen, um dieses Angebot zu schaffen;
- Die internationale Ausbildung auf Kinder beschränken, deren Eltern nur zeitlich begrenzt aus beruflichen Gründen in Luxemburg leben und für neu angekommene SchülerINNEN die die luxemburgische Sprache nicht beherrschen;
- Ein öffentliches Angebot internationaler Ausbildungsprogramme schaffen, um die Einmischung von privaten Ausbildungsunternehmen in die Organisation der öffentlichen Schule zu verhindern;

- sich für eine **demokratische und kooperative Schule** einsetzen, die für eine wirkliche organisationale und pädagogische Autonomie steht, durch:

- die Harmonisierung der Lehrpläne aller Schulen. Das Unterrichtsministerium sieht zurzeit vor, dass jede Schule ihren eigenen Lehrplan festsetzt und sich in verschiedenen Bereichen spezialisiert, damit die Eltern die Schule auswählen können, die am besten zu ihren Kindern passt. Dies kann dazu führen, dass es einerseits Eliteschulen gibt und andererseits

- Reserveschulen wo all die hin kommen die in ersteren keinen Platz gefunden haben;
 - die allgemeine stoffliche Entlastung des Lehrplanes durch Festsetzung der wichtigsten Elemente des Inhaltes und der zu entwickelnden Kompetenzen bei den SchülerINNEN;
 - Die Differenzierung der Lernziele jederR SchülerIN innerhalb des Lehrplans, um die individuelle Betreuung zu garantieren;
 - Die Garantie der Autonomie in der Entwicklung der pädagogischen Methoden in den öffentlichen Schulen, um jeder Schule zu erlauben, sich am besten auf die spezifischen Bedürfnisse ihrer Schulpopulation einzugehen;
 - Die Ausweitung der Schulkomitees in den Grundschulen auf die Eltern, die VertreterINNEN der SchülerINNEN und auf das psychopädagogische Personal, um die demokratische Beteiligung und den Dialog mit den LehrerINNEN zu fördern. Die LehrerINNEN müssen durch Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramme auf diese neuen Herausforderungen vorbereitet werden;
 - Anstatt einen Direktor zu ernennen soll auf Eigenverantwortung der vorher genannten Akteure gesetzt werden;
 - Die Zusammenarbeit der Lehrer soll gefördert werden;
 - Die Verstärkung der Schülervertretung im Erziehungsrat der Sekundarschulen, um sie stärker in den Bewertungsprozess des "Schulentwicklungsplanes" einzubinden so lange er noch existiert;
 - Den Schülerkomitees ein Budget zur Verfügung stellen, das von diesen selbst verwaltet wird, um ihre Autonomie in der Ausarbeitung und Durchführung ihrer Aktionen und Aktivitäten zu unterstützen;
 - Die Unterstützung der CNEL (Confédération Nationale des Elèves Luxembourg) durch das Unterrichtsministerium, die Schuldirektionen, das Zentrum für politische Bildung (ZpB) bei der Ausarbeitung von Bildungsmaterialien für die KlassensprecherINNEN und die SchülerINNENkomitees;
 - Die SchülerINNENvertreterINNEN müssen über ein Kontingent von Freistunden verfügen, um ihre Aktivitäten innerhalb des Komitees zu planen und auszuführen;
 - Die neue architekturelle Konzeption von neuen Schulen unter Berücksichtigung pädagogischer und sozialer Konzepte des "gemeinsamen Stammes" die die Zusammenarbeit und die Demokratisierung der Schulgemeinschaft fördert;
- **Autonomie und Entwicklung kritischen Analysedenkens** bei den SchülerINNEN fördern durch:
- Das Ersetzen des Fachs "Leben und Gesellschaft" durch einen gemeinsamen Kurs von "praktischer Philosophie";
 - Einführung einer historischen und soziopolitischen Bildung im unteren sekundären Zyklus (ab 12), um die kontinuierliche Entwicklung eines Geschichtsbewusstseins bei Jugendlichen zu fördern damit er/sie fähig wird eine soziale Identität aufzubauen und als bewusste-r BürgerIN zu handeln;
 - Ein Fach einführen, um alle in die neuen Technologien und Medien einzuführen und ihnen zu erlauben mit diesen aufgeklärt und kritisch umzugehen;
 - Praktikumserfahrung in der Berufswelt ab den Oberstufen der allgemeinen Sekundarschulen sammeln;
 - Unterricht "extra muros" einführen, mit Kennenlernen des beruflichen Umfelds und Austausch mit den Berufstätigen in den technischen (secondaire general) und allgemeinen Sekundarschulen ab den Unterstufen (ab 12 Jahren nach dem Konzept "Schule für alle");
 - Die Dekonstruktion der Stereotypen in der Ausbildung in einem Sinne der Gleichstellung zwischen Männer und Frauen, Ansässigen und Neuankömmlingen, die Gleichheit in allen Studienbereichen verankern (Bsp. keine Schulbücher mit Geschlechter- oder rassistische Stereotypen);
- **einen qualitativ hochwertigen demokratischen Zugang zur Bildung und schulische Begleitung für alle** garantieren, durch:
- Die kontinuierliche Erhöhung des Unterrichtshaushalts, durch die radikale Kürzung aller unnützen öffentlichen und unfruchtbaren Ausgaben (z.B. Aufrüstungsindustrie) für das

Allgemeinwohl;

- Die Inbetrachtung der Besonderheiten und der erzieherischen Bedürfnisse der SchülerINNEN unter dem Aspekt von sozialen Werten und eines "bottom up" Ansatzes;
- Ausweitung des Angebots an Ganztagschulen landesweit, um die Fähigkeiten und das Allgemeinwissen der Kinder durch ein Angebot an Spiel- und didaktischen Aktivitäten (Einführung in die Kunst, in die Musik, Sport, Theater, Gesang, Ruhen, Aktivitäten außerhalb der Schule usw..) nach der Schule zu entwickeln. In diesen Einrichtungen muss ein freizeit- und spielpädagogischer Ansatz gefördert und den Kindern einen Freiraum zugestanden werden, der ihnen selbstständige Erfahrungen erlaubt ;
- Die Einrichtung von öffentlichen Internaten im ganzen Land;
- Die kompromisslose Umsetzung der Internationalen Konvention über die Rechte der behinderten Personen: jedes Kind und jeder Jugendliche müssen in einer Nachbarschaftsschule aufgenommen werden und mitmachen können;

- die **Berufsausbildung (wieder-) aufwerten**. Es versteht sich von selbst, dass die Einführung eines "gemeinsamen Stammes" die Berufsausbildung verbessern und das Orientierungssystem nach dem Ende der Schulpflicht verändern wird. Bis dahin muss die existierende Berufsausbildung wie folgt verbessert werden:

- Verbesserung der Unterrichtsqualität im unteren Zyklus;
- Deutsche und französische Studiengänge, um die Sprachfähigkeiten der SchülerINNEN zu fördern;
- Klasseneffektive begrenzen auf 18 pro Klasse/Modul;
- Intensivnachhilfeunterricht der die wirklichen Schwächen der SchülerINNEN über einen längeren Zeitraum ausbügelt und ihnen hilft Kenntnisse zu erwerben und verbessern;
- Ein Jahr Vollzeitschule für Ausbildungen DAP/CCP (Diplôme d'aptitude professionnelle, Certificat de capacité professionnelle) in der 10ten Klasse bevor das duale Ausbildungssystem beginnt (Schule/Betrieb), ausser für die Erwachsenenbildung;
- Wiedereinführung des Sprach- und des Mathematikunterrichts in der 10ten und 11ten Klasse der technischen Ausbildung damit ein Niveau gewährleistet ist, der auch weiterführende Studien erlaubt;
- Abschaffung des Systems der Vorbereitungsmodule und automatischer Zugang der Techniker zu weiterführenden Studien nach Erhaltung des Diploms der 13ème;
- Die Aufwertung der Handwerksberufe gerade auch im Kontext der Sozial- und Solidarwirtschaft und nachhaltiger und ökologisch verantwortungsvoller Produktionsmethoden;
- Schaffung von Arbeitsplätzen und neuen Möglichkeiten der Berufsausbildung im Rahmen der Solidar- und Kreislaufwirtschaft sowie im Bereich der Informatik in Übereinstimmung mit der Expansion der Digitalisierung der Wirtschaft;
- Die Betriebe sollen angehalten werden, genügend Lehrstellen zur Verfügung zu stellen, Verweigerer müssen Strafe zahlen;
- Das Einführen einer hochwertigen Ausbildung für betriebliche Ausbilder, nicht wie die School for Commerce die nur einen 24stündigen Kurs anbietet ohne Abschlusszeugnis;
- Anpassung der allgemeinen Unterrichtsfächer an die spezifischen Bedürfnisse der verschiedenen Ausbildungen. So macht ein Mathematikunterricht in vielen Technikerausbildungen durchaus Sinn;
- Eine Infragestellung des Unterrichts nach Modulen, der dazu neigt, die Schülerinnen und Schüler in Kompetenzgruppen aufzuteilen und so einem inklusiven Unterricht zuwiderläuft;
- Die Neudefinition der Evaluierung nach Kompetenzen. Der derzeitige utilitaristische Ansatz muss aufgegeben werden und die Frage über die Sinnhaftigkeit des finalen integrierten Projektes gegenüber dem nationalen Examen muss neu gestellt werden;
- Einführung von einem Nachholtag bei erlaubtem Fernbleiben aus medizinischen Gründen bei einem Teil der integrativen Prüfung, so wie es beim Abitur im klassischen und allgemeinen Sekundarunterricht vorgesehen ist;
- Gestaltung der integrativen Prüfungen, um so den SchülerINNEN einen Gesamtüberblick ihrer Fachbereiche zu vermitteln;

- Regelmäßige Konzertierung des Ministeriums mit den Lehrern und ihren Gewerkschaften, um den dringendsten Problemen vorzubeugen oder sie gegebenenfalls zu lösen;

- **das Erlernen anderer Sprachen** sollte ein Vorteil sein und nicht sozial ausgrenzen und isolieren, durch:

- Die luxemburgische Sprache sollte als Kommunikationssprache gelten in allen vor- und außerschulischen Strukturen und besonders in der Vorerziehung;
- Die Hervorhebung des Erlernens der primären Sprachen (luxemburgisch, deutsch und französisch) durch eine Alphabetisierung in luxemburgischer Sprache als verbindende Sprache bei Kindern die aus Migrationsfamilien stammen;
- Einführung des Französischen als erste Fremdsprache, deren Erlernung im 2. Zyklus erst verbal, dann als Schriftsprache im 3. Zyklus erfolgen soll. Dieser Ansatz fördert das Lernen der Schüler*innen mit romanischer Muttersprache, ohne die Luxemburger zu benachteiligen;
- Das Erlernen der deutschen Sprache als zweite Fremdsprache, im 3. Zyklus verbal und im 4. Zyklus als Schriftsprache. Wenn sie diese Etappen durchgemacht haben, haben die Kinder mit ausländischen Wurzeln eine solide Kenntnis der luxemburgischen Sprache, was ihnen das Erlernen der deutschen Sprache erleichtert. Für die Kinder deren Muttersprache das Luxemburgische ist wird es ein leichtes sein die deutsche Sprache zu erlernen aufgrund der Gemeinsamkeiten in Semantik und Syntax;
- Die Anpassung der Schuldidaktik und der Schulbücher an die nationale sprachlich eigenartige Situation. Alle Kinder sollen mindestens eine Sprache auf einem sehr guten Niveau erlernen, dies erlaubt ihnen anschließend ihr Transferwissen beim Erlernen anderer Sprachen zu nutzen;

- **dem Mangel an Lehrpersonal in der Grundschule Einhalt gebieten**, durch:

- Das Praktikum auf maximal zwei Jahre begrenzen für Diplomierte aus anderen Bereichen als der Pädagogik;
- Reform des Praktikums im Sinne eines Erlernens pädagogischer und begleitender Fähigkeiten;
- Langzeitbegleitung des Lehrpersonals im Rahmen einer Ausarbeitung kollektiver Lehrpraktiken die dazu befähigen sollen erlernte Kompetenzen zu analysieren und eventuelle Fehler zu beheben zur Optimierung der Qualifikation;
- Anpassung der Rekrutierungsbedingungen der Lehrkräfte und der Höhe der Investitionen in effektives Material an die Anforderungen der vorgeschlagenen Lehr- Und Unterrichtsmethoden;

- klare Ziele und **transparente Einschätzungsmethoden** aufstellen durch:

- Regelmäßige Bilanzen die die spezifische Situation des/r SchülerIN festhält und nicht die Defizite aufzählt, im Sinne einer Entwicklung von individuellen Lernzielen und unterstützende Maßnahmen, die in der Lerngemeinschaft verankert sind;
- Die Definierung der Ziele der Hausarbeit zur Entwicklung der Kreativität und der kritischen Überlegung der SchülerINNEN;
- Die Einführung eines Systems, die das Lernen und die Hausarbeit konzentriert, um nicht diejenigen zu benachteiligen deren Eltern sie nicht unterstützen können;

- die **Einführung einer Life-Long-Learning Strategie**, die es auch Erwachsenen erlaubt, in verschiedenen privaten oder beruflichen Situationen sich weiterzubilden und ein Diplom zu erhalten durch:

- Die Ausweitung der Ausbildungsangebote bei gleichzeitiger Berufstätigkeit für alle schulischen und beruflichen Ausbildungsstufen;
- Durch angepasste Ausbildungsangebote, die dem schnellen technologischen Wandel und den neuen Gepflogenheiten in Sachen Digitalisierung Rechnung tragen.

7) Finanzen

Für eine starke und gerechte Budgetpolitik

Die staatlichen Ausgaben kürzen, um Steuererleichterungen zu finanzieren: Dieses Prinzip, das die Rolle des Staates begrenzt und meist als unumstößliche Wahrheit dargestellt wird, hat die Finanzpolitik seit den frühen 1980er Jahren dominiert.

Die aktuelle Regierung hat dabei keine Ausnahme gemacht und nach dem gleichen Schema wie die Vorgängerregierungen gehandelt. Am Anfang der Legislaturperiode hat sie mit einem umfassenden Sparpaket tiefe Einschnitte bei den Ausgaben vorgenommen, nur um einige Jahre später einen Teil der Gelder wieder in Form von Steuergeschenken auszugeben. Die Europäische Kommission hat im Übrigen bestätigt, dass die Steuerreform von 2016 den hohen Einkommen am meisten entgegengekommen ist und dass dabei die Besteuerung der Unternehmensprofite wesentlich reduziert wurde.

Es ist nicht verwunderlich, dass eine solche Politik die sozialen Ungleichheiten im Land verstärkt. Die staatlichen Ausgaben, insbesondere die Sozialausgaben, kommen der gesamten Bevölkerung und vor allem den sozial schwachen Familien zugute, während die Steuern die höheren Einkommen und hohen Unternehmensprofite stärker treffen müssten. Wird die Logik des schwachen Staates immer weiter forciert, kommt es automatisch zu einer Umverteilung des Reichtums von unten nach oben.

Hinzu kommt, dass das luxemburgische Steuersystem extrem ungerecht aufgebaut ist, da es die reichen Personen wesentlich begünstigt. Einkommen das durch Lohnarbeit erwirtschaftet wird, kann mitunter bis zu 5-mal stärker besteuert werden, als Einkommen aus Aktien oder sonstigen Wertpapieren. Durchschnittliche Erwerbstätige können sich den Steuerzahlungen auch nicht entziehen, während Vermögende auf eine ganze Palette an legalen Möglichkeiten zurückgreifen können, um ihre Steuerlast weiter zu verringern.

Auch die Unternehmen werden immer mehr von ihrer Verantwortung entbunden. Während Anfang der 1980er Jahre noch 2/3 des Staatseinkommens von den Betrieben kamen und 1/3 von den Personen, hat sich dieses Verhältnis mittlerweile umgedreht. Die reale Besteuerung der Unternehmen in Luxemburg ist heute die niedrigste in ganz Europa.

Diese Politik führt zu einer Unterfinanzierung des Staates: die Staatseinnahmen reichen nicht aus um in den Wohnungsbau zu investieren, die Transportprobleme zu lösen, die Energiewende herbei zu führen, einen effizienten öffentlichen Dienst zu gewährleisten und die Armut zu bekämpfen. Der größte Teil der Bevölkerung muss mit den negativen Konsequenzen auf dem Wohnungsmarkt oder im Transportbereich leben, erhält aber nur einen kleinen Teil des erwirtschafteten Reichtums.

déi Lénk lehnen das Konzept des schlanken Staates entschieden ab und setzt auf einen starken, sozial und ökologisch verantwortlichen Staat. Der öffentlichen Hand müssen ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, die aus einem gerechten Steuersystem hervorgehen. Die Pflichten müssen entsprechend der Fähigkeit verteilt werden, zum Allgemeinwohl beizutragen, ohne die Möglichkeit, sich der Verantwortung zu entziehen.

In diesem Sinn müssen dringend Gesetze und verbindliche Regeln eingeführt werden, die den Kräften des Kapitals im Interesse des Allgemeinwohls klare Grenzen aufzeigen. Der Einfluss des Staates muss erweitert werden, um eine ökonomische und ökologische Wende einzuleiten: Maßgebliche wirtschaftliche Entscheidungen dürfen nicht mehr ausschließlich den Marktkräften überlassen werden, so wie das heute der Fall ist.

A. Eine Ausgabenpolitik für die Zukunft

Zusätzliche Investitionen in den Wohnungsbau, den öffentlichen Transport und die Energiewende, die Sozialsysteme und die öffentlichen Dienste stärken, sowie einen wirtschaftlichen Transformationsprozess einleiten: das sind die **Prioritäten der staatlichen Ausgabenpolitik** von *déi Lénk*.

1. Die Investitionen in den Wohnungsbau und den öffentlichen Transport erhöhen

Beim Wohnungsmarkt und bei der Mobilität treten die Defizite und politischen Fehler der letzten Jahrzehnte am deutlichsten zutage.

déi Lénk wollen:

- massiv in den **Bau von hochwertigen öffentlichen Mietwohnungen** investieren, die zu bezahlbaren Preisen vermietet werden. Es geht darum, der Nachfrage nachzukommen und die Preise zu stabilisieren;
- die Investitionen in den **öffentlichen Transport und die sanfte Mobilität** stark erhöhen und die kostenlose Benützung des öffentlichen Transports einführen.

2. Eine konsequente Sozialpolitik machen und einen effizienten öffentlichen Dienst garantieren

Das starke Wachstum der luxemburgischen Wirtschaft hat nicht verhindert, dass das Armutsrisiko und die soziale Ausgrenzung ständig steigen. Eine **bessere Verteilung des Primäreinkommens** ist unerlässlich, ein selektives Sozialsystem muss verhindert werden.

déi Lénk wollen:

- die Sozialsysteme stärken, um **das Armutsrisiko und die soziale Ausgrenzung wirksam zu bekämpfen**;
- eine **schrittweise Reduzierung der Arbeitszeit einleiten**, um bis 2030 eine 32-Stundenwoche bei gleichbleibendem Lohn zu erreichen;
- **leistungsstarke öffentliche Dienste und öffentliche Güter anbieten**, über den Staat und die Gemeinden, die sich nicht nach dem Kostendeckungsprinzip orientieren. Dazu müssen die Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen der letzten Jahre rückgängig gemacht werden, unter anderem bei den Stromnetzen, den Postdiensten und verschiedenen Transportdiensten.

3. Die ökonomische und ökologische Transition einleiten

Für die Zukunft Luxemburgs ist eine Transition hin zu einer sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft entscheidend. Die Förderung der Bildung und Forschung, sowie die Schaffung von Kompetenzpolen in wichtigen Zukunftssektoren sind der Schlüssel zum Erfolg.

déi Lénk wollen:

- die **personellen und finanziellen Mittel für den Bildungssektor erhöhen**, um allen Kindern eine an ihre spezifischen Bedürfnisse angepasste Ausbildung zu garantieren;
- die Mittel für die **öffentliche Forschung** erhöhen;

- budgetäre Mittel freisetzen, um **zukunftsrelevante Wirtschaftssektoren zu fördern**, beispielsweise die erneuerbaren Energien (Photovoltaik, Windkraft, geothermische Energie, Biogas aus Abfällen), die Energieeffizienz, die Kreislaufwirtschaft, die Sozialwirtschaft, den Schutz der Ressourcen und die Nutzung der lokalen Ressourcen, die Logistik, die nachhaltige Landwirtschaft und der nachhaltige Tourismus;
- die **Entfaltung neuer Ideen** bei kleinen und mittleren Betrieben unterstützen;
- die **digitale Alphabetisierung stärken** und die Entwicklung einer kooperativen digitalen Wirtschaft fördern, die sozial und ökologisch verantwortlich ist.

B. Adäquate Einnahmen durch ein gerechtes Steuersystem

Die eingangs aufgezählten Prioritäten bei der Ausgabenpolitik setzen eine Erhöhung der Einnahmen voraus. *déi Lénk* setzen dabei auf eine Erhöhung der Steuerbeiträge der vermögenden Schichten und der großen Unternehmen.

Bei der Fiskalpolitik gibt es einen erheblichen Spielraum nach oben, da derzeit die reelle Besteuerung der Unternehmen die niedrigste in Europa ist und die hohen Einkommen und Vermögen stark von der Steuer befreit sind. Es geht daher ebenfalls um eine gerechtere Gestaltung des Steuersystems.

déi Lénk wollen:

1. Die Steuereinnahmen erhöhen und das Steuersystem gerechter gestalten

- **die Unternehmen stärker besteuern durch eine Erhöhung der Steuersätze und eine Erweiterung der Bemessungsgrundlage.** Derzeit ist die reelle Besteuerung der Unternehmen in Luxemburg die niedrigste in Europa, was den Staat um wichtige Einnahmen bringt und das Steuerdumping in Europa weiter antreibt;
- **die Besteuerung auf Kapitaleinkommen und Einkommen aus Immobilienbesitz schrittweise angleichen an die Besteuerung der Arbeitseinkommen.** Derzeit werden Einkommen aus Arbeit bis zu 5-mal höher besteuert als Einkommen aus Kapitalanlagen (Dividenden aus Aktien oder sonstigen Wertpapieren, Einkommen aus Immobilienbesitz, etc.). Diese ungerechte Behandlung muss nach und nach aufgehoben werden durch eine höhere Besteuerung der Kapitaleinkommen. Eine erste Maßnahme besteht darin, die Steuerbefreiung von Dividenden in Höhe von 50% abzuschaffen;
- **die Steuerbefreiung für FIS-Investmentfonds (*fonds d'investissements spécialisés*) aufheben**, die hoch spekulativ sind und nur für professionelle Fondsmanager und vermögende Personen zugänglich sind. Diese Maßnahme würde mindestens 75 Millionen Euro Mehreinnahmen bringen;
- **die Wertzuwächse (*plus-values*) bei Finanzpapieren besteuern**, die länger als 6 Monate gehalten werden. Diese werden aktuell nicht als Einkommen behandelt und sind das Resultat reiner Spekulation;
- **die Wertzuwächse (*plus-values*) bei dem Verkauf oder Weiterverkauf von Grundstücken, Wohnungen oder Gebäuden stärker besteuern.** Die aktuell sehr niedrigen Steuersätze kommen vor allem einer Minderheit zugute, da 80% der Zweitwohnungen in den Händen von nur 10% der Haushalte sind;

- **die Steuervorteile der « stock options » aufheben.** Diese steuerliche Regelung, verfassungswidrig eingeführt durch ein einfaches administratives Rundschreiben, ist zu einem Instrument für massive Steuervermeidung geworden, das Einkommensverluste von 100-300 Millionen Euro mit sich bringt. Darüber hinaus müssen weitere ungerechtfertigte Steuerprivilegien für „hochqualifizierte Fachkräfte“ abgeschafft werden;

- **die Steuerbefreiung von 80% der Einkommen und Mehrwertzuwächse aus geistigem Eigentum (Patente, Lizenzen, usw) abschaffen.** Diese steuerliche Regelung (Patentbox) bevorteilt nicht die Forschung, sondern das Produkt der Forschung (Patente) und ist deshalb sehr anfällig für mögliche Missbräuche;

- **die individuelle Besteuerung der Personen neu ausrichten.** Seit Jahrzehnten wurde keine strukturelle Veränderung vorgenommen, um die Besteuerung der Personen an die Veränderung der Einkommensstruktur anzupassen, so dass der Spitzensteuersatz viel zu früh greift und nicht verheiratete, alleinerziehende, verwitwete oder geschiedene Menschen ungerecht behandelt werden. Eine solche Neuausrichtung muss:

- die starke Progressivität der Steuertabelle bei niedrigeren Einkommen entschärfen;
- die Progressivität der Steuertabelle bei hohen Einkommen erweitern: der maximale Steuersatz wird derzeit zu früh erreicht und muss durch die Einführung von neuen Steuertranchen auf 48% erhöht werden;
- die Steuertabelle automatisch an die Inflation anpassen;
- den Ansatz mit verschiedenen Steuertabellen aufgeben und eine einzige Steuertabelle einführen, die die Zusammensetzung der Haushalte berücksichtigt durch eine Gewichtung mithilfe von Verbrauchereinheiten (unités de consommation);

- **die Besteuerung von Dienstwagen erhöhen** durch eine Anpassung der diesbezüglichen Wertschätzung. Die Steuerzahler sollen sich nicht an der Finanzierung einer überbelegten Automobilflotte beteiligen müssen, die für die private Nutzung von Führungskräften bestimmt ist. Die Mehreinnahmen würden schätzungsweise 100 Millionen Euro betragen;

- den steuerlichen Freibetrag von 5000 Euro beim **Kauf eines Elektroautos ersetzen durch eine Prämie von 1500 Euro**, damit auch Personen mit sehr niedrigem Einkommen, die wenig Steuern bezahlen, staatliche Unterstützung bei einem solchen Kauf erhalten;

- **die jährliche Steuerabrechnung (décompte annuel de l'impôt) automatisch an alle Steuerzahler senden**, damit auch Personen die keine Steuererklärung machen, spezielle Ausgaben von den Steuern abziehen können;

- **die Vermögensbesteuerung für Privatpersonen von 0,5% wieder einführen - ausgenommen auf Bankguthaben unter 200 000 Euro und dem Hauptwohnsitz.** Diese Maßnahme würde Mehreinnahmen weit über 100 Millionen Euro einbringen;

- eine **Debatte über die Einführung einer Erbschaftssteuer in direkter Linie führen**, für Beträge über 1,5 Millionen Euro;

- die finanzielle Lage der Gemeinden verbessern durch eine **Erhöhung der Bemessungsgrundlage der Grundsteuer** bei Gebäuden, die nicht als Hauptwohnsitz dienen;

- die **Mittel und Befugnisse der Steuerbehörde** erweitern durch eine Personalpolitik die an die Bedürfnisse angepasst ist, durch die Aufhebung des Bankgeheimnisses für Inländer - das fast ausschließlich den großen Vermögen nutzt – und durch eine Verbesserung der Datenbanken. Derzeit

werden die Vermögen in Luxemburg nicht in ihrer Gesamtheit erfasst, was Steuervermeidung und Steuerflucht begünstigt.

2. Eine verantwortliche Fiskalpolitik auf europäischer und internationaler Ebene fördern

Um die staatlichen Einnahmen zu erhöhen, müssen die nationalen Maßnahmen durch ein kohärentes Vorgehen auf europäischer Ebene ergänzt werden. Ein konsequenter Politikwechsel auf europäischer Ebene könnte der Erosion der Steuerbasis der einzelnen Länder Einhalt gebieten und so für zusätzliche Einnahmen sorgen.

déi Lénk wollen:

- **sich dem Steuerdumping und dem Dogma der Steuerkonkurrenz in Europa widersetzen**, das zu einer ständig sinkenden Steuerlast für Unternehmen führt. Dabei geht es unter anderem darum, die Einführung einer fortschrittlichen gemeinsamen Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage zu unterstützen, sowie gemeinsame Mindeststeuersätze für Unternehmen;
- für die Einführung einer **europäischen Finanztransaktionssteuer** eintreten, die vorzugsweise alle europäischen Länder abdeckt;
- die Strategien zur **Steuervermeidung und Steuerflucht** auf europäischer und internationaler Ebene entschlossen bekämpfen;
- alle Vorschläge unterstützen, die auf eine **größere Transparenz der Steuersysteme** abzielen. Dabei geht es unter anderem um die Veröffentlichung der Rulings, die Einführung eines Registers der wirklichen wirtschaftlichen EigentümerInnen und die Veröffentlichung von sogenannten country-by-country-Berichten (reporting public pays-par-pays);
- alle Vorschläge unterstützen die auf eine **bessere Zusammenarbeit der europäischen Steuerbehörden** abzielen;
- eine **antizyklische Politik auf EU-Ebene** unterstützen, die die Kaufkraft in Krisenzeiten ankurbelt.

3. Eine ökologische Besteuerung fördern

Die umweltpolitischen Steuern und Abgaben machen derzeit nur 5% des gesamten Steueraufkommens aus und ihre Bedeutung hat in den letzten 10 Jahren sogar abgenommen. *déi Lénk* sind der Meinung, dass die Reduzierung der CO₂-Emissionen, die Verschwendung von Ressourcen und der Schutz der Umwelt mit steuerlichen Maßnahmen begleitet werden muss. Die derzeitige Politik besteht darin, Unternehmen für nachhaltiges Wirtschaften steuerlich zu belohnen und die Verbraucher für nicht-nachhaltiges Verhalten zu bestrafen.

Diesen negativen Fokus auf die VerbraucherInnen lehnen *déi Lénk* entschieden ab. Einerseits entscheidet nicht die VerbraucherInnen über die Art und Weise, wie Gütern oder Dienstleistungen hergestellt werden, sondern die Unternehmen. Daneben treffen Verbrauchersteuern ärmere Haushalte viel stärker als reiche Haushalte.

déi Lénk wollen:

- eine **direkte Ökosteuer für alle Betriebe einführen nach dem Bonus-Malus-Prinzip**, um die sozio-ökologische Transition anzuregen. Diese Steuer wird sich an den ökologischen und sozialen Auswirkungen der unternehmerischen Aktivitäten orientieren, dabei aber ihre unterschiedliche Verantwortung und Kapazität berücksichtigen, zu der sozio-ökologischen Transition beizutragen;

- eine **Reduzierung des Energie- und Wasserverbrauchs anregen durch eine gestaffelte Preisstruktur**, die sich nach dem Verbrauch richtet und mithilfe von sozialen Kriterien moduliert wird;

- die **Besteuerung von Diesel-Kraftstoffen schrittweise erhöhen**, um die Luftqualität zu verbessern und progressiv aus dem Tanktourismus auszusteigen;

- **Fahrzeuge mit hohen Schadstoffemissionen** stärker besteuern.

4. Alternative Finanzquellen nutzen

Neben einer Erhöhung der Steuerlast für hohe Einkommen und große Unternehmen, wollen *déi Lénk* für die Finanzierung ihres Programms noch andere Quellen nutzen. Dabei geht es vor allem darum, unnötige Ausgaben einzusparen und die Guthaben des Rentenfonds sinnvoller einzusetzen.

déi Lénk wollen:

- bedeutende Einsparungen vornehmen durch eine **konsequente Verringerung der Militärausgaben**. Die luxemburgische Entwicklungspolitik leistet einen viel wirksameren Beitrag zur Sicherheit in der Welt als jede Aufrüstung;

- **die Guthaben des Rentenfonds, die über die legale Reserve hinausgehen, sinnvoller nutzen**. Statt rund 18 Milliarden Euro in die internationalen Finanzmärkte zu investieren, sollten diese zur Finanzierung der lokalen Wirtschaft genutzt werden, die von den großen Kreditgebern des Finanzplatzes vernachlässigt wird, sowie für den Bau staatlicher Mietwohnungen;

- die zahlreichen **Fonds und Finanzierungsprogramme der Europäischen Union systematisch erfassen** und nutzen. Diese werden derzeit zu sporadisch in Anspruch genommen. Zu diesem Zweck soll eine nationale Koordinierungsstelle geschaffen werden.

8) Wirtschaft

Eine verantwortungsvolle Wirtschaft im Dienst der Allgemeinheit!

In den letzten 20 Jahren hat die Entwicklung des luxemburgischen Finanzplatzes – durch günstige Steuerregelungen für reiche Individuen und multinationale Unternehmen – für eine hohe Wachstumsrate im Großherzogtum gesorgt.

Allerdings hat diese Entwicklung ebenfalls zu einer starken Abhängigkeit des Landes von den Finanzaktivitäten geführt, die mit hohen Risiken verbunden ist. Einerseits könnte eine erneute weltweite Finanzkrise derart gravierende wirtschaftliche Probleme in Luxemburg auslösen, dass die Kapazitäten des Landes nicht ausreichen, um die Folgen zu bewältigen. Auf der anderen Seite wurde der Ausbau des Finanzsektors auf Kosten anderer Wirtschaftssektoren betrieben. Er blockiert tiefgehende Reformen des Steuersystems und stellt sich als Problem für unsere Demokratie heraus, da die Hauptakteure des Finanzplatzes zunehmend Einfluss auf die politischen Entscheidungsprozesse nehmen.

Hinzu kommt, dass das Bild Luxemburgs im Ausland durch die Aktivitäten im Bereich der Steuervermeidung sehr stark gelitten hat. Unter anderem hat die Blockadehaltung Luxemburgs in Steuerfragen den europapolitischen Spielraum des Landes stark eingeschränkt. Der einzige wirkliche Kurswechsel dieser Regierung war die gezwungene Einführung des automatischen Informationsaustausches, während sie weiterhin bei wichtigen internationalen Reformen auf der Bremse steht (CCCTB, Einführung neuer BEPS-Regeln, Transparenzregeln, usw.)

Aus diesen Gründen setzen sich *déi Lénk* für eine Exit-Strategie aus besonders schädlichen Steuernischen des Finanzsektors ein, ohne jedoch einen sofortigen und brutalen Abbau des Finanzplatzes zu fordern, der zweifelsohne eine weitreichende ökonomische und soziale Krise heraufbeschwören würde. Der internationale Druck auf diese Aktivitäten steigt zunehmend, so dass sie offensichtlich nicht mehr aufrecht zu erhalten sind. Den Ausstieg entschlossen und progressiv angehen durch eine Zusammenarbeit mit den internationalen Instanzen ist allemal besser, als mittelfristig zu einem Ausstieg gezwungen zu werden. Ein solcher Kurswechsel würde das Land auch in die Lage versetzen, sich international für eine weitreichende Reform des Finanzsystems einzusetzen, anstatt jegliche Reformvorschläge im Ansatz zu blockieren.

Die Perspektiven für eine ökonomische Transition Luxemburgs und der Großregion sind zweifelsfrei vorhanden. Sie müssen Gegenstand einer breiten Diskussion werden über ein neues Gesellschaftsprojekt, das auch die Wachstumsdebatte einschließt und den engen Fokus auf den eingeschränkten BIP-Indikator überwindet. In dieser Diskussion müssen vor allem junge Menschen und die arbeitende Bevölkerung eine zentrale Rolle einnehmen.

Es gilt die zahlreichen Vorzüge des Landes zur Geltung zu bringen, vor allem die vielseitige, mehrsprachige und gut ausgebildete Bevölkerung, sowie die privilegierte geographische Lage. Die Wirtschaftspolitik muss Kompetenz-Pole schaffen, die zu einer breiten Diversifizierung führen und auf dem Potential der kleinen und mittleren Unternehmen aufbauen, sowie auf der Förderung unabhängiger EntwicklerInnen. Technologien die zur Energiewende beitragen müssen eine Schlüsselrolle einnehmen, ebenso Aktivitäten die zu einer kooperativen und verantwortungsvollen Digitalisierung der Wirtschaft führen. Die Solidarwirtschaft muss endlich als wichtiger Wirtschaftssektor anerkannt und enger mit den anderen Bereichen verzahnt werden. Die Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen birgt zudem ein enormes Potential, dem derzeit nur wenig Beachtung geschenkt wird.

Hinzu kommen weitere Elemente einer Transformation der Wirtschaft: Die Gemeinden als wirtschaftliche Akteure einbinden, die Privatisierungen im Bereich der Gemeinschaftsgüter zurücknehmen, die Mittel des Pensionsfonds in die regionale Wirtschaft investieren, statt auf den

Finanzmärkten, und sich auf europäischer und internationaler Ebene für eine Abkehr von der neoliberalen Politikagenda einsetzen.

déi Lénk wollen:

- **den progressiven Ausstieg aus jenen Finanzaktivitäten einleiten, die mit der Steuervermeidung verbunden sind**, sowie mit besonders schädlichen und riskanten Geschäften (wie zum Beispiel undurchsichtige Fonds). Eine proaktive Zusammenarbeit mit internationalen Instanzen in diesem Bereich ist dabei ein wichtiger Faktor. Es geht darum, die Abhängigkeit vom Finanzsektor zu verringern, das Bild Luxemburgs im Ausland wiederherzustellen und einem brutalen Ausstieg unter internationalem Druck zuvorzukommen;

- **das Bildungssystem stärken**. Der wichtigste Vorteil Luxemburgs liegt in seiner vielschichtigen, mehrsprachigen und gut ausgebildeten Bevölkerung. Die Qualität der Bildung ist daher ein zentraler Baustein, sowohl in Bezug auf die Analyse der alltäglichen ökonomischen und sozialen Entwicklungen, als auch im Hinblick auf die intellektuellen Kapazitäten, die für Grundlagenforschung und Entwicklung nötig sind. Naturwissenschaftliche, technologische und mathematische Fächer finden derzeit nur wenig Zulauf bei den StudentInnen und müssen daher besonders gefördert werden;

- **die Forschung fördern**. Um zukünftigen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen gerecht zu werden, muss der Bereich Forschung und Entwicklung eine wichtige Rolle spielen. Eine staatliche Strategie zur Stabilisierung der öffentlichen Forschung ist dringend erforderlich;

- **lokale Ressourcen und die geographische Lage besser nutzen**. Die natürlichen Ressourcen des Landes sind nicht sehr zahlreich, aber dennoch vorhanden (Holz, Schiefer, Wasser, Wind, Agrarprodukte, usw.) und müssen besser genutzt werden. Die Herstellung von Agrarprodukten muss besser mit der lokalen Nachfrage in Einklang gebracht werden. Die geographisch privilegierte Lage ist insbesondere in Bezug auf den Logistiksektor ein wichtiger Vorteil;

- **auf Wirtschaftssektoren setzen, die eine ökologische Transition ermöglichen**, sowohl bei der Industrie und dem Handwerk, als auch beim Handel und bei der Landwirtschaft. Dabei geht es darum, wirtschaftliche Aktivitäten zu entwickeln in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Kreislaufwirtschaft, öffentliche Verkehrsmittel, Ressourcenschonung, biologische Landwirtschaft, usw. Eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Sektoren soll verhindern, dass Lösungen fälschlich als „grün“ bezeichnet werden, oder dass ökologische oder soziale Kosten ins Ausland externalisiert werden;

- **eine kooperative Digitalwirtschaft fördern**, die sozial und ökologisch verantwortlich gestaltet ist. Die Politik muss die Entwicklung und die Nutzung digitaler Lösungen fördern, dabei aber auf die negativen Auswirkungen im Bereich des sozialen Zusammenhalts, des Arbeitsmarktes, der Steuereinnahmen oder der Umwelt achten. Unter anderem geht es darum, lokale Lösungen zu fördern, anstatt die Monopolstellung großer Konzerne. Ein öffentliches Laboratorium kann digitale Anwendungen entwickeln, die der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden;

- **die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verstärken**. Die Wirtschaftspolitik Luxemburgs muss sich aus ihrer rein nationalen Sichtweise befreien und stärker in regionalen Zusammenhängen denken. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der öffentlichen und privatwirtschaftlichen Akteure muss gestärkt werden, um das erhebliches Potential an Synergien zu nutzen und eine ausgeglichener Entwicklung zwischen Luxemburg und den Nachbarregionen zu ermöglichen. Eine solche verstärkte Zusammenarbeit betrifft unter anderem die Flughäfen, der Logistiksektor oder die Stahlindustrie;

- **die bestehenden Kompetenz-Pole beibehalten** - unter anderem was den Stahlsektor betrifft - während der Ausbau anderer Kompetenz-Pole begünstigt werden muss. Dies gilt insbesondere für

jene Wirtschaftsbereiche, die mit einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar sind und sich in die Logik der kurzen Wege einschreiben. Es geht darum, private Akteure auf regionaler Ebene zusammen zu führen und durch öffentliche Strategien zu unterstützen;

- **die Solidarwirtschaft stärken**, deren Potential noch nicht ausreichend erschlossen ist. Sie muss weiterentwickelt und aufgewertet werden (unter anderem durch die Fortbildung der Mitarbeiter und mehr Festeinstellungen) und in die nationalen Wirtschaftsstrategien eingebunden werden. Gesellschaften mit sozialer Wirkung (société d'impact sociétal) sind ein bevorzugtes Mittel zur Förderung von Aktivitäten, die einen sozialen, ökologischen oder kulturellen Mehrwert schaffen;

- **jede neue wirtschaftliche Investition auf ihre Pertinenz hin überprüfen**. Eine kohärente Wirtschaftsstrategie kann nicht vereinbar sein mit dem Prinzip „alles ist gut genug“ und muss daher bis zu einem gewissen Grad selektiv sein. Jede bedeutende neue Investition in die Wirtschaft muss an dieser Strategie gemessen werden und einen Mehrwert für das Allgemeinwohl darstellen. Dabei geht es unter anderem um die sozialen Auswirkungen, sowie die Auswirkungen auf die Umwelt, die Steuereinnahmen, den Wohnungsmarkt, die Landesplanung, usw. In diesem Kontext wiederholen wir auch unsere grundsätzliche Ablehnung des Programms „Space Resources“. Eine solche Überprüfung muss auch eine ehrliche Analyse beinhalten, die vermeiden soll, dass soziale Kosten oder Umweltschäden einfach in andere Länder verlagert werden;

- **die Gemeinden, im Rahmen ihrer Aufgaben, als wirtschaftliche Akteure einbinden**. Sie spielen eine wichtige Rolle bei der Versorgung mit Elektrizität und Trinkwasser, oder auch bei der Solidarwirtschaft. Daher müssen sie auch in die nationalen Wirtschaftsstrategien eingebunden werden mit dem Ziel, die politische Zusammenarbeit und Kohärenz zu verbessern;

- **Privatisierungen im Bereich der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Basisdienstleistungen rückgängig machen** und weitere Privatisierungen verhindern. Dazu gehören unter anderem Trinkwasser, Erdgas, Elektrizität, Postdienste, Fernmeldewesen, Personennahverkehr, Gesundheit, Kinderbetreuung, Pflegedienste, Kultur und Sport. In diesem Kontext müssen auch die Liberalisierungen und Privatisierungen auf europäischer Ebene zurückgenommen werden, wie etwa im Bereich des Schienenverkehrs, der Energie oder dem Fernmeldewesen;

- **ein öffentliches Finanzierungsinstrument schaffen**, das die Gelder des Pensionsfonds in Form von Darlehen in die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen der Großregion investiert, sowie unabhängige EntwicklerInnen unterstützt. Diese haben zunehmend Schwierigkeiten bei den großen Kreditinstituten Finanzierungen zu erlangen;

- **sich auf europäischer und internationaler Ebene für eine Umkehr der neoliberalen Politikagenda einsetzen**. Es geht unter anderem darum, verbindliche Regeln einzusetzen, die den Kräften des Finanzkapitals zum Wohl der Allgemeinheit Grenzen setzt und die Rolle der öffentlichen Instanzen bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen stärkt. Das Finanzsystem muss reguliert werden um es ausschließlich auf die Finanzierung der Realwirtschaft auszurichten.

9) Mobilität

Mobilität für alle.

In der Mobilität sind die Versäumnisse und politischen Fehler der Vergangenheit unübersehbar. Über Jahrzehnte waren die Investitionen in den öffentlichen Transport völlig unzureichend, während die Infrastrukturen fast ausschließlich auf den motorisierten Individualverkehr ausgerichtet waren. Zusammen mit einem Mangel an vorausschauender Landesplanung hat diese Politik dazu geführt, dass die Hauptverkehrsadern teilweise weit über ihre Kapazitätsgrenzen hinaus belastet sind und Luxemburg in der Liste der staureichsten Länder der Welt mittlerweile auf Platz 15 liegt.

In der letzten Legislaturperiode wurden zahlreiche Anstrengungen unternommen, die sicherlich in die richtige Richtung gehen. Doch angesichts des enormen Rückstands braucht das Land einen Befreiungsschlag und muss sich dazu auch die nötigen Mittel geben. Es geht nicht nur darum, die aktuellen Probleme zu lösen, sondern auch die Probleme von morgen.

Die Mobilität der Zukunft wird nicht mehr auf ein einziges Transportmittel ausgerichtet sein, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Sie wird sich größtenteils auf einen, durch die öffentliche Hand organisiert und verwalteten, öffentlichen Transport stützen müssen, der mit anderen Transportarten, wie zum Beispiel der sanften Mobilität oder dem Car-Sharing kombiniert wird. Je nach Art und Distanz der zu absolvierenden Strecken muss ein breites Angebot an verschiedenen Verkehrsmitteln bereitstehen, das effizient aufeinander abgestimmt ist. Der Qualität des öffentlichen Transports kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Er muss sowohl flexibel, sicher, zuverlässig, als auch komfortabel sein.

Eine reale Mitbestimmung der Bevölkerung an der Ausarbeitung der Zukunftskonzepte ist unerlässlich, da die realen Bedürfnisse der Menschen je nach Distanz, nach sozialen Verhältnissen oder nach der familiären Situation sehr unterschiedlich sein können. Dies setzt neue demokratische Foren voraus. Die Benutzung des öffentlichen Transports kostenlos zu gestalten, ist dabei ein erster wichtiger Schritt. Es ermöglicht den Menschen, sich „ihren“ öffentlichen Transport anzueignen.

Individuelle Transportmittel werden dennoch weiterhin eine Rolle spielen, auch wenn sie in Zukunft nicht mehr mit fossilen Brennstoffen betrieben werden können. Ein wichtiger Grund dafür ist natürlich der Klimawandel, aber auch die immer schlechter werdende Luftqualität. Die sehr schadstoffreichen Dieselmotoren müssen nach und nach von der Straße verbannt werden, was letzten Endes auch zu einem Ende des Tanktourismus führen soll. Dieser kostet mehr als er dem Staat einbringt und zieht darüber hinaus unnötigen Verkehr an.

Elektroautos können mittelfristig eine Alternative zur Ergänzung des öffentlichen Transports sein, auch wenn sie derzeit noch eine miserable Öko- und Sozialbilanz aufweisen. Andere Technologien, wie die Brennstoffzelle, müssen ebenfalls Teil der Lösung sein. Der Individualverkehr wird jedoch immer Stau- und Parkplatzprobleme hervorrufen, was die zentrale Rolle der öffentlichen Transportmittel zusätzlich unterstreicht. Das Ziel ist mehr Mobilität mit weniger Verkehr.

Der Übergang hin zu einer nachhaltigen Mobilität wird nicht von heute auf morgen zu bewältigen sein. Es handelt sich um einen mittel- bis langfristigen Prozess der von und für die Bevölkerung umgesetzt werden muss. Allerdings ist es dringend, diesen Übergangsprozess ohne weitere Verzögerungen beherzt und ambitioniert anzugehen.

déi Lénk wollen:

- die **Investitionen in den öffentlichen Transport konsequent erhöhen** auf Basis einer langfristigen Strategie. Dabei handelt es sich um eine der zentralen budgetären Prioritäten von *déi Lénk*;
- in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung neue **regionale multimodale Verkehrsknotenpunkte** neben den bereits geplanten Knotenpunkten schaffen, mit einem breiten Angebot an verschiedenen Umsteigemöglichkeiten (Zug, Tram, Bus, Car-sharing, Fahrgemeinschaften, Fahrradwege, P&R...);
- ein **regionales Schienennahverkehrsnetz** schaffen (S-Bahn und Tram), das die Hauptstadt mit den regionalen Verkehrsknotenpunkten verbindet. Letztere müssen untereinander mit einem komplementären Transportangebot verbunden werden, damit regionale Fahrten nicht zwangsläufig

über die Hauptstadt führen. Eine direkte Schienenverbindung von Esch-Alzette nach Luxemburg-Stadt bleibt ein prioritäres Ziel;

- an oder jenseits der Grenze zusätzliche Verkehrsknotenpunkte mit Umsteigemöglichkeiten schaffen, um den **grenzüberschreitenden Verkehr zu erleichtern**. Dafür muss die Zusammenarbeit der politischen Akteure in der Großregion (auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene) wesentlich verstärkt werden;

- die **Kontrolle der öffentlichen Hand** über die Mobilität aufrechterhalten und ausbauen, unter anderem beim Schienenverkehr und den wichtigsten Busnetzen. Es geht darum, qualitativ hochwertige Dienstleistungen für die Allgemeinheit anzubieten und gute Arbeitsbedingungen zu garantieren;

- die **Planung verbessern** durch einen stärkeren Stellenwert der Mobilität bei der Landesplanung. Letztere muss dazu beitragen, die Transportwege zwischen Wohnen, Arbeit und Freizeit zu verringern und die sanfte Mobilität stärker fördern;

- die **Bevölkerung stärker einbinden** bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Mobilitätskonzepte. Dies gilt ebenfalls für die kommunalen Verantwortlichen, die dabei eine wichtige Rolle spielen müssen (z.B. bei der Verkehrsberuhigung);

- die **kostenlose Benutzung des öffentlichen Transports** für alle einführen. Die Kosten dieser Maßnahme sind vernünftig (rund 30 Millionen Euro pro Jahr) und würden kleiner Einkommen entlasten, sowie für eine bessere Auslastung des Angebots außerhalb der Stoßzeiten sorgen, vor allem im Hinblick auf eine gelegentliche Benutzung des öffentlichen Transports;

- den **Komfort für die Fahrgäste an den Haltestellen verbessern** durch eine flächendeckende Installation von digitalen Informationsanzeigen in Echtzeit, sowie durch Wartehäuschen mit Sitzplätzen die an die Wetterverhältnisse angepasst sind;

- die **Beleuchtung und Sichtverhältnisse** an den Bahnhöfen und wichtigsten Bushaltestellen verbessern, um das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. Eine **Charta für einen frauengerechten öffentlichen Transport** nach dem französischen Vorbild soll aufgestellt werden;

- einen **barrierefreien Zugang** zu allen Bahnhöfen und Haltestellen garantieren, sowie zur digitalen Plattform *mobilität.lu*;

- die Einrichtung von kommunalen **Transportdiensten auf Anfrage** fördern, die flexibel gestaltet und bezahlbar sind. Es geht darum, spezifische Mobilitätsdefizite und -probleme zu beheben, vor allem für ältere Menschen, Menschen mit Behinderung oder einkommensschwache Personen;

- **Fahrgemeinschaften unterstützen**, auch durch die Bereitstellung von speziellen Fahrspuren für Autos mit mehreren Insassen, durch die Einrichtung von speziellen Parkplätzen die als Treffpunkte dienen und durch die Einrichtung einer digitalen zentralisierten Plattform;

- ein **nationales car-sharing-System** einrichten, um eine flexible individuelle Mobilität zu ermöglichen, ohne ein eigenes Auto besitzen zu müssen;

- das öffentliche Angebot auf den Hauptverkehrslinien **während der Wochenenden und während der Nacht** verbessern;

- das **Netz an abgesicherten Fahrradwegen ausbauen**, nicht nur innerorts, sondern auch auf regionaler Ebene;

- die Besteuerung der Diesel-Kraftstoffe progressiv erhöhen, um eine **Verbesserung der Luftqualität** zu erreichen und mittelfristig aus dem **Tanktourismus** auszusteigen. Laut einer Studie, die von der Regierung in Auftrag gegeben wurde, kostet der Tanktourismus mehr als es dem Staat einbringt und zieht darüber hinaus unnötigen Verkehr an;

- Fahrzeuge mit einem **hohen Schadstoffausstoß** stärker besteuern.

10) Energie

Für eine wirkliche Energietransition.

Der weltweite Energieverbrauch steigt ständig, wobei 80% aus nicht erneuerbaren Quellen stammt und zu einer Beschleunigung des Klimawandels führt, sowie zu einer Verschmutzung der Atmosphäre mit Feinstaubpartikeln.

Luxemburg weist den höchsten Pro-Kopf-Verbrauch Europas auf und 94% seines Energieverbrauchs stammt aus nicht erneuerbaren Quellen. Erdölprodukte machen 71% des nationalen Energiekonsums aus, angetrieben durch den massiven Verkauf von Treibstoffen. Der Löwenanteil davon stammt aus dem Export von Diesel-Kraftstoffen, deren Verbrennung nicht nur massiv zum Klimawandel beiträgt, sondern auch ein erhebliches Risiko für die öffentliche Gesundheit darstellt.

Der enorme Energieverbrauch Luxemburgs lässt die zaghafte Versuche der Regierung, den Anteil an erneuerbaren Energien zu erhöhen, als völlig unzureichend erscheinen. Derzeit stammen nur 5% bis 6% des Konsums aus erneuerbaren Quellen, obwohl Luxemburg auf EU-Ebene verpflichtet ist, diesen Anteil bis 2020 auf 11% anzuheben. Mit der derzeitigen Entwicklung ist dieses Ziel nicht erreichbar, deshalb hat die Regierung einen buchhalterischen Ansatz gewählt und einfach Quoten an erneuerbaren Energien aus den baltischen Staaten gekauft. Wirtschaftliche Chancen im Zusammenhang mit einer ökologischen Energietransition wurden damit vertan.

Dabei haben wissenschaftliche Studien in Szenarien vorgerechnet, dass Luxemburg bis 2050 sehr wohl 100% seiner Elektrizität aus erneuerbaren Energien beziehen könnte. Neben einem Ausbau der Produktionskapazitäten müssten allerdings auch Einsparungen beim Verbrauch vorgenommen werden, ohne dass damit zwangsläufig der Komfort oder die Lebensqualität der Bevölkerung beeinträchtigt wird.

Um die Energiewende erfolgreich zu bewältigen, muss allerdings ein Paradigmenwechsel eingeläutet werden. Die Energieversorgung muss wieder ins Zentrum des allgemeinen Interesses gerückt werden und die politischen Weichenstellungen müssen wieder einer wirklichen demokratischen Kontrolle unterliegen. Wir brauchen verstärkt öffentliche Mittel, um erneuerbare und dezentrale Produktionskapazitäten aufzubauen und das Recht auf saubere Energie für alle zu verwirklichen.

déi Lénk wollen:

- bis 2050 einen Elektrizitätsmix erreichen, der zu **100% auf erneuerbaren Energien** beruht. Dieses ehrgeizige Ziel beruht auf einer konsequenten Steigerung der Produktionskapazitäten mit einem progressiven Ausstieg aus fossilen und nuklearen Energiequellen, sowie auf Einsparungen und einer Steigerung der Energieeffizienz;

- **die Energiepolitik in den Dienst der Allgemeinheit stellen** und die öffentliche Kontrolle über die politischen Weichenstellungen in diesem ökonomisch wichtigen Sektor wiederherstellen durch die staatliche Übernahme der elektrischen Verteilungsnetze und ihre Restrukturierung auf lokaler oder regionaler Ebene durch interkommunale Syndikate;

- die politischen Möglichkeiten im Bereich der Energieversorgung verstärkt in einem **öffentlichen und partizipativen Prozess diskutieren** und in die Debatten rund um die Landesplanung integrieren. Dabei geht es unter anderem um die Wahl der Technologien, die bei der erneuerbaren Energieversorgung bevorzugt werden sollen;

- **kleinen und mittelgroßen Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien Vorrang einräumen**, die an die Finanzierungskapazitäten der Gemeinden und interkommunalen Syndikate angepasst sind. Es geht unter anderem darum, eine Beeinträchtigung der Anwohner möglichst gering zu halten;

- die **Gründung von Energie-Kooperativen** auf lokaler und regionaler Ebene anregen und erleichtern;

- das **Recht auf Energie wirkungsvoll durchsetzen** durch eine demokratische Festlegung der Strompreise und eine progressive Preisstruktur. Ziel ist es, den Zugang zur Energie zu gewährleisten, Energieeinsparungen anzuregen und eine saubere Energieproduktion zu fördern;

- den Energiebedarf reduzieren durch ein **ambitioniertes Programm zur Isolierung von Wohngebäuden**. Familien mit niedrigem Einkommen, die öfters in schlecht isolierten Häusern und Wohnungen wohnen, sollen eine gewisse Priorität genießen. Dabei werden Finanzierungs- und Subventionsmodelle bereitgestellt werden, die keine zusätzlichen Kosten für die Familien verursachen, so dass auch das Problem der thermischen Isolation von Mietwohnungen gelöst werden kann. Dieses Programm wird zusätzlich wirtschaftliche Aktivitäten und Fortbildungen rund um die Gebäudesanierung fördern;
- sich weiterhin an der Seite der Umwelt- und Sozialverbände für die **Schließung der Atomkraftwerke von Cattenom (F) und Tihange (BE)** einsetzen;
- **die Ausbeutung von Schiefergasen in Luxemburg verbieten und die Subventionierung von fossilen Energien schrittweise abbauen**, sobald saubere Alternativen vorhanden und für alle zugänglich sind;
- die **Digitalisierung des Energiemanagements begleiten**, damit sie sich in eine kohärente und systematische Strategie einer Energiewende einfügt. Die technologischen Mittel müssen auf ihre globale und langfristige Nachhaltigkeit hin überprüft werden. Die Einrichtung von „Smart Meters“ ist nur dann zu befürworten, wenn ihr Nutzen für die Energiewende offensichtlich ist, wenn die Haushalte die Kontrolle über die Daten behalten und es keine Risiken für die Gesundheit gibt.
- sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass **Energiepreise von fossilen Energieträgern** schrittweise harmonisiert werden.

11) Umwelt

Dem Umweltschutz eine neue Priorität einräumen.

Wir haben es mit einer paradoxalen Situation zu tun. Seit Jahren wird eine breite gesellschaftliche Debatte über die ökologischen Krisen geführt, die besonders nach dem Weltklimagipfel in Paris, der COP21, neuen Antrieb erhalten hat. SchülerInnen werden frühzeitig mit ökologischen Fragestellungen befasst und ForscherInnen gewinnen fast täglich neue Erkenntnisse über Ursachen und Konsequenzen der Klima- und Umweltzerstörungen. Trotzdem geht die Zerstörung unseres Ökosystems ungehindert weiter und hat sich in den letzten Jahrzehnten gar noch beschleunigt. Die vielen Debatten haben sich in der politischen und wirtschaftlichen Praxis bisher nicht in konkreten Veränderungen niedergeschlagen.

Dabei sind wir heute mit multiplen Krisen konfrontiert, von denen der Klimawandel, der Verlust an Artenvielfalt und die Zerstörung der natürlichen Ressourcen „nur“ die ökologische Dimension abbilden. Die Ausbeutung des globalen Südens, die Fluchtbewegungen von Millionen von Menschen vor Zerstörung und Verarmung oder die wachsenden sozialen Ungleichheiten sind weitere Konsequenzen eines wirtschaftlichen Entwicklungsmodells, das seine natürlichen und menschlichen Grenzen bereits weit überschritten hat.

Natürlich handelt es sich bei diesen Krisen um globale Herausforderungen, die nur kooperativ und solidarisch auf internationaler Ebene wirksam bewältigt werden können. Luxemburg trägt in diesem Zusammenhang eine große Verantwortung, denn nur wenige Staaten verzeichnen einen ähnlich großen Ressourcenverbrauch pro Kopf. Den wiederholten Absichtserklärungen der aktuellen Regierung, auf das in Paris vereinbarte 1,5°C-Ziel hinarbeiten zu wollen, müssen endlich Taten folgen. Wir können nicht länger hoffen, dass die Privatwirtschaft die notwendigen Zukunftsinvestitionen in die ökologische Transition für uns übernimmt. Wir können uns nicht auf ineffiziente Marktmechanismen und dubiose grüne Finanzprodukte verlassen, die die Probleme in vielen Fällen nur noch verschlimmern.

Auch national nehmen die ökologischen Probleme ständig zu. Die Artenvielfalt ist in Luxemburg seit Jahren stark rückläufig. Die Qualität von Gemeingütern, wie trinkbares Wasser, intakte Böden oder saubere Luft, geraten durch den unverantwortlichen Einsatz von Bioziden, immer intensivere landwirtschaftliche Praxis, Zersiedelung und die übermäßige Nutzung von fossilen Brennstoffen unter Druck. Das starke Wachstum menschlich wie ökologisch nicht nachhaltiger Wirtschaftsweisen führt zu einer immer ungerechteren Verteilung des Reichtums und zur Verarmung von Teilen der Bevölkerung Luxemburgs.

Wir können den sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft nur mit konsequentem politischem Vorgehen vorantreiben und dafür ist ein tiefgreifendes Umdenken nötig. Denn für *déi Lénk* ist Umweltschutz ein transversales Thema, das sich durch sämtliche Politikbereiche ziehen muss.

Wir wollen dem Staat und den Gemeinden die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, um die Investitionen in erneuerbare Energien, die öffentliche und sanfte Mobilität, den Bau und die Sanierung von Wohnraum und den Umbau der Wirtschaft zu gewährleisten. Wir wollen ökologisch und sozial verantwortliche Wirtschaftsbereiche stärker fördern und schädliche Steuernischen nach und nach abschaffen. Wir wollen die wirtschaftliche Entwicklung lokal und regional verankern und alternative und solidarische Wirtschaftsmodelle stärken.

déi Lénk wollen:

- **die obligatorische Einhaltung durch den Staat und die Gemeinden der Prinzipien der Nachhaltigkeit** in seinen ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Dimensionen in die Verfassung aufnehmen, genauso **das Recht einer jeden Person auf ein Leben in einer gesunden und ausgewogenen Umwelt**;
- die 2015 von der UN-Vollversammlung verabschiedeten **Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) ernst nehmen und einen Maßnahmenkatalog für deren nationale Umsetzung** ausarbeiten;
- **den Klimaschutz gesetzlich verankern und verbindliche Reduktionsziele für alle relevanten Bereiche festlegen.** Diese Ziele sollen sich nicht in erster Linie an den europäischen Zielvorgaben

orientieren, sondern das von der COP21 vorgegebene 1,5°C-Ziel als politische Grundlage haben. **Auf europäischer Ebene wollen wir für weitreichendere Klimaziele eintreten.** Die von der EU vereinbarten Ziele bis 2020 und 2030 reichen nicht aus, um das 1,5°C-Ziel einzuhalten und müssen dementsprechend angepasst werden;

- **die luxemburgischen Reduktionsziele des Treibhausgasausstoßes aus eigenen Kräften oder in Zusammenarbeit mit der Großregion erfüllen.** Den Rückgriff auf flexible Mechanismen oder den Zukauf von Quoten aus Drittstaaten lehnen wir ab;

- **die öffentlichen Investitionen erhöhen zur Beschleunigung der ökologischen Transition und insbesondere für den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz** (siehe Kapitel Finanzen und Energie). Die von privaten Investoren aufgelassene Lücke bei Investitionen in den Klimaschutz darf den ökologischen Umbau nicht länger hemmen;

- **den Ausstieg aus dem Tanktourismus schrittweise in die Wege leiten und den Preis für Diesel-Kraftstoffe für die KonsumentInnen schrittweise und berechenbar erhöhen.** Der übermäßige Ausstoß von Treibhausgasen im Transportwesen ist vor allen Dingen den Lastwagen anzulasten, die teilweise längere Umwege auf sich nehmen, um in Luxemburg Diesel zu tanken. Die hierdurch anfallenden Schäden im Umwelt-, Gesundheits- und Infrastrukturbereich kosten mehr Geld als die Einnahmen aus dem Dieselverkauf einbringen und behindern zudem die Umstellung auf umweltschonendere Antriebe;

- **die Investitionskriterien beim Pensionsfonds (FDC) grundlegend reformieren.** Es muss sichergestellt sein, dass die Reserven nicht in Firmen investiert werden, die mit fossilen Energien in Verbindung stehen, gegen internationale Konventionen verstoßen oder moralisch fragwürdige Geschäfte tätigen (Waffenproduktion, Zigarettenproduktion, etc.). Ein Ansatz mit einer Inklusionsliste wäre sinnvoller als der heutige Ansatz mit einer Exklusionsliste. Grundsätzlich wollen *déi Lénk* die Gelder des FDC aus den spekulativen Finanzmärkten zurückziehen und in den öffentlichen Wohnungsbau, sowie die lokale Wirtschaft investieren. In Zwischenzeit wird eine Reform der Investitionskriterien jedoch dringend benötigt;

- **den Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen den wirtschaftlichen Interessen überordnen.** Bei jedem Raumplanungsprojekt muss eine Bilanz über die gesamten ökologischen Auswirkungen und gesundheitlichen Risiken erstellt werden;

- **eine direkte Ökosteuer für alle Betriebe einführen nach dem Bonus-Malus-Prinzip,** um die sozio-ökologische Transition anzuregen. Diese Steuer wird sich an den ökologischen und sozialen Auswirkungen der unternehmerischen Aktivitäten orientieren, dabei aber ihre unterschiedliche Verantwortung und Kapazität berücksichtigen, zu der sozio-ökologischen Transition beizutragen;

- **bis 2050 die Wirtschaft in Richtung „zero waste“ umbauen und die Kreislaufwirtschaft sowie das „Ecodesign“ von Produkten stärker fördern,** u.a. indem der Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen bei der Produktion von Gütern auf ein Minimum reduziert wird, die Garantiefristen der Produkte obligatorisch verlängert werden und die Reparatur, der Umbau, die alternative Nutzung und das Recycling bei der Herstellung eines Produkts mit eingeplant werden und hierfür auch Forschungsgelder nutzen oder neue Geschäftsideen mit Subventionen unterstützen ;

- **neue Indikatoren für die Messung des Fortschritts in unserer Gesellschaft einführen.** Der Fokus auf das Bruttoinlandprodukt (BIP) blendet die Lebensqualität der Menschen und sozial, kulturell und ökologisch sinnvolle Aktivitäten aus;

- **die Rolle des Staates und der Gemeinden beim Naturschutz stärken** und ein **Vorkaufsrecht** auf ökologisch und landwirtschaftlich wertvollen Flächen einführen;

- **die heimische Biodiversität schützen** und gegebenenfalls, dort wo Lebensräume bedroht sind, diese wieder instandsetzen und deren Vernetzung begünstigen;

- **die Qualität unseres Trinkwassers schützen und die Wasserversorgung auch in Zukunft absichern** durch einen Umbau hin zu einer ökologischen Bodennutzung (weitgehend ohne Biozide) und einer ressourcenschonenderen Wirtschaft (siehe Kapitel Landwirtschaft/Wirtschaft);

- **die Grundwasserreserven schützen, indem das Ausweisen neuer Trinkwasserschutzgebiete vorangetrieben wird und die Einhaltung der Schutzvorschriften wirksamer kontrolliert wird.** Die Grundwasserreserven liefern circa die Hälfte des in Luxemburg konsumierten Trinkwassers und werden durch unterschiedliche Schadstoffe, unter anderem von Bioziden oder Nitraten aus der industriellen Nutztierhaltung (Gülle), gefährdet;

- **den sparsamen Umgang mit dem kostbaren Gemeingut Wasser durch einen nach sozialen und ökologischen Kriterien gestaffelten Wasserpreis erreichen.** Der Zugang zur Wasserversorgung und der Anschluss an das Abwassersystem müssen zudem als fundamentales Recht für jeden gewährt sein. Aus diesem Grund wollen wir den Wasserverbrauch für tägliche Grundbedürfnisse kostenfrei machen;

- **die Gemeinden bei der Gewährleistung der Wasserversorgung finanziell stärker unterstützen.** Mit dem 2017 reformierten Wassergesetz hat die Regierung die finanziellen Hilfen für die Gemeinden für die Instandhaltung und Modernisierung der Infrastruktur im Wasserbereich reduziert. Diese Kürzungen, gekoppelt an das Kostendeckungsprinzip, führen zu einer Steigerung des Wasserpreises und zu einer immer ungerechteren Verteilung der Kosten.

12) Landwirtschaft

Ernährungswende jetzt!

Die luxemburgische Landwirtschaft ist geprägt von rückläufigen Betriebs- und Beschäftigungszahlen, einer stets geringer werdenden wirtschaftlichen Bedeutung des Agrarsektors und der extremen Abhängigkeit der Landwirte von Subventionen und externen Betriebsmitteln wie Futter und nicht erneuerbaren Rohstoffen.

Gab es 1950 noch 13.578 Betriebe, so waren es 2015 nur noch 2.022. Gleichzeitig hat sich die durchschnittliche Betriebsfläche vergrößert, von 10,6 ha auf 64,2 ha. Mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche Luxemburgs wird heute von Betrieben mit einer Größe von über 100 ha bewirtschaftet. Die Konzentration der Nutzfläche auf immer weniger Akteure ist die Konsequenz einer neoliberal ausgerichteten Agrar- und Handelspolitik. Durch die Liberalisierung der Märkte hat sich der Produktions-, Konkurrenz- und Wachstumsdruck auf die Bauern erhöht. Der familiäre, kleinbäuerliche Betrieb wurde durch eine industriell und unternehmerisch ausgerichtete Form der Landwirtschaft ersetzt, die vor allem auf die Milch- und Fleischproduktion ausgerichtet ist. Nur knapp 5 % der in Luxemburg konsumierten Früchte, Gemüse und Eier werden auch hierzulande produziert.

Mechanisierte und intensive Produktionsweisen, der massive Pestizideinsatz und die standardisierte Massenproduktion haben weitreichende Folgen für die Biodiversität, die Gesundheit von Mensch und Tier, die Fruchtbarkeit der Böden, die Sauberkeit der Gewässer und die Resilienz unseres Ernährungssystems. Das tierische und pflanzliche Leben in unseren Äckern und Wiesen hat aufgrund von Pestizideinsatz, Nährstoffüberschuss und intensiver Bewirtschaftung stark abgenommen. Die verringerte Pflanzenvielfalt hat eine Reduzierung des Blütenangebots zur Folge und schafft schwierige Bedingungen für Insekten.

Der drastische Verlust an biologischer Vielfalt zeigt sich ebenfalls im Bereich des Saatguts. Die Nutzpflanzenvielfalt hat im Laufe des 20. Jahrhunderts dramatisch abgenommen. Grund für diese genetische Verarmung sind die fortschreitende Industrialisierung der Landwirtschaft und die Privatisierung des Saatgutmarktes. Die Abnahme der Verfügbarkeit von lokalen Sorten macht die Landwirtschaft abhängig von einigen wenigen universellen Sorten, die von einer Handvoll multinationaler Saatgutproduzenten vertrieben werden. Dies birgt große Risiken für die Nahrungssicherheit und erhöht die Anfälligkeit der landwirtschaftlichen Systeme gegenüber Schädlingen, Krankheiten und klimatischen Veränderungen.

Das heutige System ist weder ökonomisch, ökologisch, noch in Bezug auf die Gesundheit nachhaltig aufgebaut. Es impliziert einen hohen Ressourcen- und Energieverbrauch und enorme externalisierte Kosten, die wir als Gesellschaft bezahlen müssen. Wir brauchen eine nachhaltige Landwirtschaft mit weitestgehend regional geschlossenen Energiekreisläufen. Eine Landwirtschaft, die natürliche Prozesse respektiert und fördert und auf diese Weise vom Reichtum der Natur profitiert.

déi Lénk setzen sich daher ein für eine Umorientierung der luxemburgischen Landwirtschaft hin zu einer lokalen und regionalen Versorgung der Menschen mit nachhaltig produzierten Lebensmitteln. Dazu braucht es ein Umdenken in der Politik, in der Wirtschaft, bei den Landwirten und nicht zuletzt bei den Verbrauchern. Die Regierung hat es bisher versäumt, ein kohärentes Gesamtkonzept unter Einbindung aller Akteure vorzulegen und damit die dringend notwendige Neuorientierung hin zu einer nachhaltigen, ressourcenschonenden und weitestgehend autonomen Landwirtschaft in Luxemburg einzuleiten.

déi Lénk wollen:

- sich auf EU-Ebene für ein **Ende der Marktliberalisierung in der europäischen Landwirtschaftspolitik** einsetzen. Die mit dieser Entwicklung einhergehende Konzentration und

Industrialisierung der europäischen Landwirtschaft bedeuten wachsende soziale und ökologische Kosten in vielen ruralen Regionen Europas;

- der **Landwirtschaft einen größeren Stellenwert in der wirtschaftlichen Entwicklung beimessen** und die dafür notwendigen öffentlichen Mittel zur Verfügung stellen. Der Einsatz dieser Mittel zur Erreichung landwirtschaftlicher Ziele muss dabei stets mit der Erreichung gesellschaftlicher Ziele wie etwa in Bezug auf die gesunde Ernährungssicherung, den Klima- und Umweltschutz, den sozialen Zusammenhalt und die regionale Entwicklung verbunden werden;

- auf nationaler Ebene die **Ausarbeitung einer kohärenten Strategie mit klarer Prioritätensetzung für die zukünftige Entwicklung der Landwirtschaft** unterstützen. Alle betroffenen Akteure müssen in diesen Prozess mit eingebunden werden;

- die **Selbstversorgungsrate erhöhen durch eine Diversifikation der Produktion**. Die Politik sollte starke Anreize setzen um die Erzeugung von Nahrungspflanzen wie Gemüse, Getreide, Kartoffeln sowie pflanzlichem Eiweiß für Landwirte attraktiv zu machen. Daneben muss der **Schaffung und dem Ausbau regionaler Verwertungs- und Vermarktungsketten** einen hohen Stellenwert beigemessen werden;

- die **Stoff- und Energiekreisläufe weitestgehend schließen** und die Abhängigkeit von Importen bei der Eiweißversorgung reduzieren. Die nationale Eiweißversorgung für die Viehzucht sollte weitgehend mittels Futterleguminosen (Klee, Luzerne), heimischen Körnerleguminosen (Ackerbohnen, Erbsen) und Getreide (Weizen, Gerste) sichergestellt werden, um Eiweißimporte (Soja) aus Übersee zu reduzieren;

- die **Transition zu einer umweltfreundlichen und ressourcen-autonomen Landwirtschaft einleiten**. Die öffentlichen Direktzahlungen für die Landwirtschaft müssen in erster Linie nach ökologischen und sozialen Kriterien ausgerichtet werden, anstatt bislang nach der Größe der Betriebe und der landwirtschaftlichen Nutzfläche;

- **biologische Produktionen und agro-ökologische Methoden fördern**. Im Vergleich zur konventionellen Landwirtschaft ist die Biolandwirtschaft klimaverträglicher und trägt deutlich mehr zum Erhalt der Artenvielfalt bei. Daher soll sich der **Anteil der Biolandwirtschaft bis 2025 auf mindestens 20% der Agrarfläche** erhöhen. Dafür sollen die öffentlichen Subventionen stärker nach ökologischen Kriterien ausgerichtet werden und die Umstellung konventioneller Betriebe auf biologische Erzeugung mithilfe administrativer Erleichterungen und stärkeren Fördermaßnahmen vorangetrieben werden;

- **in die Ausbildung und Weiterbildung investieren**. Nur sehr gut ausgebildete LandwirtInnen können heute noch die steigenden Anforderungen einer zukunftsorientierten Landwirtschaft meistern;

- die Erforschung und **Erprobung alternativer landwirtschaftlicher Techniken** fördern und entsprechende Weiterbildung im Bereich anbieten (Biodynamik, Permakultur, Agro-Ökologie, Waldgarten);

- den **nationalen Anti-Pestiziden-Aktionsplan** endlich fertigstellen und einen progressiven und transparenten Zeitplan für den Ausstieg aus der Nutzung von Bioziden aufstellen. Die gewerbliche wie auch die private Nutzung der besonders schädlichen Biozide müssen umgehend verboten werden;

- **wertvolles Ackerland schützen**. Eine öffentliche Reserve landwirtschaftlicher Nutzflächen sollte angelegt werden. Diese Flächen sollten angehenden LandwirtInnen und QuereinsteigerInnen ohne ausreichenden Flächenbesitz anhand bestimmter Vergabekriterien verpachtet werden (aber im Besitz der öffentlichen Hand bleiben). **Den Quereinstieg in die Landwirtschaft und den beruflichen Start junger LandwirtInnen fördern**;

- **Den Ausbau der erneuerbaren Energien auf Kosten der Biodiversität und der Bodenfruchtbarkeit verhindern.** Biogasanlagen sollen nur für die Verwertung von Restabfällen genutzt werden und nicht weiter mit speziell für diesen Zweck kultivierten Energiepflanzen gespeist werden. Auf diese Weise kann auch der weiteren Entwicklung von Monokulturen entgegengewirkt werden;

- **Nutzpflanzenvielfalt und Saatgut-Souveränität fördern.** Eine arten- und sortenreiche Nutzpflanzenvielfalt ist für die Resilienz und Nachhaltigkeit von landwirtschaftlichen Systemen von großer Bedeutung. Die Kultivierung von lokalen Nutzpflanzen muss gefördert werden. Der Einsatz von **Gentechnik** und Biopatenten muss verboten werden und der freie Zugang zu genetischen Ressourcen zwecks Vermehrung und Züchtung von Pflanzensorten und Tierrassen muss gewährleistet werden. Auch das Verfüttern von genmanipulierten Futtermitteln muss verboten werden. Nur so können die engen Verflechtungen zwischen Agrar- und Pharmaindustrie gebremst werden;

- weiterhin die **Unzulänglichkeiten des Programms REACH** über die Tierversuche anprangern und eine Wende hin zu einer Abschaffung der Tierversuche fordern durch eine strikte Anwendung des Prinzips „ersetzen, reduzieren, verfeinern“.

- den **Rückgang der Massentierhaltung** (inklusive der intensiven Fischzucht) fördern und gleichzeitig die Entwicklung und Aufwertung der pflanzlichen Produktion, sowie die Entwicklung von Arbeitsplätzen für soziale Bedürfnisse. Die Nachfrage nach tierischen Produkten muss durch eine Tierhaltung gedeckt werden, die das Wohl der Tiere respektiert;

- der Transition hin zu einer **Ernährung mit pflanzlichen Proteinen** mehr politische Bedeutung beimessen. Der Anbau von pflanzlichen Nahrungsmitteln, wie zum Beispiel Gemüse, muss begünstigt werden, besonders der Anbau mit Agrarmethoden, die die Natur respektieren und Arbeitsplätze schaffen;

- ein **Transparenzgebot für die Konsumenten** einführen. Der Konsument hat ein Recht auf totale Transparenz beim Kauf seiner Lebensmittel. Um Etikettenschwindel in Zukunft zu unterbinden, müssen sowohl die Agrarindustrie als auch der Handel die Lebensmittel korrekt und verständlich kennzeichnen. Unzählige Labels tragen nicht zur Aufklärung des Konsumenten bei. Es müssen endlich konkrete Schritte unternommen werden, um den Konsumenten richtig zu informieren und zu beraten;

- **Konkrete Schritte gegen die Lebensmittelverschwendung unternehmen.** Industrie und Handel müssen dazu verpflichtet werden, ihre Warenbilanzen offenzulegen. Supermärkte und Handelsketten müssen dazu verpflichtet werden, ein Maximum an Produkten unverpackt anzubieten und Waren die kurz vor dem Verfallsdatum stehen günstiger oder umsonst anzubieten;

- **Eine Kohärenz zwischen der Landwirtschaftspolitik und der Entwicklungszusammenarbeit** herstellen. Im Bereich der Agrarpolitik muss die Nahrungsmittelsouveränität, die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die wichtige Rolle der Frau und die Agrarökologie gefördert werden. Hierzulande muss die Transition zu einer regionalen Landwirtschaft eingeleitet werden, um etwa die Importe im Bereich des Viehfutters massiv zu reduzieren, welche für die Entstehung umfangreicher exportorientierter Monokulturen, die Zerstörung von Biodiversität, Wasserreserven, Bodenqualität und Lebensmittelkulturen im globalen Süden verantwortlich sind;

- Die **aktive Miteinbeziehung der Bürger** im Sinne einer „transition alimentaire citoyenne“ unterstützen und regionale *Food Councils*, Gemeinschaftsgärten, *Urban Gardening* und andere Initiativen im Bereich der solidarischen Landwirtschaft fördern.

13) Landesplanung

Für eine demokratische Landesplanung.

In einem Land der Größe Luxemburgs sollte eine vorrausschauende Landesplanung eine Selbstverständlichkeit darstellen. Trotzdem sind die Versäumnisse und politischen Fehlentscheidungen der letzten Jahre in dieser Thematik besonders offensichtlich und führen zu einer Vielzahl von Problemen mit denen die BürgerInnen heute konfrontiert sind. Die Vorgehensweise der letzten Jahrzehnte lag weniger darin, eine kohärente Vision zu entwickeln und umzusetzen, als vielmehr das komplette Chaos zu verhindern.

Die scheidende Regierung hat zumindest den Verdienst, einen politischen Prozess der Landesplanung in die Wege geleitet zu haben, der sogar Elemente einer Bürgerbeteiligung aufweist. Allerdings muss man feststellen, dass dieser Prozess chaotisch und wenig strukturiert abläuft. Ein allgemeines Grundkonzept lässt immer noch auf sich warten, während die Gemeinden bereits dabei sind, ihre Allgemeine Bebauungspläne (PAG) aufzustellen und zu verabschieden. Mit einer landesweiten Kohärenz ist somit nicht zu rechnen.

Die Unfähigkeit der Mehrheitsparteien, eine kohärente Landesplanung aufzustellen, erklärt sich vor allem dadurch, dass es keine gemeinsame Zukunftsvision für das Land gibt. Hinzu kommt die allgemeine Tendenz, reale Hindernisse zu ignorieren oder zu umgehen.

An erster Stelle muss dabei der übertrieben hohe Stellenwert des Privateigentums genannt werden. Während in anderen Ländern anerkannt wird, dass Eigentum eine gewisse soziale Verantwortung mit sich bringt (Eigentum verpflichtet), kann sich in Luxemburg bereits eine einfache Umklassifizierung eines Grundstücks als unmöglich herausstellen, da sie von den Gerichten als teilweise Enteignung angesehen werden kann. Der übertriebene Stellenwert des Privateigentums ist zurzeit vor allem wegen der Industriebrachen im Süden des Landes problematisch, die sich größtenteils noch immer in den Händen einiger privater Gesellschaften befinden. Dies führt dazu, dass die Landesplanung nicht das Ergebnis demokratischer Entscheidungen ist, sondern einfach die Summe der verschiedenen privaten Interessen.

Das zweite Hindernis ist die Finanzierung. Eine kohärente Planung benötigt beträchtliche öffentliche Mittel, vor allem da sich nur wenige Grundstücke im Besitz der Gemeinden oder des Staates befinden. Trotzdem sehen wir seit Jahrzehnten dabei zu, wie die öffentlichen Finanzen aufgrund des Dogmas des schlanken Staates ausgetrocknet werden. Schlimmer noch: indem sie sich gegenseitig bei der Gewerbesteuer unterbieten, schränken die Gemeinden nicht nur ihre eigenen finanziellen Mittel ein, sondern werden selbst zum Motor der regionalen Ungleichgewichte. Die Stadt Luxemburg hat beispielsweise während Jahrzehnten – und tut dies immer noch – eine Politik der besonders niedrigen Besteuerung verfolgt, und somit Unternehmen und folglich auch Arbeitsplätze angezogen. Dies hat zu jenen Verkehrs- und Wohnungsproblemen geführt, mit denen wir heute zu kämpfen haben.

Für *déi Lénk* steht fest, dass die Landesplanung das Ergebnis einer breiten Debatte über die soziale, ökonomische und ökologische Entwicklung unserer Gesellschaft sein muss. Hierzu müssen demokratische Foren auf allen Ebenen geschaffen werden, um eine tatsächliche Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Ist die weitsichtige Zukunftsvision erst definiert, werden die Instrumente und Mittel benötigt, um eine kohärente Planung aufzustellen. Voraussetzung ist, dass die Politik in allen Bereichen in Einklang mit den aufgezählten Zielsetzungen gebracht wird und vor allem, dass die Landesplanung den privaten Interessen Einzelner übergeordnet wird.

déi Lénk wollen:

- **eine nationale Debatte über die Zukunft des Landes führen**, vor allem bezüglich der ökonomischen Entwicklung, um so eine Ausrichtung der nationalen Landesplanung aufstellen zu können. Zudem sollen demokratische Foren auf regionaler und lokaler Ebene geschaffen werden,

um eine breite Bürgerbeteiligung bei der Konkretisierung und Umsetzung der Planungsausrichtung zu garantieren;

- **sich für eine Landesplanung einsetzen, die den sozialen und ökologischen Zielsetzungen den gleichen Stellenwert zuschreibt wie den ökonomischen Zielsetzungen.** Um diese Vorgabe zu erreichen, muss ein legaler Rahmen geschaffen werden;

- **sich für eine Landesplanung einsetzen, die vorrangig die verfügbaren Grundstücke innerhalb der Ortschaften oder auf den Industriebrachen bebaut,** um so die vorhandenen Grünflächen weitestgehend zu erhalten. Wir befürworten zudem eine wirtschaftliche Entwicklung, die auf kurzen Wegen beruht;

- **das Prinzip der an das Eigentum gebundenen sozialen Verantwortung einführen (Eigentum verpflichtet).** Unsere Verfassung enthält bereits heute die Möglichkeit der Enteignung zum Nutzen der Allgemeinheit. Dieses Prinzip muss verstärkt und auch in der Praxis angewendet werden. Zudem muss das Vorkaufsrecht der öffentlichen Akteure gestärkt werden, wobei die Entschädigung mittels objektiver Kriterien festgelegt werden muss;

- **gewährleisten, dass unentbehrliche öffentliche Dienste regional und lokal angeboten werden,** darunter Gesundheitseinrichtungen, administrative Dienste, Polizeikommissariate, Rettungsdienste, Poststellen, öffentlicher Transport, usw.;

- **die finanzielle Situation der Gemeinden verbessern,** indem der Basisbetrag der Grundsteuer auf Zweitwohnungen erhöht und der Mehrwert eines Grundstücks nach dessen Neuzuteilung besteuert wird;

- **die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gemeinden verbessern,** um die regionalen Zielsetzungen bezüglich der Landesplanung besser planen und umsetzen zu können;

- **sicherstellen, dass die Gemeindepolitik kohärent ist mit der Landesplanung,** durch verbindlichere Auflagen, die die Gemeinden innerhalb des bestehenden landesplanerischen Rahmens respektieren müssen;

- **eine maximale Transparenz bei allen politischen Entscheidungen auf nationaler und lokaler Ebene sicherstellen.** Diese ist vor allem wichtig bei Fragen bezüglich der Grundstücksnutzung und der Landesplanung, um jeglichen Klientelismus ausschließen zu können;

- **die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verstärken,** um eine kohärente Landesplanung über die Landesgrenzen hinweg garantieren zu können. Die politischen Akteure der Großregion müssen während der Planung zu Rate gezogen und eingebunden werden.

14) Demokratie und Institutionen

Für eine Erneuerung der Demokratie!

Die demokratischen Rechte und Freiheiten, die in unserer Verfassung verankert sind, sind gewiss zu verteidigen. Allerdings beschränkt sich die „Volksherrschaft“ in der liberalen Demokratie auf die periodische Auswahl von „VertreterInnen“, auf deren Entscheidungen die Bevölkerung in der Regel kaum noch Einfluss hat. Auch in dem Entwurf für eine neue Verfassung gibt es keine Ansätze für eine direktere Beteiligung der Bevölkerung an den Entscheidungen die sie betreffen oder für einklagbare Grundrechte.

Besitzrecht und Handelsfreiheit werden dagegen als Waffen von den reichsten Schichten gegen die Demokratie eingesetzt. Der Staatsrat hat sich als deren Sprachrohr beispielsweise noch vor kurzem mit Erfolg gegen bescheidene parlamentarische Vorstöße bei der Landesplanung aufgelehnt.

Mit der neoliberalen Globalisierung sind zudem die Befugnisse der Nationalstaaten abgebaut und so die demokratischen Prozeduren unterhöhlt worden. Es ist kaum noch überschaubar, worüber die Bevölkerung überhaupt noch tatsächlich entscheiden kann. Mit dem Schlagwort, es gebe keine Alternative, und dem Dogma der freien Konkurrenz, werden demokratische Auseinandersetzungen über gesellschaftliche Veränderungen abgewehrt. Eine erhebliche Gefahr für die Demokratie sind offenbar auch die manipulativen Strategien der Netzer-Konzerne, die niemand kontrolliert.

Nationale Kompetenzen werden an die Europäische Union übertragen, ohne wirklich auf dieser Ebene notwendige demokratische Prozeduren abzusichern. Die Befugnisse der nationalen Parlamente werden eingeschränkt, sie werden auch nicht durch die des Europäischen Parlaments adäquat ersetzt. Das fördert wiederum nationalistische Tendenzen in fast allen Ländern Europas, die eine weitere Gefahr für demokratische Rechte und Freiheiten bedeuten.

In der Wirtschaft werden demokratische Prinzipien überhaupt außer Kraft gesetzt. Der Betrieb gilt nicht als Ort sozialer Kooperation, sondern als privater Besitz. Im Arbeitsvertrag ist das Prinzip der Unterwerfung maßgebend (lien de subordination), Scheinselbstständige ohne Arbeitsvertrag sind vielfach noch stärker den Auftraggebern unterworfen. Seit langem schon gibt es keinen nennenswerten Fortschritt mehr bei den Entscheidungsrechten der Lohnabhängigen. Im Gegenteil: die Macht des Finanzkapitals über die Wirtschaft hat den Spielraum für solche Rechte weiter eingeschränkt. Auch im öffentlichen Sektor sind die Rechte der Beschäftigten nicht ausreichend. Die Privatisierung öffentlicher Dienste fördert zudem gewiss nicht die Demokratie in den Betrieben. In Zukunft riskieren außerdem viele Beschäftigte zum Anhängsel digitaler Systeme gemacht zu werden.

In Luxemburg ist noch immer ein Großteil der arbeitenden Bevölkerung vom Wahlrecht ausgeschlossen. Seit dem schlecht vorbereiteten Referendum von 2015 traut kaum jemand mehr sich an die Frage heran. Wir respektieren zwar den Ausgang des Referendums, bleiben aber bei unserer Haltung: Staatsbürger mit Wahlrecht sollte im Prinzip - unter bestimmten Bedingungen - alle sein, die auf dem Territorium Luxemburg leben. Das entspricht dem demokratischen Grundprinzip: Die Gesetze müssen von denen „gemacht“ oder gutgeheißen werden, für die sie gelten. Das ist in der rein repräsentativen Demokratie schon fraglich aber umso mehr, wenn große Teile der Bevölkerung selbst an dieser Vertretung nicht teilnehmen.

déi Lénk wollen:

- **eine Erneuerung der Demokratie begleiten.** Diese hängt vorrangig ab vom **demokratischen Engagement der Bürger**, von der Vitalität und Ernsthaftigkeit der öffentlichen Debatten, von der demokratischen Praxis auf allen Ebenen der Gesellschaft, vom frühzeitigen Einüben demokratischer Praktiken ohne Bevormundung. Die institutionellen Reformen, die wir vorschlagen, sind wichtig und notwendig, aber sie ersetzen nicht die demokratischen Bewegungen in der Gesellschaft. Eine Demokratisierung der Gesellschaft auf nationaler wie auf europäischer Ebene geht nicht ohne Bewegungen „von unten“;

- **die Debatte um eine neue Verfassung beleben.** Diese kann nicht das Resultat einer Aushandlung im kleinen Kreis einer parlamentarischen Kommission sein, zu dem dann das Volk in einem Referendum lediglich Ja oder Nein sagen kann. Wir brauchen eine breite Debatte an der sich die gesamte Bevölkerung beteiligt;

- **weiterhin das Prinzip des allgemeinen Wahlrechts verteidigen für alle Menschen die im Land leben** und von hier gemachten Gesetzen betroffen sind. Dem Prinzip „Ein Mensch, eine Stimme“ wird auch nur ein einziger **nationaler Wahlbezirk** gerecht;

- **die verfassungsmäßigen Grundrechte erweitern und absichern.** Vor allem im Bereich der sozialen Rechte wollen wir weit über die geplante Verfassung hinausgehen, um den realen Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden: Recht auf Wohnen, Recht auf soziale Sicherheit, auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen, auf Einkommen, Bildung, Gesundheit, Pflege usw. Die Absicherung der Grundrechte soll gewährt werden durch ein Oberstes Verfassungsgericht, bei dem auch einzelne Bürger gegen die Verletzung solcher Grundrechte klagen können;
- **das Prinzip „Eigentum verpflichtet“ rechtlich verankern.** Unser Grundrecht kennt Enteignungen im öffentlichen Interesse. Bei Entschädigungen sollen von der Gesellschaft erhaltene Vorteile und das Prinzip „pollueur payeur“ vom Gesetz berücksichtigt werden;
- **ein Recht auf Information einführen.** Der mündige Bürger hat ein umfassendes Recht auf Information. Also muss er Zugang haben zu allen Informationen, die ihn selbst und/oder das Allgemeinwohl betreffen, und zwar im öffentlichen wie im privatwirtschaftlichen Bereich;
- **für mehr Transparenz sorgen.** Die verschiedenen Etappen bei der Ausarbeitung von Gesetzen und von Reglementen sollen öffentlich einsehbar sein. Der Schutz der Whistleblower muss in die Verfassung eingeschrieben, direkter oder indirekter Druck muss strafbar werden. Zu stärken sind die Pressefreiheit, der Schutz von Journalisten und ihren Quellen;
- **die informationelle Selbstbestimmung als Grundrecht verankern:** Das Recht, zu wissen, was mit meinen persönlichen Daten geschieht, das Recht, sie definitiv löschen zu lassen und dies auch kontrollieren zu können. **Auch das Recht auf Ungehorsam soll zu den demokratischen Grundrechten gehören:** die Weigerung, illegale oder illegitime Anordnungen auszuführen (auch im privatwirtschaftlichen Bereich) und an Kriegshandlungen direkt oder indirekt teilzunehmen;
- **die Demokratie am Arbeitsplatz stärken.** Der Betrieb muss definiert werden als Ort gleichberechtigter Kooperation, die Lohnabhängigen müssen an den Entscheidungen (auch über strategische Fragen) auf allen Ebenen der Betriebs- bzw. Konzernstruktur verbindlich und viel stärker als bisher beteiligt werden, ohne dass Abkommen auf Betriebsebene das Gesetz unterlaufen können;
- **sich weiterhin prinzipiell für eine Republik einsetzen** mit Vorrang des Parlaments über die Exekutive. Weder die Monarchie (deren Befugnisse stark beschnitten wurden), noch die übermächtige Regierungsexekutive entsprechen wirklich den Grundprinzipien einer Demokratie. Ein/e Präsident/in hätte deswegen auch nur eine rein symbolische Funktion. In Vorbereitung darauf, wollen wir das Parlament gegenüber der Regierung stärken, gleichzeitig aber die direkte Beteiligung der Bevölkerung an den gesellschaftlichen Entscheidungen stärken;
- **die Mandatszeiten und die Anhäufung von Ämtern (Ämterkumul) von Deputierten und Ministern einschränken.** Ihre Vermögen, Einkommen und wirtschaftlichen Verbindungen müssen offengelegt werden;
- **ein staatsbürgerliches Initiativrecht in der Verfassung verankern:** Unter bestimmten Bedingungen könnten einzelne Bürger einen Gesetzesvorschlag eingeben, mit dem sich das Parlament auseinandersetzen muss und über das gegebenenfalls auch in einem Referendum entschieden werden kann. Grundrechte können auf diese Weise nicht in Frage gestellt werden (die Einzelheiten des Vorschlags sind im Verfassungsentwurf von « *déi Lénk* » ausgeführt);
- **den Staatsrat demokratisieren.** Er soll zu einem juristisch beratenden Organ des Parlaments (und nicht mehr der Regierung) werden und seine Zusammensetzung nicht mehr vom Proporzgerangel der Parteien abhängen. Die Zivilgesellschaft soll stärker vertreten sein;
- **die Laizität einführen,** das heißt die weltanschauliche Neutralität des Staates. Diese muss in einer Demokratie eine Selbstverständlichkeit sein;
- **internationale Verträge vor der Ratifizierung systematisch auf ihre Vereinbarkeit mit der Verfassung prüfen.** Das muss auch gelten für die Europäische Union. Die Übertragung souveräner Rechte an die EU muss immer gebunden sein an die Garantie, dass auf der europäischen Ebene die Prinzipien der Demokratie eingehalten werden. Das ist offensichtlich heute nicht der Fall;
- sich vehement **gegen eine Einführung von Wahlcomputern** wehren, da diese sehr anfällig sind für Manipulationen.

15) Öffentlicher Dienst und Gemeingüter

Öffentlicher Dienst im Dienst der Öffentlichkeit.

Der menschliche Fortschritt ist bisher immer von einer Steigerung des gemeinsamen Eigentums und der öffentlichen Dienste begleitet gewesen. Dieser Fortschritt ist nicht vom Himmel gefallen, sondern ist das Ergebnis langer erfolgreicher Kämpfe.

Der öffentliche Dienst verkörpert das Gegenteil des im Kapitalismus geltenden Rechts des Stärkeren: Nicht nur Reiche können ihre Kinder zur Schule schicken, können sich pflegen lassen, können sich frei bewegen, können über sauberes Wasser und über einen Zugang zur Energie verfügen, usw. Werden diese Dienste von der öffentlichen Hand verrichtet, ob vom Staat oder den Gemeinden, handelt es sich nicht um einfache Dienstleistungen, sondern vielmehr um Gemeingüter. Die öffentlichen Dienstleistungen stehen im Dienst der Allgemeinheit.

Ihre Funktionsweise bleibt natürlich immer verbesserungsfähig. Doch gerade weil es sich um einen öffentlichen Dienst handelt, sind Verbesserungen möglich. Bei privaten Unternehmen haben einzig und allein die Aktionäre das Sagen, deren private Interessen oft mit den Ansprüchen der großen Mehrheit der Bevölkerung im Widerspruch stehen.

Leider geraten die öffentlichen Dienstleistungen regelmäßig unter Beschuss durch mächtige Finanzinteressen. Diese wollen den öffentlichen Dienst mithilfe ihrer politischen Verbündeten den Gesetzen der finanziellen Rendite unterwerfen, was keinen Sinn ergibt. Viele europäische Regierungen arbeiten Hand in Hand mit der europäischen Kommission und „liberalisieren“ die Schienennetze, die Post, die öffentliche Gesundheitsversorgung oder das Bildungswesen. Die Liberalisierung wird uns zwar als Modernisierung verkauft, doch in Wahrheit ist sie ein Rückschritt in das 19. Jahrhundert.

Diese Liberalisierungen sind selbstverständlich ein Schritt in Richtung Privatisierung. Auch wenn das Kapital eines liberalisierten Dienstleistungsbetriebes mehrheitlich oder sogar vollständig von der öffentlichen Hand gehalten wird, gibt es negative Folgen für die BürgerInnen und für die Angestellten. In diesem Zusammenhang verurteilen wir die Versuche verschiedener politischer Kreise, die darauf abzielen, BeamtInnen und BürgerInnen gegeneinander auszuspielen.

Diese Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen wird durch die Europäische Union vorangetrieben. Die EU ist einer der wenigen Räume auf der Welt, wo die Luftfahrt so stark liberalisiert wurde, dass Staaten heute nicht mehr mehrheitlicher Anteilseigner einer Fluggesellschaft sein dürfen. Dies führt nicht nur zu einer verschärften Konkurrenz in der Luftfahrt auf Kosten der Angestellten, der Umwelt und der Sicherheit, sondern verhindert ebenfalls, dass europäische Fluggesellschaften sich gegenüber staatlich subventionierten Gesellschaften aus anderen Regionen behaupten können.

Die luxemburgische CFL profitiert heute noch von einer Ausnahme für kleine Eisenbahnnetze und musste sich der Konkurrenz bislang noch nicht öffnen. Doch es gilt wachsam zu bleiben, denn zukünftige Regierungen könnten diese Ausnahme wieder in Frage stellen.

Die ökologische Frage betrifft auch die öffentlichen Dienstleistungen. Nach unserer Auffassung ist die Natur ein Gemeingut der Menschheit, die nicht auf dem Altar des Profits geopfert werden darf. Deswegen benötigen wir eine öffentliche Planungs- und Investitionsstelle, die massiv und mit direkter Beteiligung der BürgerInnen und der Sozial- und Umweltverbände in den ökologischen Umbau des Landes investiert.

déi Lénk wollen:

- **die Privatisierungen rückgängig machen** im Bereich der öffentlichen Dienste und der Gemeingüter und sich jeder weiteren Privatisierung entgegenstellen. Dazu zählen die Wasserversorgung, die Gas- und Stromversorgung, die Post, die Telekommunikation, der Personentransport, die Gesundheitsversorgung, die Kinderbetreuung, die Pflege alter Menschen, die Kultur und der Sport. Die Liberalisierungen und Privatisierungen der Post, von CFL Cargo, von LuxTram usw. müssen also zurückgenommen werden. Auf europäischer Ebene muss Luxemburg sich weiteren Liberalisierungen und Privatisierungen entgegenstellen;

- **die öffentlichen Dienste ausbauen und modernisieren und ein regional wie lokal flächendeckendes Angebot der wichtigsten Dienste gewährleisten.** Dazu zählen die öffentliche Gesundheitsversorgung und Verwaltung, Polizei und Rettungsdienste, Postdienste, der öffentliche Transport, u.v.m. Es geht uns auch um die Schaffung von Mehrzweckbüros beim Staat und in den Gemeinden;

- **den Beamtenstatus schützen, um so den öffentlichen Dienst zu schützen.** Die Strategie des Großkapitals, die darin besteht die BürgerInnen gegen die sogenannten „privilegierten“ BeamtInnen

auszuspielen, muss bekämpft werden, denn ein starker öffentlicher Dienst stärkt auch den Privatsektor. Wie in allen wirtschaftlichen Bereichen beruht die Gewährleistung eines gut funktionierenden öffentlichen Dienstes auf guten Arbeitsbedingungen;

- **zusätzliches Personal für den öffentlichen Dienst rekrutieren.** In vielen Bereichen fehlt es bereits heute an Personal (u.a. Gesundheitswesen, Sozialdienste, Bildung, Justiz, Steuerverwaltung). Die Hälfte der Bevölkerung verfügt nicht über die luxemburgische Staatsbürgerschaft und kann somit nicht im öffentlichen Dienst arbeiten, obwohl sehr viele von ihnen in Luxemburg geboren und aufgewachsen sind. Wir müssen den Zugang zum öffentlichen Dienst für alle BewohnerInnen ermöglichen, um so dem Engpass beim qualifizierten Personal zu beheben (wie es bereits bei der Armee der Fall ist). Genügende Kenntnisse der Amtssprachen Luxemburgisch, Deutsch und Französisch müssen natürlich je nach Posten vorausgesetzt werden. Der Zugang zum öffentlichen Dienst könnte zudem die Einbürgerung der Nicht-LuxemburgerInnen erleichtern;

- **die Evaluationsmethoden wieder abschaffen,** die in erster Linie individuell ausgerichtet sind und nicht den Bedürfnissen einer kompletten Verwaltung Rechnung tragen. Wir wollen hingegen ein System zur Verbesserung des öffentlichen Dienstes schaffen, das die Beteiligung der BeamtInnen und der NutzerInnen öffentlicher Dienstleistungen vorsieht. Wir sind gegen ineffiziente Bewertungsmethoden, wie sie im Privatmanagement angewandt werden. Die Unabhängigkeit und die Neutralität der BeamtInnen und eine optimale Qualifikation müssen weiterhin die bestimmenden Prinzipien im öffentlichen Dienst bleiben;

- **die demokratische Beteiligung der BeamtInnen und der NutzerInnen öffentlicher Dienste fördern,** um die Qualität der Dienstleistungen ständig zu verbessern. Das Personal der staatlichen Verwaltungen und ihre PersonalvertreterInnen müssen bei der Ausarbeitung der Zielvorgaben, bei der Festlegung des Personal- und Materialbedarfs, sowie an der Ausarbeitung der Arbeitsprogramme und der Organigramme beteiligt sein;

- **die Kürzung der Löhne der BeamtInnen während der 3 Jahre Stage-Zeit sofort wieder rückgängig machen (80%/80%/90%).** Diese absurde Maßnahme ist vor dem Hintergrund wachsender Lebenshaltungskosten, unter anderem durch die explosionsartig gestiegenen Wohnungspreise in Luxemburg, äußerst ungerecht und betrifft vor allem junge Menschen, die ihren Einstieg ins Berufsleben planen;

- **die Stage-Zeit den Bedürfnissen der verschiedenen Laufbahnen anpassen.** So kann die Stage-Zeit in einigen Berufen auf nur 6 Monate reduziert werden, während sie bei anderen Berufen ein bis zwei Jahre ausmachen muss. Unabhängig von der Dauer des Stage muss dieser von Beginn an für die Laufbahn der angehenden BeamtInnen mit eingerechnet werden;

- beim **öffentlichen Beschaffungswesen** lokale Akteure, sowie sozial und/oder ökologisch verantwortungsvolle Produkte und Dienstleistungen bevorzugen. Dies gilt ebenfalls für die Beschaffung von Material oder Nahrungsmittel für die öffentlichen Stellen mit einem niedrigen Gesamtwert (unter der legalen Schwelle).

16) Justiz und Polizei

Justiz und Polizei angesichts sozialer Ungleichheiten.

Die Polizei ist in vielerlei Hinsicht ein Spiegelbild der Gesellschaft. In einer ungerechten Welt mit unruhigen sozialen Verhältnissen ist die Polizei idealerweise ein öffentlicher Dienst, der über die moralische und physische Integrität der Bürgerinnen und Bürger wacht. Es ist natürlich nicht die Aufgabe der Polizei, soziale Ungleichheiten zu beheben, aber eine Sicherheitspolitik kann nicht außerhalb des sozialen Kontextes gedacht werden.

Obwohl Luxemburg zu den sichersten Ländern der Erde gehört, gibt es bestimmte Brennpunkte für kleine und große Kriminalität. Dabei ist die große Wirtschaftskriminalität vielleicht weniger sichtbar als die kleinen Delikte, sie ist jedoch in ihren Auswirkungen oft weitaus verheerender.

Die Polizei ist der Garant der individuellen Freiheiten. Deshalb müssen die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten auch, wie alle Eingestellten des öffentlichen Dienstes, gute Arbeitsbedingungen vorfinden und eine Entlohnung erhalten, die der Schwierigkeit ihrer Arbeit entspricht. Daneben müssen sie auch die Möglichkeit haben, an Fortbildungskursen in Bürgerrechtsfragen teilzunehmen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben Rechte und Pflichten und dies gilt natürlich ebenfalls für PolizeibeamtInnen. Wenn auch die große Mehrheit unter ihnen eine sehr gute Arbeit leistet, so gibt es auch in diesem Beruf Fehlverhalten, das angesichts der besonderen Befugnisse der PolizeibeamtInnen natürlich umso schwerer wiegt. Eventuelles Fehlverhalten gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern muss daher entsprechend geahndet werden. Dies ist auch für das Ansehen der Polizei ein wichtiger Faktor.

Auch die Justiz steht einer Gesellschaft gegenüber, die von grundlegenden sozialen Ungleichheiten geprägt ist. Diese spiegeln sich auch in den Gesetzen und in der administrativen Praxis wieder, besonders seit der neoliberalen Wende Anfang der 1980er Jahre. Das seither geltende Weltbild versucht die Menschen an die Bedürfnisse des freien Marktes anzupassen und den Sozialstaat zu privatisieren.

Die letzte Regierung hat eine Reihe von sinnvollen Reformen durchgeführt, darunter die Einführung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare oder in Sachen Abtreibung und Einbürgerung. Andererseits ist sie bei der Demokratisierung der Justiz oder der Reform des Strafvollzugs gescheitert, obwohl diese Reformfelder im Regierungsprogramm standen.

Vor allem hat sie jedoch unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung eine Reihe von Gesetzen erlassen, die die Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger potentiell beschneiden: Der Ausnahmezustand wurde in der Verfassung verankert, die illegalen Praktiken des Geheimdienstes wurden legalisiert (politische Überwachung, wirtschaftliche Nachrichtendienste) und ein stigmatisierendes „Anti-Burka-Gesetz“ wurde verabschiedet.

Angesichts der Prädominanz der Märkte wird es Zeit zu einer sozial gerechten Justiz zu finden und das Justizsystem dementsprechend zu reformieren.

A. Polizeiwesen

déi Lénk wollen:

- die **Polizeiabteilung zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkriminalität** mit mehr Personal ausstatten und einen besonderen Fokus auf die Aus- und Fortbildung dieser BeamtInnen legen;

- **bestimmte Delikte abschaffen**, die nicht als solche betrachtet werden sollten, besonders im Bereich der Suchtproblematik. Wegen der Kriminalisierung der Drogenproblematik müssen Polizei und Justiz für deren Bekämpfung erhebliche Mittel einsetzen, die anderswo fehlen;

- darauf achten, dass **PolizeibeamtInnen am Anfang ihrer Karriere** nicht gleich in sensiblen oder risikoreichen Zonen eingesetzt werden. Die Unterstützung von erfahrenen PolizeibeamtInnen ist in jedem Fall erforderlich;
- das Konzept der **Nachbarschaftspolizei** weiterentwickeln, die die lokale Bevölkerung und ihre spezifischen sozialen Probleme kennt und präventiv vorgehen kann. Eine gute Verständigung zwischen den PolizeibeamtInnen und der lokalen Bevölkerung kann repressive Maßnahmen und potentielle Spannungen verhindern;
- sicherstellen, dass **Mitglieder der Polizeiinspektion (Inspection générale de la Police)** sich nicht mehr für einen Posten innerhalb der Polizei bewerben können und umgekehrt. Die Unbefangenheit ist nicht garantiert, wenn BeamtInnen über ehemalige oder zukünftige Kollegen ermitteln. Die Mittel für die Polizeiinspektion müssen darüber hinaus erhöht werden, damit die Bürgerinnen und Bürger sich effektiv gegen ein etwaiges Fehlverhalten der Polizei wehren können;
- **die Einführung von nicht-letalen Waffen verhindern**, wie beispielsweise Elektroschockpistolen. Diese können nicht nur bleibende Schäden verursachen oder sogar zum Tod führen (z.B. bei herzkranken Personen), sondern senken auch generell die Hemmschwelle für den Einsatz von Waffen;
- **einen flächendeckenden Einsatz der Kameraüberwachung verhindern**. Diese schränken nicht nur die individuellen Freiheiten ein, sondern erweisen sich auch oft als wenig effektiv oder sogar kontraproduktiv bei der Kriminalitätsbekämpfung;
- eine **wirksame Beschwerdeprozedur für die niedrigeren Ränge** in der Polizei einführen, die mit dem Fehlverhalten von Vorgesetzten konfrontiert sind;
- der Polizei ermöglichen, **effektiv über die Einhaltung der individuellen Freiheiten und der kollektiven Rechte zu wachen**, unter anderem betreffend das Versammlungs- und Demonstrationsrecht. Dafür müssen die BeamtInnen spezifische Fortbildungen absolvieren, um unnötige Spannungen zu vermeiden.

B. Justiz

déi Lénk wollen:

- den **Zugang zur Justiz erleichtern** durch eine Ausweitung der Prozesskostenhilfe und durch eine Reglementierung der Anwaltskosten;
- neue **kollektive Rechtsprozeduren** einführen (class actions) in den Bereichen Arbeitsrecht, Verbraucherrecht und Umweltrecht. Die Rechte der Lohnabhängigen und der VerbraucherInnen, sowie stellvertretender Organisationen, müssen gegenüber den großen Unternehmen gestärkt werden;
- die **Rechte der Lohnabhängigen stärken** durch eine Reform des Insolvenzrechts und der Bestimmungen zur Abwicklung von Betrieben;
- die **Rolle der Schlichtung bei Rechtsverfahren ausweiten**, anstatt eine Privatjustiz rund um die Schlichtung aufzubauen;
- den Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu **administrativen Dossiers erleichtern** und ihre **Rechte in administrativen Prozeduren erweitern** (unter anderem durch die Einführung eines „recours en cassation“);
- die **Aufbewahrung von telefonischen Daten eingrenzen** und damit das Urteil des Europäischen Gerichtshofs umsetzen;

- die Reformen im Bereich des **Scheidungs- und des Abstammungsrechts** (filiation) umsetzen, so dass die Rechte der Kinder im Mittelpunkt stehen und die Gleichberechtigung der Geschlechter respektiert wird;
- das **Strafgesetzbuch und die Strafverfahren reformieren**, um die Haftstrafen zu verringern und durch alternative Strafformen zu ersetzen. Es gilt unter anderem, Klassenungerechtigkeiten zu beseitigen (auf der einen Seite Straffreiheit für Taten die schwerwiegende Folgen für die Gesellschaft haben und auf der anderen Seite massive Repression gegen kleinere Strafbestände), den Konsum von Drogen zu entkriminalisieren, den Strafvollzug grundlegend zu reformieren und die Wiedereingliederung von ehemaligen Häftlingen in die Gesellschaft zu erleichtern. Minderjährige dürfen nicht mehr im normalen Gefängnisumfeld untergebracht werden;
- den **Konsum von Cannabis legalisieren** und den Verkauf regulatorisch einrahmen;
- den **Zugang zur Justiz demokratisieren** und kostenlos gestalten durch eine systematische Veröffentlichung der Justizentscheidungen auf der Internetseite Legilux;
- effektiv gegen die **Bedrohung durch terroristische Anschläge** vorgehen durch den Einsatz der nötigen polizeilichen Mittel. Die Gesetze, die trotz der von Juristen geäußerten Kritiken das Prinzip des konkreten Tatbestands durch einen Generalverdacht ersetzt haben, müssen rückgängig gemacht werden. Die Definition des „Terrorismus“, die 2003 durch Luc Frieden in das Strafgesetzbuch eingeführt wurde und bereits damals als sehr schwammig galt, muss überarbeitet werden;
- den **SRE (Service de renseignement de l'Etat / Spitzelvécht)** abschaffen, genauso wie jeden anderen Nachrichtendienst oder Geheimpolizei. Die Bekämpfung der Vergehen und der Kriminalität ist Sache der Polizei und der Zollbehörden. In Zwischenzeit muss die **politische Überwachung** und die Beobachtung von Personen (auch mit Hilfe von Spyware und Staatstrojaner) aus politischen Beweggründen verboten werden, genauso wie die Nutzung von „weißen Notizen“ (fiches blanches) auf dieser Basis bei juristischen Prozeduren;
- alle internationalen **Konventionen im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte** vor Gericht automatisch anwenden, nicht erst auf Anfrage.

17) Kultur

Kultur als Ausdruck und Mittel der Emanzipation des Menschen.

Luxemburg ist kulturell ein sehr reiches Land. Durch unsere geografische Lage (zwischen dem germanischen und romanischen Kulturkreis) und unsere Geschichte (stark geprägt durch die Immigration) haben unterschiedlichste kulturelle Einflüsse das Land und seine EinwohnerInnen geprägt und prägen sie auch weiterhin. Der erkennbarste Ausdruck davon sind die vielen Sprachen, die man in den Straßen unseres Landes hören kann. Sie sind zugleich Reichtum und Herausforderung einer multikulturellen Gesellschaft, die es in Luxemburg immer schon gab und die sich auch immer weiterentwickelt.

Das Kulturjahr 1995 brachte einen längst überfälligen Schub in der kulturellen Entwicklung unseres Landes. Es wurden wichtige kulturelle Institutionen gegründet, die Professionalisierung des Sektors wurde vorangetrieben und eine Diversifizierung und geografische Dezentralisierung des kulturellen Angebots konnte ermöglicht werden.

Die Bilanz der liberalen Regierung in der Kulturpolitik ist allerdings schlichtweg desaströs: wichtige und angekündigte Reformen wurden nicht in Angriff genommen und das eigene Regierungsprogramm wurde kaum umgesetzt. Stattdessen polterte die DP anfangs wie ein Elefant im Porzellanladen herum und die Ernennung des Premierministers zum Kulturminister, mit dem Kultur- und Selbstverständnis eines Renaissancefürsten, hat nicht zu einer Besserung beigetragen. Der Ausarbeitung eines Kulturentwicklungsplanes - dem einzigen Vorzeigeprojekt - wurde gerade einmal eine Halbtagsstelle zugestanden.

Die Regierung hatte andere Prioritäten. Kultur wurde unter DP-Führung zu einem schmucken Anhängsel von finanzkräftigen Lobbyisten degradiert. Mit dem *Freeport* wurde eine Finanznische weiterentwickelt, die es Ultrareichen ermöglicht, Steuern mithilfe von Kunstobjekten zu sparen. Die Schmutzkampagne gegen den ehemaligen MUDAM-Direktor nutzte Kulturminister Bettel, um sich eines lästigen Verteidigers der zeitgenössischen Kunst zu entledigen und das Museum zu einem lässigen Rahmen für Empfänge der Schickeria umzuwandeln. Selbst das seit Jahren in Ausarbeitung befindliche Archivgesetz wurde den Wünschen der Finanzlobbyisten entsprechend so gestaltet, dass es in Zukunft für Historiker nur schwer möglich sein wird, die Wirtschaftsgeschichte unseres Landes aufzuarbeiten.

Unser Land und die Menschen, die in ihm leben, haben mehr verdient. Luxemburg hat ein enormes kulturelles Potenzial. Wir müssen es nutzen und zu einer Kraft machen, die allen Menschen zugänglich ist. Kultur könnte in der Tat - wie es Forum Cultur(s) 2008 vorschlug und wie es in der Bewerbung von Esch22 weiterentwickelt wurde - zu einer strategischen Ressource des Landes werden. Dazu müssen aber Probleme erkannt und Hindernisse überwunden werden: der Zugang zum und die Partizipation am kulturellen Leben muss für einen Großteil der Bevölkerung gewährleistet sein und Kulturschaffende müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir müssen ein breiteres Verständnis entwickeln und in die Praxis umsetzen, das Kultur als Ausdruck und Mittel der Emanzipation des Menschen sieht.

déi Lénk wollen:

- **nationale Kulturinstitutionen**, die zurzeit unter privatrechtlichem Statut funktionieren, **in öffentliche Einrichtungen (établissements publics) umwandeln** und mit den nötigen finanziellen Mitteln ausstatten. Während der letzten Jahrzehnte wurde eine Vielzahl dieser wichtigen Institutionen (Mudam, Casino – Forum für zeitgenössische Kunst, Nationales Resistenzmuseum, Théâtre National du Luxembourg, usw.) unter Einfluss der liberalen Ideologie unter privatrechtlichem Statut gegründet, obwohl sie zum größten Teil durch öffentliche Gelder finanziert werden und Aufgaben im öffentlichen Interesse durchführen;
- den **Einfluss des privaten Sektors in den Aufsichtsräten** der kulturellen Institutionen zurückdrängen um der Kommerzialisierung der Kultur entgegen zu wirken;
- das architektonische und **industrielle Erbe** (Rotunden, Gebläsehalle, Schieferbergwerk in Martelingen, usw.) schützen und zu künstlerischen, historischen und pädagogischen Zwecken nutzen;

- eine **Kunsthochschule** gründen und in das akademische Leben Luxemburgs integrieren. Auf der Universität muss das Angebot im Bereich der Kunst, der Filmkunst und der Kultur ausgebaut werden;
- ein integriertes Netz an **regionalen Bibliotheken** schaffen;
- das **Kulturjahr „Esch2022“** in all seinen transformatorischen Ambitionen unterstützen, so wie es im Projekt vorgesehen wurde, das durch die Europäische Kommission gutgeheißen wurde;
- ausreichend **geeignete Proberäume** schaffen für MusikerInnen, TänzerInnen und SchauspielerInnen sowie Ateliers für bildende KünstlerInnen. In Zusammenarbeit mit den Gemeinden Konzepte zur **temporären kulturellen Nutzung von leeren Gebäuden** aufstellen und für künstlerische Projekte zur Verfügung stellen;
- die Ausarbeitung eines neuen **Kulturpaktes** (Pacte culturel) unterstützen, der sich auf die Analysen und Empfehlungen von 2008 stützt. Die gesellschaftlichen Herausforderungen und die Bedürfnisse der kulturellen Akteure, die bisher nicht umgesetzt wurden, müssen zusammengefasst werden. Der Kulturpakt muss außerdem die allgemeinen Orientierungen entwickeln und konkrete Maßnahmen aufweisen;
- die Aufstellung und Umsetzung eines **Kulturentwicklungsplans** voranbringen und die zur Realisierung benötigten finanziellen, personellen und logistischen Mittel zur Verfügung stellen. Seine Umsetzung muss alle zwei Jahre evaluiert und in breiter Abstimmung mit allen betroffenen Akteuren angepasst werden;
- den **Kulturfonds (Fonds Culturel National) stärken** und zu einem öffentlichen und unabhängigen Organ umgestalten, der mit Experten und Vertretern der Zivilgesellschaft besetzt ist. Er muss über die nötigen Mittel verfügen, um Kunstprojekte mit direkten Subventionen unterstützen zu können;
- den **Freeport schliessen**, der die steuerfreie Spekulation mit Kunstobjekten ermöglicht;
- eine **Beobachtungsstelle der Kulturpolitik** (Observatoire des politiques culturelles) als Forschungszentrum gründen, das notwendige wissenschaftliche und statistische Daten ermittelt, um kulturpolitische Initiativen evaluieren zu können;
- eine Plattform schaffen, die eine wirkliche **interministerielle Zusammenarbeit** ermöglicht, und die Gemeinden, öffentliche Einrichtungen, kreative Ökonomie und die Zivilgesellschaft einbezieht. Die **Kultur muss endlich als transversaler Vektor einer emanzipatorischen Politik** verstanden werden;
- **Kultur als Staatsziel** in die Verfassung einschreiben, genauso wie die künstlerischen Ausdrucksfreiheit, das Recht auf künstlerische Entfaltung und der Zugang zur Kultur;
- die Kriterien zur Ausstellung des **Kulturpasses** anpassen mit dem Ziel, den Kreis der BezieherInnen zu erweitern;
- einen **Kultururlaub (congé culturel) einführen** der es allen Menschen erlaubt, an Kunstprojekten teilzunehmen;
- das Statut des „**travailleur intellectuel indépendant**“ reformieren und näher an das Statut des „salarié.e autonome“ heranrücken (siehe Kapitel Arbeit). Es geht darum, die Präkarisierung von Kulturschaffenden zu verhindern durch die Einführung von sozialen Mindeststandards und die Übernahme der Sozialbeiträge durch den Auftraggeber;
- das System der **finanziellen Unterstützung** (bourses et aides à la création) überprüfen und an die Bedürfnisse anpassen. Für Jugendliche müssen spezielle Kunststipendien entwickelt werden;
- die Unterrepräsentation von **Frauen in Führungspositionen** von Kulturinstitutionen beheben und auf ein Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern bei der künstlerischen Programmierung achten;

- die **grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit** vertiefen;
- kulturelle Maßnahmen als Möglichkeit zur **Integration** anerkennen und unterstützen und gleichzeitig die **kulturellen Rechte** fördern;
- die **Digitalisierung von Kulturgütern vorantreiben**. Eine digitale Bibliothek der Kunstgüter schafft einen zusätzlichen Zugang zur Kultur;
- die Einhaltung der **Investitionsregel von 1% in Kulturgegenstände** für öffentliche Einrichtungen strikt überwachen. Die Obergrenze muss abgeschafft werden;
- den **Musikunterricht in Luxemburg strukturell reformieren**. Der öffentliche Auftrag des Musikunterrichts und die Verantwortung der Gemeinden bei der Organisation muss stärker betont werden. Die regionalen Musikschulen sollen das Rückgrat bilden und für die musikalische Grundausbildung sorgen, sowie für weiterführende Kurse. Hinzu kommen nationale Musikhochschulen (conservatoires), die eine höhere Musikausbildung ermöglichen. Die Karrieren der Unterrichtsleiter sollen harmonisiert und verbeamtet werden. Der Einschreibebetrag wird national festgelegt und soll eher symbolischer Natur sein;
- aus der Mehrsprachigkeit Luxemburgs eine wirkliche Stärke machen. Das **Lernen von Sprachen fördern durch die Einführung spezieller Urlaubstage** für das Erlernen oder Vertiefen von Sprachkenntnissen. Vor allem die mündliche Praxis unterschiedlicher Sprachen muss in Luxemburg unterstützt werden. Hierzu muss das „Centre national des Langues“ mit dem nötigen Personal ausgestattet werden;
- die **Literatur luxemburgischer Autoren** fördern, indem sie in den literarischen Unterricht eingebunden wird (luxemburgisch, französisch, deutsch, englisch). Dies gilt ebenfalls für die Musik von luxemburgischen Musikern auf den speziellen Sektionen im Sekundarunterricht;
- die Zusammenarbeit zwischen **Kultur und Bildungswesen** vertiefen, den Austausch fördernde Strukturen gründen und dynamisieren, eine **interkulturelle Bildung** fördern und sowohl die Lehrkräfte, als auch die Schüler in interkulturellen Kompetenzen ausbilden.

18) Medien und Kommunikation

Für einen starken Journalismus und aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger

Es ist allgemein anerkannt, dass die Pressefreiheit ein unverzichtbarer Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft ist. Doch es reicht nicht, einfach nur Gesetze in Bezug auf Meinungs- und Informationsfreiheit zu erlassen, man muss sich auch die Mittel geben, diese Prinzipien konkret umzusetzen.

Gemessen an seiner Größe kann Luxemburg sich einer breiten Auswahl an Printmedien rühmen: Es gibt 5 Tageszeitungen und eine kostenlose Tageszeitung, 8 Wochen- und 3 Monatszeitungen, sowie eine große Anzahl an kostenlosen Hochglanzzeitschriften. Hinzu kommen 6 Radiosender (davon ein öffentlicher Sender), allerdings nur ein Fernsehsender, der überdies auch noch in privater Hand ist. Die Anzahl der vom Presserat anerkannten JournalistInnen ist ebenfalls bemerkenswert, sie liegt bei über 470.

Näher betrachtet muss der Medienpluralismus in Luxemburg jedoch stark relativiert werden. Sieht man von einigen Ausnahmen ab, gehört ein Großteil der Medienlandschaft 3 Unternehmensgruppen. Dabei handelt es sich im Übrigen um einen europäischen Trend: Die Medien werden zwar immer zahlreicher, konzentrieren sich jedoch in den Händen von nur wenigen Besitzern, meistens industrielle Konglomerate oder Finanzgruppen.

In einem solchen Umfeld gibt es zwar eine Pluralität der Medien, aber keine Pluralität der Ideen. Schlimmer noch, die Demokratie an sich wird dabei zunehmend zu einer Fassade. Die großen Kapitalgeber kaufen die Medienunternehmen nicht aus finanziellen Gründen auf, da sie in der Regel nur wenig Profit abwerfen. Vielmehr gewährleisten sie den Besitzern einen erheblichen politischen und ideologischen Einfluss auf die Gesellschaft.

Die großen Mediengruppen wenden die kapitalistische Logik auch innerhalb ihrer Unternehmen an. Die Presseleute und MitarbeiterInnen befinden sich zunehmend in einer sozio-ökonomisch prekären Lage. Um ihren Beruf anständig ausüben zu können, brauchen JournalistInnen eine reelle Unabhängigkeit gegenüber den staatlichen Autoritäten und den wirtschaftlichen Machthabern. Sie brauchen aber auch – so wie alle anderen Berufssparten – einen anständigen Lohn und dürfen nicht ständig in der Angst leben, entlassen zu werden.

Dies ist immer öfter der Fall. Die JournalistInnen stehen dauernd unter Druck, ein Maximum an Informationen in immer engeren Zeiträumen zu schaffen. Das wirkt sich zwangsläufig auf die Qualität aus. Hinzu kommt, dass nicht nur der Besitzer und Arbeitgeber Druck ausüben kann, sondern auch die Auftraggeber der Werbeanzeigen, die ihre Interessen gewahrt sehen wollen.

Eine öffentliche Finanzierung der Presse kann die Unabhängigkeit der Medien gegenüber den wirtschaftlichen Geldgebern garantieren, sie muss ab gerecht sein und darf die mächtigsten Medien nicht bevorteilen.

Es geht also darum, einen wirklichen Medienpluralismus und die Unabhängigkeit der Medien zu garantieren, die Rechte der JournalistInnen zu schützen und zu erweitern, ihre Abhängigkeit von den wirtschaftlichen Machthabern zu beenden und sicherzustellen, dass die öffentlichen Autoritäten einen größtmöglichen Zugang zur Information garantieren.

déi Lénk wollen:

- **einen öffentlichen audiovisuellen und digitalen Dienstleister schaffen**, der sich an die gesamte Bevölkerung richtet und über konsequente finanzielle Mittel, sowie das nötige Personal verfügt. Dieser Dienst soll ergänzend zum sozio-kulturellen Radio eingeführt werden, dessen Mittel erhöht werden müssen. Um die Unabhängigkeit gegenüber der Politik zu garantieren, müssen Kontrollmechanismen eingeführt und die Bürgerbeteiligung gefördert werden. Konventionen zwischen dem Staat und privaten audiovisuellen Medien dürfen nicht automatisch verlängert werden. Sie müssen hohe Qualitätsstandards enthalten, sowohl was den Unterhaltungswert als auch die journalistische Arbeit anbelangt. Ausserdem sollen Auflagen bezüglich der Medienaufklärung eingeführt werden;

- **die Rolle der ALIA stärken** (Autorité luxembourgeoise indépendante de l'audiovisuel);
- **ein Gesetz gegen die vertikale und horizontale Konzentration der Medien** verabschieden. Die Errichtung einer Monopolstellung durch Medienimperien muss verhindert werden;
- **Vereine und Medien konsequent unterstützen, die jungen und nicht so jungen Menschen den Umgang mit Medien beibringen** und die sich auf partizipative Art für die lokale Medienarbeit einsetzen;
- **die Bürger-Medien als dritter Pfeiler in der Medienlandschaft anerkennen** (neben den öffentlichen und privaten Medien). Die öffentliche Unterstützung dieser Medien muss ausgebaut werden, um die nötige Infrastruktur, die Verwaltung und die technische Ausrüstung zu gewährleisten, sowie die nötigen Weiterbildungsmaßnahmen;
- **die Rechte der JournalistInnen innerhalb ihrer Redaktion garantieren**, unter anderem das Recht, redaktionelle Entscheidungen der Führungsetage anzufechten. Dies soll per Gesetz durch die Schaffung von JournalistInnenverbänden innerhalb der Redaktionen ermöglicht werden;
- die Kriterien für die Pressehilfe überarbeiten, um den **investigativen Journalismus** ausdrücklich zu fördern. Die Anzahl der Seiten und die Anzahl an veröffentlichten Artikeln bei den Internetmedien darf nicht mehr das bestimmte Kriterium sein. Alle Medien müssen von der indirekten Pressehilfe profitieren können (avis officiels);
- **den Schutz von „Whistleblowern“ garantieren** durch eine Reform der Gesetzgebung. Luxemburg soll sich als Asyl für Whistleblower positionieren und beispielsweise Edward Snowden politisches Asyl anbieten;
- **eine gesetzliche Lohn Tabelle für freiberufliche (free-lance) Journalistinnen einführen**, die Lohnuntergrenzen festlegt;
- **die Pressehilfe reformieren**, so dass die Unterstützung großer Mediengruppen begrenzt wird und Untergrenzen für die kleineren Strukturen eingeführt werden. Kooperative und nicht-kommerzielle Medien sollten bevorzugt behandelt werden;
- **die Transparenz erhöhen durch eine verbindliche Offenlegung der Aktionärsstruktur der großen Mediengruppen**, beziehungsweise der wirtschaftlichen Eigentümer;
- den Gesetzesvorschlag des Presserates zum **Informationszugang** annehmen;
- **eine nationale Kooperative gründen für die Verteilung der Pressetitel**;
- den SchülerINNEN und StudentINEN einen **kostenlosen Zugang zu den Printmedien** ermöglichen, beispielsweise durch die Bereitsstellung der Zeitungen und Zeitschriften in den Schulen und auf der Universität;
- alle journalistischen Publikationen in einem **digitalen Archiv** frei zugänglich machen (ungefähr 3 Monate nach der Veröffentlichung);
- **Umfrageinstitute dazu verpflichten, nicht nur ihre Methodik zu veröffentlichen, sondern auch die gesammelten Grunddaten**. Die Rechte der Bürgerinnen und Bürger auf eine aufrichtige und transparente Information darf nicht im Namen des Betriebsgeheimnisses eingeschränkt werden.

19) Internationale und europäische Politik

Für eine Welt in Frieden und ein soziales Europa

Wir leben in einer Welt die immer unstabiler und bedrohlicher wird. Die neoliberale Globalisierung hat den Völkern der Erde keinen Frieden und Wohlstand gebracht, ganz im Gegenteil. Die Hegemonie der USA seit 1945 verwandelt sich zunehmend in eine multipolare Welt und dieser Prozess wird begleitet durch eine Aufrüstungsspirale, unter anderem zwischen den USA, Russland, Europa und China. Mehrere Weltregionen sind von Krieg bedroht, im Nahen Osten ist er Realität. In Syrien hat sich ein Bürgerkrieg in einen multilateralen Konflikt verwandelt durch die Intervention von regionalen und globalen Mächten.

Jenseits der Konjunkturzyklen haben sich die fundamentalen Probleme der Weltwirtschaft nicht verändert. Aus der Krise von 2008 wurden keine Lehren gezogen, so dass das ökonomische Modell auch weiterhin von den Finanzmärkten dominiert wird. Die Ungleichheiten zwischen den Ländern und innerhalb der Länder steigen weiter an, während die Arbeits- und Lebensbedingungen sich für Millionen von Menschen verschlechtern haben.

Das Profitstreben und die Übernutzung der natürlichen Ressourcen führen zu einer ökologischen Krise, die die Zukunft der Menschheit bedroht. Die afrikanischen Länder werden von der Europäischen Union zu ungerechten Handelsverträgen gedrängt, die den europäischen multinationalen Unternehmen erlauben werden, die Rohstoffe des Kontinents auszubeuten. Die Vertreter des Agro-business werden große Ländereien an sich reißen können, um sie in Exportmonokulturen umzuwandeln, was die kleinbäuerliche Landwirtschaft zerstören und so die Lebensmittelsouveränität bedrohen wird. Außerdem verhindern diese Abkommen die Industrialisierung und die Entwicklung eines tertiären Sektors. Weltweit führt der Wettlauf um die Rohstoffe unbeachtet von der Weltöffentlichkeit zu lokalen Kriegen mit zehntausenden von Toten.

Die Migrationsbewegungen können nicht getrennt von den Faktoren betrachtet werden, die sie auslösen. Ohne die von den großen Weltmächten geleiteten Kriege und Konflikte wären nicht Millionen von Menschen auf der Flucht. Ohne die Ausbeutung des afrikanischen Kontinents würden nicht hunderttausende Menschen ihr Leben bei der Überquerung des Mittelmeers aufs Spiel setzen. Wir dürfen keine Flüchtlinge bekämpfen, sondern die Gründe, die sie zur Flucht zwingen. Wir haben die Pflicht sie aufzunehmen. Massenabwanderung kann jedoch nie eine wirkliche Lösung sein, vor allem da es die dynamischsten Schichten der Gesellschaft sind, die emigrieren und so bei der Entwicklung ihres Landes fehlen.

Die politische Krise der Europäischen Union wird immer augenscheinlicher. In wichtigen Mitgliedsländern – Großbritannien, Spanien, Deutschland – sind schwache Regierungen an der Macht, während die Herausforderungen enorm sind: Brexit, Zukunft der Eurozone, Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien, usw. In Frankreich positioniert sich Emanuel Macron immer weiter rechts und startet eine Offensive gegen den Sozialstaat. Grundsätzlich stoßen jene Mitte-rechts- und Mitte-links-parteien auf immer mehr Ablehnung, die in den letzten Jahren eine strikte Austeritätspolitik verfolgt haben. Die Sozialdemokratie ist dabei am meisten geschwächt, da diese Politik ihre Basis am meisten getroffen hat.

Dies ist kein Grund zur Freude, sondern ein Ansporn, Alternativen aufzuzeigen. Damit die Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht in einem Zulauf für rechtsextreme Parteien mündet, muss die Linke imstande sein, soziale und demokratische Wege aufzuzeigen und eine andere Vision für Europa zu entwickeln.

Die Europäische Union steht zunehmend für Sparpolitik und Privatisierungen. Der Europäische Rat, konfrontiert mit dem Brexit und den Zugewinnen der rechtsextremen Parteien, hat nicht gezögert die soziale Absicherung für WanderarbeiterInnen oder das Asylrecht anzugreifen. Unter dem Einfluss der großen Länder und ihrer Rüstungsindustrie wird die Militarisierung der EU vorangetrieben, eine Entwicklung, die auch von der luxemburgischen Regierung und seinem Industrie- und Armeeminister Etienne Schneider unterstützt wird, der sich daraus wirtschaftliche Vorteile verspricht. Das europäische Parlament hat kein legislatives Initiativrecht.

Das entspricht nicht jenem Europa, das die Menschen sich für ihre Zukunft erhoffen. Die Unfähigkeit des politischen Establishments, der europäischen Konstruktion einen tieferen Sinn zu geben, riskiert das ganze Gebäude zum Einsturz zu bringen. Dabei ist die friedliche, soziale und demokratische Zusammenarbeit der europäischen Länder eine absolute Notwendigkeit, nicht aber die EU in ihrer jetzigen Struktur oder Funktionsweise. Nichts ist ewig in Stein gemeißelt.

Natürlich kann Luxemburg allein nicht alle diese existentiellen Herausforderungen meistern. Doch wir können auch als kleine Nation einen anderen Weg aufzeigen mit einer internationalen Politik die auf

Solidarität beruht. Eine andere Welt ist nur dann möglich, wenn die junge Generation, die Arbeiterinnen und Arbeiter und alle Bevölkerungsschichten Europas und der Welt sich gemeinsam dafür einsetzen.

A. Internationale Politik

déi Lénk wollen :

- **sich jeglicher Militarisierung entgegenstellen.** Wir setzen uns für die Auflösung der NATO, oder aber für einen Austritt Luxemburgs aus dem Bündnis ein. Die Sicherheit Europas muss durch ein kollektives Projekt sichergestellt werden, das allein auf Verteidigung ausgerichtet ist. Das aktuelle EU-Projekt einer europäischen Armee (PESCO) wird dieser Bedingung nicht gerecht;
- jegliche **Beteiligung des luxemburgischen Staates, oder von Unternehmen auf dem luxemburgischen Territorium, an der Aufrüstung stoppen.** Dies gilt besonders für den Sektor der Satelliten und ihre Beteiligung bei der Lenkung von Militärdrohnen;
- sich in den internationalen Instanzen für **multilaterale diplomatische Lösungen** von Konflikten stark machen und auf fragwürdige militärische Interventionen verzichten (z.B. Lybien, Syrien, usw.);
- sich für einen **sofortigen Stopp der Besiedlung der palästinensischen Gebiete** durch Israel einsetzen, sowie für den Abriss der israelischen Sperranlagen im Westjordanland, die vom Internationalen Gerichtshof als illegal erklärt wurden. Wir setzen uns ebenfalls für einen sofortigen Rückzug der Besatzungstruppen aus dem Westjordanland ein und für eine Aufhebung der Blockade des Gazastreifens. Wir fordern die Umsetzung aller Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates zu Palästina und die Anerkennung des palästinensischen Staates durch Luxemburg, sowie es das luxemburgische Parlament auf Initiative von *déi Lénk* in einer Motion verlangt hat;
- die **Menschenrechte, die Presse- und Meinungsfreiheit, sowie das Versammlungsrecht** überall verteidigen. Dies gilt ebenfalls für Europa, wo diese Rechte weiterhin nicht garantiert sind. Bei demokratischen Rechten gibt es kein zweierlei Maß;
- das **Recht der Völker auf Selbstbestimmung respektieren**, in Europa und in der Welt. Ohne sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, muss Luxemburg sich gegen jede Repression stellen, wie beispielsweise in Katalonien oder in den Kurdengebieten. Die Europäische Union muss Garant für das Prinzip der Selbstbestimmung sein;
- sich für eine **alternative Handelspolitik einsetzen**, die im Dienst der Völker und nicht der privaten Unternehmen steht. Soziale, kulturelle und ökologische Aspekte müssen gegenüber dem Profitstreben überwiegen. Eine besondere Beachtung gilt den sogenannten Entwicklungsländern, denen ein Recht zugestanden werden muss, selbst über die Öffnung ihrer Märkte zu bestimmen und denen auf allen Ebenen eine präferentielle Behandlung zuteilwerden muss. Die rezenten Freihandelsabkommen (CETA, TTIP, die Abkommen mit China, Japan oder Lateinamerika, usw.) werden von der EU-Kommission und im Europäischen Rat hinter verschlossenen Türen verhandelt, auch unter Mitwirkung der politischen und ökonomischen Vertreter Luxemburgs. Die Konsequenzen für die Umwelt, das Kulturerbe, das Arbeitsrecht, die Löhne und die Sozialsysteme sind dramatisch. Diese Problematik wird in den nationalen Parlamenten nur wenig thematisiert, außer von den Linksparteien, wie zum Beispiel von *déi Lénk* in Luxemburg;
- sich für einen **verpflichtenden internationalen Rechtsrahmen für multinationale Unternehmen** einsetzen, der sie für soziale oder ökologische Schäden auf der ganzen Welt zur Rechenschaft zieht und entsprechend sanktioniert. Eine erste Etappe ist die Einführung einer Sorgfaltpflicht für Unternehmen auf nationaler Ebene, so wie sie von den Leitprinzipien der UNO von 2011 empfohlen werden;
- weiterhin **1% des Bruttonationaleinkommens in die internationale Entwicklungszusammenarbeit** investieren. Gelder, die den Entwicklungsländern im Rahmen der internationalen Klimaagenda versprochen wurden, dürfen dabei nicht mit eingerechnet werden. Alle Ausgaben, die als Entwicklungszusammenarbeit ausgewiesen werden, vor allem jene, die durch das Finanzministerium verwaltet werden, müssen auf ihre Effektivität hinsichtlich des Ziels der Armutsbekämpfung überprüft werden;
- die Anstrengungen zu **mehr Politikkohärenz im Sinne der Entwicklung** wesentlich verstärken. Es geht vor allem darum, Analysekapazitäten aufzubauen und eine transparente Entscheidungsprozedur einzurichten. Die NGOs müssen dabei eingebunden werden;
- die **Rolle der NGOs in der luxemburgischen Entwicklungszusammenarbeit stärken**, unter anderem durch eine Erhöhung der Ko-Finanzierung und durch eine Anerkennung ihrer politischen Autonomie und

ihrer Entscheidungsfreiheit. Eine Priorität kommt der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit zu, die 2% des gesamten Kooperationsbudgets ausmachen soll.

B. Europapolitik

déi Lénk wollen:

- sich **für ein Europa einsetzen, das auf dem Volkswillen beruht und eine soziale Politik verfolgt**. Die Wirtschaftspolitik muss die Bedürfnisse der Menschen vor das Profitstreben stellen. Wir wollen keine Europäische Union, die sich vor allem um das Wohl der Banken und der Großunternehmen sorgt. Wir wollen ein Europa, das sich der Welt öffnet, vor allem gegenüber unseren mediterranen und östlichen Nachbarregionen;
- **sich gegen jede Form des Sozialdumpings stellen**. Um die Konkurrenzsituation zwischen den europäischen Lohnabhängigen zu entschärfen, muss Luxemburg sich für eine Stärkung und eine Ausweitung der europäischen Sozialgesetzgebung einsetzen. Dies beinhaltet unter anderem die Einrichtung eines europäischen Mindestlohnes, der an die Lebenshaltungskosten in dem jeweiligen Land angepasst ist, sowie eine europaweite Preisindexierung der Löhne. Wir verteidigen auch das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Dies ist vor allem wichtig für Frauen, die immer noch niedrigere Löhne erhalten als Männer, aber auch für entsandte Lohnabhängige (*travailleurs détachés*);
- die traditionelle Haltung Luxemburgs gegen jeglichen **Fortschritt bei der Steuerharmonisierung** beenden. Seit Jahrzehnten trägt Luxemburg zu einer Verschärfung des Steuerwettbewerbs zwischen den Mitgliedsländern bei. Davon profitieren letztendlich nur die Großunternehmen und eine kleine Minorität von Ultrareichen. *déi Lénk* wollen, dass Luxemburg sich dafür einsetzt, dass dem Steuerdumping und der Steuerflucht innerhalb der EU und in der Welt wirksam Einhalt geboten wird;
- gegenüber den Großunternehmen die bestehenden Regelungen anwenden und sich für eine Umsetzung der europäischen Vorschläge zu einer **effektiveren Besteuerung der Großunternehmen** aussprechen. Derzeit weigert sich die Regierung, 250 Millionen Euro von Amazon einzuziehen, die das Unternehmen dem luxemburgischen Staat in Anwendung der derzeitigen Gesetzgebung schuldet. Unter anderem blockiert sie die europäische Finanztransaktionssteuer und eine effektive Besteuerung der Internetunternehmen (GAFA). *déi Lénk* will diese Haltung beenden, die letztendlich die Souveränität des Landes in den Dienst einiger Ultrareichen stellt;
- sich für ein **Ende der neoliberalen Politik und der Austeritätspolitik in Europa** einsetzen. Wir fordern die Abschaffung des Europäischen Stabilitätsmechanismus, der außerhalb der bestehenden Verträge eingesetzt wurde, um das Europäische Parlament zu umgehen. Ebenso soll der Fiskalpakt aufgelöst werden, der die europaweite Sparpolitik erst möglich macht. Die luxemburgische Europapolitik muss die demokratischen Entscheidungen der Bevölkerungen respektieren und nicht einseitig auf die Umsetzung von neoliberalen Konzepten pochen, die von nicht-gewählten Technokraten oder Lobbygruppen ausgearbeitet werden. Die Bevölkerungen, die von einer untragbaren Schuldenlast erdrückt werden, müssen das Recht haben, das Zustandekommen der Schuld zu untersuchen und illegitime Schulden, so sie dann festgestellt werden, müssen erlassen werden;
- **die Unterzeichnung von neuen Freihandelsverträgen blockieren**. Trotz einer beeindruckenden Bürgermobilisierung in ganz Europa, hat sich 2016 nur das Regionalparlament in Wallonien gegen das Abkommen CETA mit Kanada gewehrt. Angesichts der potentiell sehr negativen Konsequenzen solcher Abkommen – vor allem wenn sie private Schiedsgerichte enthalten – muss Luxemburg sich mit anderen Ländern oder Regionen gegen diese Verträge verbünden. Das vorrangige Ziel aller Verhandlungen im Bereich der Handelsliberalisierung seit den Verträgen der OMC ist es, soziale, ökologische und wirtschaftliche Regulierungen abzuschaffen;
- die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** im Interesse der Bevölkerungen verstärken. Die GrenzgängerInnen, auch wenn sie StaatsbürgerInnen anderer Länder sind, sind dennoch luxemburgische ArbeitnehmerInnen. Wir haben Verständnis für ihre Forderungen, unter anderem was die Finanzierung der Infrastrukturen und Dienstleistungen in ihren Heimatgemeinden betrifft. Mit Belgien existieren in dieser Hinsicht bereits Verträge. Man darf auch nicht vergessen, dass jede siebte Grenzgängerin oder jeder siebte Grenzgänger eine luxemburgische Auswanderin oder ein luxemburgischer Auswanderer ist;
- der **Verantwortung Luxemburgs gegenüber den GrenzgängerInnen gerecht werden**. Luxemburg profitiert von den Kompetenzen der Arbeiterinnen und Arbeiter, die in den Nachbarregionen wohnen.

Deshalb darf die Regierung nicht nach Wegen suchen, die europäische Sozialgesetzgebung zu umgehen oder deren Anwendung abzuschwächen;

- die **Diskrimination von EU-AusländerInnen in Luxemburg** beenden. Die 5-Jahre-Residenzklausel, um bei kommunalen Wahlen teilzunehmen, muss aufgehoben werden. Auch müssen alle administrativen Hindernisse beseitigt werden, die die Freizügigkeit der EU-AusländerInnen einschränkt, wie zum Beispiel im Zusammenhang mit der Registrierung von eingeschriebenen Partnerschaften im Ausland.

20) Digitalisierung und neue Technologien

Digitalisierung und neue Technologien.

Die neuen Technologien des Informationszeitalters wachsen enorm unter dem Impuls der jüngsten Beschleunigung von Computersystemen und durch massive Investitionen. Diese Entwicklung wird unsere Gesellschaft langfristig umwälzen. Man sollte also die Entwicklungen in diesen Bereichen aufmerksam verfolgen, um sie zu verstehen und gegebenenfalls vorwegzunehmen, und zwar nicht nur aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen, sondern auch auf ethischem, sozialem, gesellschaftlichem, rechtlichem und ökologischem Plan.

Eine breite demokratische Debatte in unserer Gesellschaft tut not, um Mittel zu finden, die Auswirkungen neuer Technologien auf unsere Gesellschaft objektiv zu bemessen und dann den Arbeitsmarkt, die öffentliche Sicherheit, den Schutz unserer Privatsphäre zu gewährleisten bei gleichzeitiger Reduzierung der Auswirkungen neuer Technologien auf die Umwelt.

Angesichts der durch die Informationstechnologie geschaffenen gesellschaftlichen Umwälzungen ist es dringlich, eine digitale Politik in die Wege zu leiten, die dazu führt, dass die BürgerInnen von dieser Technologie profitieren und sie vor ihr innewohnenden Gefahren geschützt werden. Die BürgerInnen müssen fähig sein, verantwortlich mit ihr umzugehen und sich nicht auf die Rolle verängstigter und verständnisloser VerbraucherInnen reduzieren zu lassen.

In der Praxis wird eine ehrgeizige digitale Politik den Online-Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen beschleunigen, eine qualitativ hochwertige Ausbildung für alle BürgerInnen gewährleisten, damit sie sich die Informationstechnologie aneignen und ihre Privatsphäre schützen können, aber vor allem muss eine technische Infrastruktur geschaffen werden, die es allen BürgerInnen ermöglicht, sich wirksam und aktiv an der Informationsgesellschaft zu beteiligen. Es geht darum, den öffentlichen Raum im Internet weiterzuentwickeln und das Angebot auszubauen, anstelle von Handelsplattformen, die von einer Handvoll internationaler Unternehmen dominiert werden. Die Netzneutralität muss in unseren Gesetzen und Verordnungen verankert werden.

Ein besonders heikles Thema ist die Entwicklung künstlicher Intelligenz (KI), die durch Roboter oder Software Algorithmen erschafft, die das Gehirn des Menschen als Modell und Inspiration nehmen. Diese Algorithmen können jetzt bereits die reale Umwelt verstehen und aus ihr Schlussfolgerungen ziehen, wie z.B. Industrie- und Medizinroboter, semiautonome Autos, "intelligente" Infrastrukturen für Elektrizität, Gas und Kommunikation. KI kann viele Vorteile für unsere Gesellschaft haben, es existieren aber auch komplexe Risiken und Herausforderungen in Bezug auf Sicherheit, Kontrollierbarkeit und Zuverlässigkeit, in Bezug auf die Auswirkungen auf die Beschäftigung, die Ethik und die Privatsphäre.

Ein bedeutendes Thema bleibt außerdem der Datenschutz. Die neue Europäische Datenschutzverordnung (DSGVO) schafft zwar einen verbindlichen Rahmen, der die BürgerInnen schützen soll, indem sie ihnen bedeutende und konkrete Rechte in Bezug auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten durch Dritte verleiht. Aber die BürgerInnen müssen auch in der Lage sein, ihre Rechte zu nutzen, um die beträchtlichen technischen und finanziellen Mittel, die von kommerziellen Akteuren bereits eingesetzt werden, auszugleichen.

déi Lénk wollen:

-Eine **digitale Politik in die Wege leiten, die auf den Grundsätzen der Wahlfreiheit** der BürgerInnen und dem Respekt auf Privatsphäre beruht;

- Garantien für die **gleichmäßige Verarbeitung von Datenströmen** in unserer Gesetzgebung verankern, etwa wie die von den Niederlanden im Jahre 2012 verabschiedeten Rechtsvorschriften um die Netzneutralität zu gewährleisten;

-die **Verhältnismäßigkeit der Datenverarbeitung durch den Staat** und die Kommunen garantieren im strikten Rahmen ihres Hauptzwecks: "Keine digitale Verarbeitung ohne Gesetz!";

-Förderung der Entwicklung und Nutzung von **frei zugänglicher Software beim Staat (Open Source)**, den Verwaltungen und der Zivilgesellschaft. Diese sind gebührenfrei (kostenlos), und erlauben es so den Behörden, erhebliche Einsparungen zu erzielen. Darüber hinaus ist der Quellcode zugänglich, so dass die Software weiterentwickelt oder an die Bedürfnisse angepasst werden kann;

-**Förderung der öffentlichen Forschung** im Bereich der neuen Technologien. Zu diesem Zweck wird ein digitales öffentliches Forschungslabor eingerichtet werden müssen, um digitale Lösungen zu entwickeln, die den BürgerInnen zur Verfügung gestellt werden können;

-Jedem-r BürgerIn der dies wünscht **einen sicheren privaten virtuellen Raum der über den Browser zugänglich ist** kostenlos zur Verfügung stellen, einschließlich mindestens einer gesicherten E-Mail, eines gesicherten Speicherplatzes, eines virtuellen Postfachs zum zentralen Empfang seiner Mails in Bezug auf Verwaltungen und Banken sowie den freien Zugang – in dem virtuellen Raum - zu einer Bibliothek von freier Software für den Onlinegebrauch (Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, PDF etc.);

- eine kostenlose „**Toolbox**“ zum **Schutz der Privatsphäre** für jede_n BürgerIn, der/die es wünscht. Außerdem ein einfaches und zuverlässiges Werkzeug, um sich online bei Verwaltungen zu identifizieren, Dokumente und E-Mails zu unterschreiben und zu verschlüsseln;

-einen kostenlosen oder preiswerten, anonymen und sicheren Internetzugang garantieren für alle, die nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen. Das **Recht auf eine Internetverbindung muss eingeführt werden, genauso wie das Recht auf Abschaltung** für die ArbeitnehmerInnen;

-Auf Gemeindeebene **nicht kommerzielle freigegebene Wi-Fi-Netzwerke** (Funknetzwerke) einrichten zum Teilen elektronischer Dateien und dem Zugang zum Internet;

-Förderung einer **Bürgernutzung digitaler Anwendungen** im Dienste der BürgerInnen bei der Ausübung ihrer Rechte, insbesondere ihrem Recht sich zu informieren und informiert zu werden, dem Recht auf Teilnahme an der Informationsgesellschaft, dem Schutz Ihrer persönlichen Daten, ihrer Vereinigungs- und Meinungsfreiheit;

-Förderung einer **sozialen Nutzung digitaler Anwendungen** durch das Angebot einer kostenlosen Nutzung für nichtstaatliche Organisationen und Vereine, die dies wünschen;

-Förderung der digitalen Instrumente in der **Bildungs- und Informationsnutzung**, unter anderem durch die systematische Vermittlung von Informationen über die Internetrecherche und die Überprüfung von Informationen an junge BürgerInnen. Dies sollte im Rahmen von Schulmodulen für neue Technologien geschehen;

-Anregung einer **kulturellen und künstlerischen Nutzung** der digitalen Instrumente, durch Unterstützung von Diskussionsplattformen, der Teilnahme an internationalen Kulturnetzwerken, der Organisation von Ausstellungen, Konferenzen und Workshops;

- Alle öffentlichen Internetseiten müssen **in mehreren Sprachen und für Personen mit spezifischen Bedürfnissen zugänglich sein**;

-**Ambitionierte digitale Trainingsprogramme** sollten alle BürgerInnen-unabhängig von ihrem Bildungsniveau, ihrem Einkommen oder ihres Alters befähigen, die Herausforderungen der neuen Technologien zu verstehen in Bezug auf ihre Freiheiten und Rechte. Mehr Ressourcen müssen in die Erwachsenen-Online-Weiterbildung investiert werden;

- **die Einrichtung von Überwachungskameras** im öffentlichen Raum muss auf ein absolutes Minimum begrenzt werden. Die Einrichtung von Überwachungskameras am Arbeitsplatz sollte nur aus offensichtlichen Sicherheits- oder Gesundheitsgründen zulässig sein und bedarf einer vorherigen Genehmigung durch die **Nationale Datenschutzkommission**;

- **Beschränkung des Rechts auf Vorratsspeicherung von Telefondaten nach dem Urteil "Digital Rights"** des Gerichtshofs der Europäischen Union. Rechtsvorschriften einführen, die staatlichen Nachrichtendiensten und Strafverfolgungsbehörden verbieten, im allgemeinen Daten von nicht verdächtigen Personen zu speichern um sie eventuell später zu repressiven Zwecken zu verwenden.

-BürgerInnen beibringen, **ihre Rechte infolge der neuen allgemeinen Datenschutzbestimmungen (DSGVO) auch wirklich auszuüben** - einschließlich des Rechts auf Anonymität - , um die beträchtlichen technischen und finanziellen Mittel, die von kommerziellen Akteuren und von den Behörden bereits eingesetzt werden, auszugleichen. Besonders LehrerInnen müssen fähig sein, junge Menschen zu diesem Thema zu sensibilisieren;

-die Datenschutzkommission muss **ausreichende Mittel bekommen zur Information** aller über die Existenz der DSGVO und zur Sensibilisierung über Modalitäten der Ausübung der Rechte im Rahmen der DSGVO;

-Beginn einer gesellschaftlichen Diskussion um die **negativen Auswirkungen von KI** zu identifizieren und die Instrumente zu ihrer **Neutralisierung und zur Auswirkung** auf Beschäftigung, Arbeitnehmerrechte und Sozialsysteme zu definieren. Auf internationaler Ebene sollten deontologische Regeln für die Entwicklung, den Einsatz und die transparente Nutzung von KI erstellt werden. Wir sind gegen die Anerkennung von Robotern oder von KI als juristische Personen;

-Förderung der **Entwicklung von KI-Anwendungen, die der Gesellschaft nutzen**, die Inklusion fördern und das Leben der Menschen (z. B. in der Medizin) verbessern. Öffentliche Beihilfen zur Finanzierung der Entwicklung solcher Anwendungen sollen gewährt werden;

- **Alle autonomen Waffensysteme** verurteilen und **verbieten** sowie jede Anwendung von "Cyberkrieg" mit KI, wie von Menschenrechtsorganisationen (Human Rights Watch) und anderen NGOs gefordert.

21) Hochschule und Forschung

Ein wahrhaft autonomes Verwaltungsmodell für die Universität als Basis der Gesellschaft von morgen.

Die schleichende Privatisierung der Grund- und sekundären Bildung findet auch ihren Niederschlag im Verwaltungsmodell der Universität Luxemburg: Da sie verwaltet wird wie ein Unternehmen im Dienste der Wirtschaftspolitik der Regierung, muss die Universität ihre Leistung im internationalen Wissensmarkt beweisen und muss vor allem wirtschaftlich profitabel sein. Verschiedene Punkte wurden 2017 in den Bewertungen der Universität (*European University Association* und *Interface*) bemängelt, einschließlich der mangelnden Karrierechancen für Forscher und die Vernachlässigung der Lehre in Bezug auf Forschung und eine ungleichmäßige und intransparente Verteilung der Ressourcen unter interdisziplinären Fakultäten und Forschungszentren.

2017 führte die Kontroverse über die Finanzverwaltung der UNI.lu zum Rücktritt des Rektors der Universität. Anschließend kündigte der Verwaltungsrat der Universität Haushaltskürzungen an und stellte einen neuen Rektor unter mysteriösen Bedingungen ein. Das Finanzmanagement der Institution wurde „outgesourced“ und einer großen Finanz Wirtschaftsprüfungsgesellschaft anvertraut, die der Finanzwelt nähersteht als der Welt des Wissens. Sahnehäubchen auf dem Kuchen: die Reform der Universität sieht vor, dem Verwaltungsrat, der von Geschäftsleuten bestückt ist, mit an der Spitze dem Rektor, einem ultraliberalen frisch gewählten Ökonomen, noch mehr Macht zu geben.

In der Zwischenzeit bleiben die Mitarbeiter in der Verwaltung auf der Strecke und haben wenig Chancen auf Karriere und Lohnentwicklung. Da die Posten, die sie besetzen so vielfältig sind, wird es schwer sein, sie in einem gemeinsamen Tarifvertrag zusammen zu fassen. Wartungs- und Sicherheitspersonal werden durch Subunternehmer rekrutiert und gehören zu den ersten Opfern der Budgeteinschränkungen an der Universität. Da in den nächsten Jahren ein Großteil der Arbeitsplätze die auf dem Luxemburger Arbeitsmarkt entstehen, auf Menschen mit Hochschulbildung ausgerichtet sein wird, ist es erstaunlich, dass unter den jungen Menschen (17-24 Jahre), die zur Zeit arbeitslos und nicht mehr in der Ausbildung sind, 11% Absolventen der Universität sind.

Die Arbeitsbedingungen der Forscher ähneln zunehmend denen der Selbstständigkeit. Sie müssen immer mehr Arbeit in immer weniger Zeit produzieren, und nach quantitativen Leistungskriterien anstatt Kriterien der Qualität. Ausserdem sind die Forscher auch mit einem wachsenden Verwaltungsaufwand konfrontiert und müssen die Mittel zur Finanzierung ihrer Forschung selbst auftreiben. Es kommt zur Anhäufung von befristeten Arbeitsverträgen während ihrer Karriere, und sie sind früher oder später von Prekarität bedroht.

Die finanzielle, organisatorische und wissenschaftliche Autonomie der Universität müsste neuformuliert werden. Sowie auch die Rolle der Universität in der luxemburgischen Gesellschaft!

déi Lénk will:

- ein wirkliches autonomes Verwaltungsmodell entwickeln durch:

- eine demokratische Wahl innerhalb der Universität und der Forschungsinstitute von gemeinsamen und paritätischen Entscheidungsgremien in denen alle Akteure der Universität und der Forschungsinstitute vertreten sind;
- Die Einteilung dieser Kommissionen in verschiedene Zuständigkeitsbereiche, um z.Bsp. über die Entscheidung und Kontrolle der strategischen Ausrichtung und die Auswahl von Forschungsprojekten zu entscheiden, über die Einführung bestimmter Lehrgänge und Lehrstühle, die Verwendung der Mittel, die Einstellung von Personal usw.;
- Kollektive und demokratische Kontrolle der Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen durch die Schaffung eines öffentlichen Fonds für die Finanzierung von Forschung, in dem Unternehmen einen Prozentsatz ihres Umsatzes investieren;
- Die Einrichtung eines internationalen gemischten Ausschusses, der sich aus Akademikern zusammensetzt, um regelmäßige Bewertungen der Universität durchzuführen, anstatt private Wirtschaftsprüfungsgesellschaften zu beauftragen;
- Die Evaluierung des Finanzmanagements durch einen gemischten Ausschuss von Mitarbeitern der Universität und der Forschungsinstitute aus verschiedenen Bereichen der auch verschiedene Bedürfnisse abdeckt und spezifisches Know-how darstellt (als Schutzmassnahme);
- Die Garantie, durch eine gesetzliche oder gar verfassungsmässige Verankerung, dass die Unabhängigkeit und die Meinungsfreiheit der Lehrkräfte und der der ForscherINNEN in ihrer Arbeit

gewährleistet ist;

- die Entwicklung einer qualitativ hochwertigen universitären Ausbildung und Forschung fördern, die an der politischen Ausrichtung der Zukunft beteiligt ist, durch:

- Erhöhung der öffentlichen Investitionen und gleichmäßige Verteilung dieser Ressourcen unter Fakultäten, Forschungsinstitute und interdisziplinäre Zentren;
- Priorität der Mittel für Bachelor und Masterlehrgänge, zur Förderung der Lehrkräfte und der ForscherINNEN von morgen;
- Die Schaffung unabhängiger Abteilungen von Fachbereichen innerhalb der Fakultäten, um jedem Fachbereich die optimalen Mittel ihrer wissenschaftlichen Entwicklung zu geben;
- An der Spitze aller Studiengänge sollte ein Studiendirektor stehen, um die Kommunikation mit den Studierenden zu stärken;
- Die Reform des FNR (Fonds National de recherche), insbesondere seiner Organisation und der Zusammensetzung der Jurys für die Verleihung von Studienbeihilfen und schließlich auch die Neufestsetzung der Schwerpunktachsen der geförderten Forschung, im Sinne einer verstärkten Förderung der Sozial- und Geisteswissenschaften;
- Die schrittweise Ausweitung des Studienangebots, um ein breites Spektrum an Disziplinen nach dem Vorbild der « flagship university » zu erreichen, das heisst eine Universität, die ein repräsentatives Spektrum der existierenden Fächer abdeckt;
- Die Einrichtung einer medizinischen Fakultät, die den Zugang zu medizinischen Studien für mehr Studierende gewährleistet, die ansonsten einem beschränkten Zugang an ausländischen Universitäten unterliegen;
- Die Entwicklung von internationalen Partnerschaften mit renommierten Universitäten und für jeden Studiengang (Bachelor, Master) die Möglichkeit der Durchführung von mindestens einem Jahr des Studiums an einer Partnerhochschule vorsehen;

- das Recht auf Bildung und Studium zu einem universellen Recht machen durch:

- die Abschaffung der Einschreibungsgebühren;
- Die Einrichtung einer Volksuniversität, die für jede-n zugänglich ist;
- Zugang zu Universitätskursen für alle, die nicht Absolventen der Sekundarschule sind, durch Kurse im Sinne der Schule der zweiten Chance;
- Die kompromisslose Anwendung der internationalen Konvention über die Rechte von Menschen mit spezifischen Bedürfnissen um die Mobilität von Menschen mit spezifischen Bedürfnissen auf dem Universitätsgelände zu gewährleisten;
- Verbilligten Wohnraum für Studenten (derzeit 600 Euro), zur Verfügung stellen durch Zahlung eines Wohngeldes das im Verhältnis zu den verfügbaren Mitteln steht;
- Die Einschreibung von AsylbewerberINNEN und anerkannten Flüchtlingen in die in ihrem Land belegten Studienzweige;
- Verbessertes Coaching von Praktika im Laufe des Studiums, jedes Praktikum, das länger als einen Monat dauert muss als bezahlte, beitragspflichtige Arbeit betrachtet werden, zur Stärkung der Autonomie von Studierenden und Jugendlichen in Ausbildung;
- Die Einführung einer Autonomie Zulage von 400 Euro pro Monat für alle jungen studierenden Menschen ab 18. Diese Vergütung ersetzt das Grund Stipendium (1000 Euro pro Semester) und wird automatisch auf das Bankkonto des Begünstigten eingezahlt;

- die Arbeitsbedingungen für alle Mitarbeiter der Universität verbessern durch:

- die Auslagerung von Instandhaltungs- und Überwachungspersonal rückgängig machen;
- Die Ausweitung des Statuts eines öffentlichen Bediensteten auf das gesamte Personal der Universität;
- Die Einführung eines Kollektivvertrages für das gesamte Personal der öffentlichen Forschungszentren und ihrer Verwaltung, mit Anspruch auf Beförderung und Gehaltserhöhung;
- Einführung einer beruflichen Laufbahn für die StudentInnen die forschen, mit verschiedenen Einstufungen die zu einer Einstellung oder zu internationalen Stellenausschreibungen berechtigen;
- Verringerung des Verwaltungsaufwands für die Lehrkräfte und ForscherINNEN, z. Bsp. die Abschaffung der Verantwortung für die Suche nach Fördergeldern von Dritten;
- Verlängerung der Dissertations-Finanzierungsverträge auf 6 Jahre;
- Die Vervielfachung der Dissertations-Finanzierungsverträge;

- Die Bewertung von Forschungsarbeiten (Veröffentlichungen, Kommunikationen, Vorträge) nach wissenschaftlichen Qualitätskriterien und nicht nach dem Leistungsumfang des Einzelnen, gemessen an der Menge der produzierten Arbeit;
- Aufbau einer Universitäts-Kindertagesstätte auf dem Campus;

- das Studentenlebens und die Einbeziehung der Studierenden in die Organisation des Universitätslebens fördern durch:

- Einrichtung eines Studenten Organisationskomitees;
- Gründung von Studentengewerkschaften auf dem Universitätsgelände;
- Die Einrichtung eines von Studenten geleiteten kulturellen Dienstes;
- Die Wiederaneignung der Planung des Standortes Belval durch die StudentInnen und EinwohnerInnen durch die Bereitstellung von 4 Mandaten und Stimmrecht im Vorstand der Agora und im Verwaltungsrat des Fonds Belval;
- Die Ausarbeitung von Ausschreibungen für die Gründung von Geschäften in den Räumlichkeiten des Standortes Belval nach Rücksprache mit den BewohnerINNEN und StudentINNEN;
- Die Bereitstellung von Versammlungsraum für die Studenten in allen Universitätsgebäuden und Studentenwohnheimen, um Studententreffen und die Planung von Aktivitäten auf dem Universitätsgelände zu erleichtern.

22) Migration und Zusammenleben

Die Diskriminierungen wirksam bekämpfen.

Europa ist heute mit einer breiten reaktionären Bewegung konfrontiert, die den sozialen Fortschritt anfeindet. Die Rückkehr der rechtsextremen Demagogie und des Fremdenhasses bricht sich vor allem Bahn durch eine immer repressivere Asylpolitik die prioritär die Grenzen und nicht die Menschen schützt. In einigen Ländern sind die Rechte der Frauen bedroht durch die Infragestellung des Rechts auf Abtreibung und es mehren sich der Antisemitismus und die Islamophobie. Europa sorgt sich im Übrigen nicht mehr um die Verletzung von Menschenrechten in anderen Gegenden. In Tschetschenien z.B. werden LGBTIQ-Personen in Lager geschickt, ohne dass Europa das geringste unternimmt. Diese Menschen müssten Asyl erhalten bei uns und in anderen Ländern die die Homosexualität nicht als Delikt oder gar als Verbrechen ansehen.

In Luxemburg hat das Referendum von 2015 über das Ausländerwahlrecht dazu beigetragen, die Debatte über das Zusammenleben und die Bürgerschaft zu eröffnen, aber dennoch den identitären Rückzug verstärkt.

Es gilt also dringend Mechanismen zu entwickeln, die es erlauben, wirksam gegen die Diskriminierungen vorzugehen. Es geht darum, alle Formen von Unterdrückung und Diskriminierung in Frage zu stellen. *déi Lénk* setzen sich für eine Entwicklung der sozialen Beziehungen in Richtung Gleichheit und Kooperation ein. Dazu ist es notwendig, die Pluralität der individuellen Eigenarten anzuerkennen, aber auch die Thematik der Diversität in einen, nationalen und internationalen, sozialen Kontext einzuschreiben.

déi Lénk haben sich immer der administrativen Festsetzung der *Sans Papiers* widersetzt. Diese Praxis ist der Ausdruck einer europäischen Politik, die dazu tendiert, die Immigration generell zu kriminalisieren, im eklatanten Widerspruch zu den Menschenrechten. *déi Lénk* sind der Meinung, dass niemand sein Land ohne Grund verlässt. Die Menschen, die vor Krieg und ökologischen und sozialen Katastrophen fliehen und Zuflucht in einem anderen Land suchen, müssen in der Europäischen Union und in Luxemburg ebenso aufgenommen werden wie diejenigen, die wegen ihrer politischen Überzeugungen, ihrer religiösen Zugehörigkeit oder Geschlechtsidentität verfolgt werden. Auch dürfte die Familienzusammenführung kein Hindernislauf sein wie heute.

Das ist umso richtiger als die EU ihren Teil der Verantwortung an den schwierigen Lebensbedingungen in unseren Nachbarregionen trägt. Die Handelspolitik der EU zerstört die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen die aus materiellen Gründen gezwungen sind auszuwandern. Der Klimawandel führt zu einer drastischen Zunahme der Migrationsströme.

Generell will *déi Lénk* die europäische Asyl- und Immigrationspolitik durch Bindung an die Bewegungsfreiheit humanisieren und den tausenden Toten im Mittelmeer und an den europäischen Grenzen ein Ende bereiten.

déi Lénk wollen:

1. Allen Formen der Diskriminierung entgegenwirken

- Menschen, die Opfer von Diskriminierungen sind, durch wirksame und leicht zugängliche Prozeduren **Möglichkeiten geben ihre Rechte geltend zu machen**. Es handelt sich im besonderen

um die Verstärkung der Aktionsmöglichkeiten des “Centre pour l’Egalité de Traitement » und des Ombudsman;

- rassistische, antisemitische, islamfeindliche, homophobe und transphobe Beweggründe als **erschwerende Umstände ins Strafgesetzbuch** einschreiben;
- einen **Aktionsplan gegen alle Formen der Diskriminierung** aufstellen, insbesondere um den Rassismus, die Islamfeindlichkeit und den Antisemitismus zu bekämpfen;
- einen **Mechanismus der jährlichen Zusammenarbeit** einrichten zwischen der Zivilgesellschaft und den öffentlichen Organen die auf den Kampf gegen den Rassismus, die Homophobie und die Transphobie spezialisiert sind;
- die **legale Anerkennung der Geschlechtsumwandlung** und der Änderung des Vornamens von Transgenderpersonen ermöglichen ohne sie zu nicht gewünschten Operationen zu nötigen;
- die Integrationsmaßnahmen verstärkt in Richtung der **schutzbedürftigsten Gruppen** lenken;
- **gegen das Schulversagen** der Kinder aus der Immigration ankämpfen durch die Aufwertung der Primärsprachen (Luxemburgisch, Deutsch, Französisch) und durch die Alphabetisierung auf Luxemburgisch als förderierende Sprache bei diesen Kindern;
- **den interkulturellen Dialog**, die kulturelle Vermischung und die Aufwertung der in Luxemburg vorhandenen Kulturen anstreben, mit dem Ziel einer Überwindung jedweder identitärer Verkrampfung und des Aufbaus hierzulande eines gemeinsamen Werdens;
- **den Zugang zur Beschäftigung** der Personen aus der Immigration und mit niedriger Qualifikation ab dem zweiten Jahr Aufenthalt in Luxemburg vereinfachen indem über das Prinzip des „Etat employeur en dernier ressort“ ein einklagbares Recht auf eine Qualitätsausbildung oder eine feste Arbeit angeboten wird (siehe Kapitel Arbeit);
- **die Einbürgerungspolitik überdenken** um den Zugang zur luxemburgischen Nationalität zu vereinfachen;
- ein **Monitoring- und Evaluationssystem der Integrationspolitiken** auf die Beine stellen;
- die « Gemeinschaftspräferenz » in der Einstellungspolitik beenden;

2. Die Aufnahme von AsylbewerberInnen verbessern

- **neue Aufnahmestrukturen** bauen und die Renovierung der alten Strukturen in Gang setzen um würdige und angepasste Aufnahmebedingungen für die betroffenen Personen und Familien zu garantieren. Die unangepassten und unhygienischen Strukturen sind definitiv zu schließen;
- die **Verwaltung in den Aufnahmestrukturen** nach den Bedürfnissen der betroffenen Personen verbessern. Es kommt auch darauf an, die internen Reglemente erheblich zu erleichtern um die Autonomie und die Rechte und Freiheiten der Betroffenen zu respektieren. So müssen die Personen

ihre Einkäufe selber bestimmen, kochen, ihre Gesundheitsausgaben verwalten können, usw. In diesem Sinne treten wir ebenfalls für eine Erhöhung der monatlichen Zuwendung ein;

- **die Verfahren zur Verselbständigung**, zur (insbesondere sprachlichen) Ausbildung und zum Beschäftigungszugang verbessern und verstärken um den Personen mit internationalem Schutzstatut die Integration und den Auszug aus den kollektiven Unterkünften zu erleichtern;

- **den Zugang zu einer Wohnung** für die Personen mit internationalem Schutzstatut verbessern durch ein breites Programm des Baus öffentlicher Wohnungen zu Mietzwecken und zu erschwinglichen Preisen (siehe Kapitel Wohnen);

- die **administrative Festhaltung abschaffen** bei irregulärem Aufenthalt. Wir widersetzen uns ebenfalls den elektronischen Fesseln als Alternative hierzu;

- die **Knochentests verbieten**, die bei jungen Ausländern ohne Begleitung durchgeführt werden um ihr Alter herauszufinden; eine "Minderjährigkeitsvermutung" einführen;

3. Die Einwanderungs- und Asylpolitik überprüfen

- **die Ursachen der unfreiwilligen Migration bekämpfen** durch ein verstärktes diplomatisches Engagement bei der Lösung von Konflikten, dabei auf eine strikte Kohärenz der Entwicklungspolitiken achten und auf europäischem Plan die Direkthilfe an die Entwicklungsländer erhöhen;

- eine **klare Positionierung zugunsten des Flüchtlingsschutzes einnehmen** und sich Grenzsicherungen widersetzen. Wir wollen uns ebenfalls auf europäischer Ebene für eine komplette Überarbeitung des sogenannten "Dublin"-Systems einsetzen, sowie für ein dauerhaftes Umverteilungsprogramm auf EU-Ebene, das die Bedürfnisse und legitimen Erwartungen der betroffenen Personen in Betracht zieht. Die Ansiedlungsprogramme müssen gesichert und ausgedehnt werden.

- sich für die Einführung von **humanitären Korridoren** einsetzen um den Flüchtenden sichere Zugangswege nach Europa zu ermöglichen. Wir wollen uns ebenfalls einsetzen für die Schließung aller Zentren der Abschiebung und Auslagerung der Migrationskontrolle, die von der EU finanziert werden;

- den **politischen oder finanziellen Druck auf die Entwicklungsländer** stoppen der zum Ziel hat, sie auf die Migrationspolitik der EU auszurichten. Insbesondere darf die Zuerkennung von Entwicklungshilfe nicht mehr an die Umsetzung von repressiven Maßnahmen in Migrationsfragen gebunden sein;

- den **Begriff der "sicheren Drittländer"** und die damit zusammenhängende Liste abschaffen. Das individuelle Asylrecht darf auf keinen Fall geschwächt werden;

- **sich zurückziehen von der FRONTEX** (Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen), die eine hauptsächlich repressive Rolle spielt;

- die **Ausstellung von humanitären Visas** ausdehnen und erleichtern und die legalen Möglichkeiten des Eintritts auf europäisches Gebiet ausweiten;

- den Begriff des Familienmitgliedes durch Einbeziehung des Begriffs der Abhängigkeit erweitern und so die **Familienzusammenführung erleichtern**. Von Beginn der Asylprozedur an soll ein solcher Antrag gestellt werden können.